

Tagesordnungspunkt 11**Aktuelle Debatte****Gefährdung der Meinungsfreiheit in Sachsen-Anhalt und Deutschland entschlossen entgegenzutreten**Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5264**

Tobias Rausch (AfD)	40
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	42
Holger Hövelmann (SPD)	45
Eva von Angern (DIE LINKE)	48
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	50
André Poggenburg (fraktionslos)	50
Oliver Kirchner (AfD)	51
Sebastian Striegel (GRÜNE)	51
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	52
Sebastian Striegel (GRÜNE)	53
Markus Kurze (CDU)	53

Tagesordnungspunkt 30

Erste Beratung

Modernen Arbeitsschutz gewährleisten, psychische Erkrankungen stärker in den Fokus nehmenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5243**

Andreas Höppner (DIE LINKE)	57
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	58
André Schröder (CDU)	60

Ulrich Siegmund (AfD)	60
Olaf Meister (GRÜNE)	61
Andreas Steppuhn (SPD)	62
Andreas Höppner (DIE LINKE)	62
Abstimmung	63

Tagesordnungspunkt 31

Erste Beratung

Keine Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte durch die HintertürAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5244**

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	64
Marco Tullner (Minister für Bildung)	66
Marcus Spiegelberg (AfD)	67
Wolfgang Aldag (GRÜNE)	67
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	68
Abstimmung	69

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO.LT

Sebastian Striegel (GRÜNE)	69
----------------------------------	----

Schlussbemerkungen	69
---------------------------------	----

Beginn: 9:02 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 87. Sitzung des Landtags von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode. Ich begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 41. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit den Aktuellen Debatten unter den Tagesordnungspunkten 10 und 11. Ich erinnere daran, dass heute Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff, Herr Minister Prof. Dr. Willingmann, Herr Minister Stahlknecht und Frau Ministerin Keding ganztätig entschuldigt sind.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, Ihre Gespräche einzustellen. Die Bänke sind zwar noch nicht ganz gefüllt, aber bei der Lautstärke denkt man, sie sind überfüllt. Bitte seien Sie etwas ruhiger.

Wir kommen nunmehr zu

Tagesordnungspunkt 10

a) Aktuelle Debatte

Zukunft des Windkraftstandortes Sachsen-Anhalt und Perspektiven für die Beschäftigten der Enercon GmbH und ihrer Tochterfirmen in Magdeburg

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 7/5263**

b) Erste Beratung

Solidarität mit den Beschäftigten bei Enercon, Windenergie retten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5240**

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten. Eine gesonderte Einbringung des Antrags ist nicht vorgesehen. Es wurde folgende Reihenfolge für die Redebeiträge vereinbart: SPD, DIE LINKE, CDU, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst hat als Antragstellerin die Fraktion der SPD das Wort. Hierzu wird Herr Dr. Grube einführen. Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Als ich am 8. November davon erfahren habe, dass Enercon plant, in Magdeburg 1 500 Stellen abzubauen - die Zahl ist bis heute ein bisschen valide -, hatte ich ein hässliches Déjà-vu, und zwar ein doppeltes hässliches.

Die erste Erinnerung ist die an die Jahre 1989/1990, als von heute auf morgen die Maschinen stillstanden im SKET, im SKL, im MAW, bei Fahlberg-List, bei TAKRAF, im EAW - und wie alle diese Betriebe hießen -, weil keine Aufträge mehr da waren, als es hieß: Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Ungewissheit. Am Ende blieben von Zigtausend Arbeitsplätzen nur einige Hundert.

Nun werden einige von Ihnen nachrechnen und sagen: Der Mann da vorne ist doch zur Wende erst zwölf oder 13 Jahre alt gewesen. Ja, das stimmt. Aber natürlich haben die Kinder meiner Generation das mitbekommen. Wir haben mitbekommen, wie es ist, wenn die Eltern abends ratlos am Esstisch sitzen, und wie es ist, wenn kaum eine Familie verschont wird. Und ich erinnere mich noch gut daran, wie sich die Gespräche auf dem Schulhof wandelten. Erst waren wir froh, dass es samstags keine Schule mehr gab, und wir unterhielten uns darüber, wer sich was von den 100 DM Begrüßungsgeld gekauft hatte, aber dann änderten sich die Themen und es kam die Frage auf: Haben deine Eltern noch Arbeit? - Die meisten konnten diese Frage nicht mit Ja beantworten, jedenfalls nicht für beide Elternteile.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie heute die Fernsbilder von damals sehen. Die Pressekonferenz mit Schabowski, die Bilder vom Checkpoint Charlie, die kilometerlangen Schlangen an der Grenze, die grenzenlose Euphorie der Leute über den Mauerfall. Ich persönlich bekomme dabei immer noch eine Gänsehaut. Aber trotzdem kommt es auch wieder, dieses flau Gefühl in der Magengegend bei dem, was danach in vielen Familien passiert ist. Meine Damen und Herren! Noch heute ist das Wort „Treuhand“ ein ganz klassisches Reizwort auf unseren Familienfeiern.

Das zweite hässliche Déjà-vu führt uns ins Solar Valley: im Jahr 2012 die Pleite von Sovello, 1 000 Arbeitsplätzen weg; im Jahr 2015 der Weggang von Hanwha Q Cells, 470 Arbeitsplätze weg, Verlagerung der Produktion nach Asien. Am Ende blieben von Tausenden Arbeitsplätzen nur noch einige Hundert.

Und heute? - Heute macht Enercon in Magdeburg zu großen Teilen dicht. 6 000 Arbeitsplätze waren es einmal in der Spitze; einige sind schon eine Weile weg, einige gehen jetzt ins Ausland, einige werden einfach wegfallen. Am Ende werden von

den 6 000 Arbeitsplätzen einige Hundert bleiben - nach jetzigem Stand, also vielleicht.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mich macht das wirklich wütend. Es war eine unglaubliche Kraftanstrengung, den Maschinenbaustandort Magdeburg nach der Wende zu erhalten. Enercon ist da natürlich nicht der einzige Betrieb. Ja, Enercon war ein Glücksfall trotz der Diskussion um den Betrieb, die wir alle kennen, auf die ich auch noch zu sprechen kommen werde. In der Spitze gab es dort diese 6 000 Arbeitsplätze in der industriellen Produktion einer Zukunftsbranche. Und eine Zukunftsbranche ist die Windkraftenergie heute noch, theoretisch, eigentlich.

Da bin ich wieder bei dem Thema „hässliches Déjà-vu“. Denn es bleibt ein bitterer Befund genau 30 Jahre nach der Wende. Die Betriebe der DDR wurden in der Treuhand von Managern aus dem Westen abgewickelt und heute sterben die Arbeitsplätze im Osten vor allem aufgrund der Untätigkeit einiger Landesregierungen im Westen. Das, meine Damen und Herren, ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der LINKEN)

Und da sind wir bei den Ursachen der Pleite, bei den gesellschaftlichen Ursachen. Meine Damen und Herren! Es ist doch ein perverser Zustand, dass in Deutschland Millionen von Menschen bei Fridays for Future auf die Straßen gehen, dass die Bundesregierung und alle Landesregierungen landauf, landab meistens Lippenbekenntnisse zu den erneuerbaren Energien abgeben und dass in Sachsen-Anhalt trotzdem die Solarindustrie und die Windkraftenergie vor die Hunde gehen. Das ist doch ein perverser Zustand, meine Damen und Herren.

Wie ist denn der Ausbauzustand in der Bundesrepublik? - Das Land Baden-Württemberg hält sich vornehm zurück. 3,3 % am Energiemix durch Windenergie.

(Markus Kurze, CDU: Was?)

- Da ist echt Luft nach oben.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Auch Bayern!)

- Bayern hält sich auch zurück mit 5,5 % Windenergieanteil am Energiemix.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Die Wahrheit ist doch: Die Länder in Süddeutschland wollen zwar den Strom, aber keine Leitungen und sie wollen auch keine Windkraftträder und sie wollen übrigens auch keine Endlager für den Abfall aus den so heißgeliebten Atomkraftwerken. Es ist wirklich eine Fehlleistung der Bundesregie-

rung im Klimapaket, dass das weiterhin möglich ist.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Auch in Sachsen-Anhalt haben wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht. Es ist uns nicht gelungen, in nennenswerter Anzahl zu repowern. Das heißt, es ist nicht gelungen, den Wildwuchs der Anfangsjahre zu beseitigen und die verstreuten Anlagen ab- und in Vorranggebieten wieder aufzubauen. Die Regionalplanung stoppt. Das liegt auch an vielen Widerständen vor Ort. Das liegt aber auch daran, dass die Artenschutzrichtlinie eine Windkraftverhinderungsrichtlinie ist, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Bei den gesamtgesellschaftlichen Ursachen will ich auch eine nicht verschweigen, die hier rechts außen im Parlament sitzt. Ja, die AfD hat den kopflosen Kampf gegen die Windkraft zum neuen politischen Hauptthema erkoren,

(Zurufe von der AfD)

und deshalb sind Sie persönlich mit daran schuld, dass in Magdeburg Tausende Menschen arbeitslos werden.

(Beifall bei der LINKEN - Daniel Wald, AfD: Was soll denn das? - Weitere Zurufe von der AfD)

Da können Sie im Stadtrat noch so viele Krokodilstränen weinen. In Magdeburg ist die Übersetzung für AfD: Arbeitslosigkeit für Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Buh! - Oliver Kirchner, AfD: Sie sind schuld daran!)

Meine Damen und Herren!

(Zuruf von der AfD: Das ist doch dummes Zeug!)

- Es ist doch schön, dass die AfD auch mal morgens wach wird. Super!

(Ulrich Siegmund, AfD: Das sagt der Arbeitverräter!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will zu der Erwartungshaltung kommen, die wir in unserem Antrag zur Aktuellen Debatte formuliert haben.

(Oliver Kirchner, AfD: Scheindebatte!)

Wir erwarten drei Dinge:

Erstens. Die Landesregierung ist aufgerufen - die Bundesregierung auch -, die Angestellten von Enercon und ihrer Töchter nach Kräften dabei

zu unterstützen, einen neuen Job zu finden. Die Landesregierung hat das zugesagt; ich habe auch keinen Zweifel daran, dass das passiert.

Zweitens. Wir erwarten von Enercon, dass es eine Verantwortung für seine Angestellten übernimmt - für alle Angestellten, nicht nur für den Bereich, in dem „Enercon“ über dem Werkstor steht, sondern auch für die Töchter, die Enercon ja Zulieferer nennt. Denn das ist ja die Schattenseite von Enercon.

Über den zweifelhaften Umgang mit Betriebsräten haben wir jüngst schon ausführlich gesprochen, und offensichtlich ist die Aufgliederung in viele Unterfirmen dazu gedacht, im wirtschaftlichen Havariefall wie jetzt schnell und kostengünstig abwickeln zu können.

Wir erwarten aber, dass es Sozialpläne auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Tochterunternehmen gibt. Bisher ist das nämlich ohne Betriebsräte und ohne Kapital unwahrscheinlich. Ohne das Kapital, welches die Töchter nämlich an Enercon abgeben mussten, ist das schwierig. Deshalb sehen wir Enercon in der Pflicht, den eigenen Leuten zu helfen. Meine Damen und Herren! Ich finde nicht, dass es so weit kommen darf, dass es am Ende eine steuerfinanzierte Beschäftigungsgesellschaft für die Menschen gibt, die bei Enercon ausscheiden.

Drittens. Wir erwarten, dass die Bundesregierung uns genauso unter die Arme greift wie den Braunkohlerevierern. Nicht, dass wir uns missverstehen, meine Damen und Herren: Ich gönne den Menschen dort unten jeden einzelnen Cent. Aber für Magdeburg ist der Maschinenbau genauso strukturbestimmend wie die Braunkohle für das Mitteldeutsche Revier.

Wenn der drohende Wegfall von 2 600 Arbeitsplätzen in der Kohle Milliarden wert ist, dann sind es die 4 500 Arbeitsplätze in der Windkraft in Magdeburg auch. Deshalb erwarte ich auch vom Ministerpräsidenten persönlich, dass er nach Berlin fährt, eine Windkraftkommission ins Leben ruft und mit ein paar Milliarden Euro nach Hause kommt. Die Menschen in Magdeburg und ihre Familien haben das verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU - Alexander Raue, AfD: Schicken Sie doch mal Ihren Wirtschaftsminister mit!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie waren jetzt fertig? - Kleinen Moment mal bitte, Herr Raue. Jetzt bin ich dran. - Herr Dr. Grube, Sie waren jetzt fertig mit Ihrem Beitrag, ja?

Dr. Falko Grube (SPD):

Ja, deswegen rede ich nicht mehr.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Es gibt aber mehrere Wortmeldungen. Zuerst hat sich der Abg. Herr Farle zu Wort gemeldet, dann der Abg. Herr Loth, der Abg. Herr Harms und die Abg. Frau von Angern. - Herr Farle, Sie haben als Erster die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen oder eine Kurzintervention zu machen. Bitte.

Robert Farle (AfD):

Es ist eine Kurzintervention,

(Ah! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

das ist ja ganz klar. - Sie geben uns ja an allem und jedem eine Mitschuld; das ist ja Standard. Ich würde sagen, das ist übelste Hetze, die Sie da betreiben. Wenn man einen Wirtschaftszweig hochzieht, bei dem von vornherein klar ist, dass er auf eigenen Beinen auf Dauer überhaupt nicht stehen kann,

(Oliver Kirchner, AfD: Genau so ist das!)

weil in einem Land irgendwann eine Sättigungsgrenze erreicht ist, dann geben Sie uns eine Mitschuld, wenn sich marktwirtschaftliche Gesetze durchsetzen und das nicht funktioniert.

Aber in Ihrem Fall geht es ja noch um etwas ganz anderes: Enercon hat ja Aufträge, und zwar weltweit, weil nämlich überall Nischen sind, in denen man doch noch Windräder bauen kann. Aber die wollen nicht exportieren. Die wollen die Produktion hier abbauen und ins Ausland gehen. So einfach ist es.

Da reden Sie von einer Mitschuld? - Ich glaube, Sie haben nicht mehr alle. - Danke.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Oh! - Eva von Angern, DIE LINKE: Das zeugt von einer Kinderstube, die er offensichtlich nicht hatte!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment. - Herr Abg. Farle, wir haben hier im Hohen Hause einen Kodex, und der besagt: Es wird niemand beleidigt.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf: Ja!)

Der Unterschied liegt darin, werter Herr Fraktionsvorsitzender Kirchner, dass Herr Farle einen Abgeordneten hier vorn beleidigt hat.

Herr Farle, dafür bekommen Sie heute wiederum einen Ordnungsruf,

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

es sei denn, Sie könnten einmal über den Schatten springen und sich dafür entschuldigen. Denn es geht nicht, einen Abgeordneten hier persönlich zu beleidigen. - Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Ich springe jetzt über keinen Schatten, sondern ich sage: Jeder, der uns Mitschuld daran gibt, dass Arbeitsplätze hier vernichtet werden, ist ein Hassprediger.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Er hat recht, er hat recht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Damit bleibt der Ordnungsruf.

(Zurufe von der AfD)

Damit bleibt der Ordnungsruf, meine sehr verehrten Damen und Herren der AfD-Fraktion. Das können Sie nicht verhindern.

Herr Dr. Grube, Sie haben jetzt das Recht, auf die Kurzintervention zu erwidern. Bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Das Schöne an einer Demokratie ist, dass man sich auch aussuchen kann, von wem man sich beleidigt fühlt. - Das zum Anfang.

Dass sich Herr Kirchner von der Wahrheit beleidigt fühlt, das spricht Bände, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Mit dem Mut zur Wahrheit hat es die AfD nicht so. Es ist ja eher ein verdruckster Umgang damit.

Herr Farle, ich bin Ihnen total dankbar dafür, dass Sie sich zu Wort gemeldet haben. Ich will das einmal für die Beschäftigten bei Enercon übersetzen:

Diese sind also selbst schuld daran, dass sie in einer Zukunftsbranche zu arbeiten angefangen haben, die Sie für verzichtbar halten, weil ja die Marktkräfte wirken. Ich würde mir wünschen, dass Sie solche Sachen auch einmal in Ihren anderen Reden sagen.

Deswegen bleibt es dabei. Bei Ihren Hasspredigten gegen die Windkraft ist es so: Jeder Satz von Ihnen allen und jeder Satz von Ihnen persönlich, Herr Farle, ist ein Sargnagel für jeden einzelnen Arbeitsplatz, der hier bei Enercon weggefallen ist.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dass Ihnen dieses Nagelbrett, auf dem Sie liegen, nicht gefällt, das verstehe ich ja. Trotzdem liegen Sie da und Sie bluten jämmerlich.

(Zurufe von Lydia Funke, AfD, und von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nun kommt der nächste Redner, der sich zu Wort gemeldet hat, an die Reihe. Das ist Ihr Abg. Herr Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Grube, Sie können mir sicherlich sagen, welches Gesetz ein AfD-Minister verabschiedet hat bzw. unterschrieben hat, welche Gesetzesinitiative hier im Landtag von der AfD durchgedrückt wurde oder welcher AfD-Minister im Land Sachsen-Anhalt für ein Gesetz verantwortlich ist, um die Windkraftbranche zu beschneiden.

Sie haben ja gesagt, wir seien daran schuld. Aber soweit ich weiß, ist eine SPD-Ministerin für Umwelt im Bund verantwortlich. Auch hier sind Sie mit Ihrer SPD an der Regierung beteiligt. Also ist es ja nicht die AfD, die Gesetze verabschiedet, sondern es ist unter anderem die SPD, also Sie.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Ja!)

Also zerstören Sie die Arbeitsplätze. Sie lügen die Leute an und sagen, Sie setzten sich für sie ein, machen aber Gesetze, die Sie nicht verteidigen können. Sie sind also daran schuld und nicht wir, weil Sie die Verantwortung haben. Wir zeigen auf, dass Sie der Sargnagel sind, und zwar für jeden Arbeitsplatz.

(Zustimmung bei der AfD - Zuruf: Erklären Sie uns das einmal!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Loth, Gott sei Dank gibt es keinen AfD-Minister in diesem Land. Was dann für Zustände herrschen würden, möchte ich mir gar nicht vorstellen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD)

Ich weiß ja, Sie drücken die Verantwortung weg, wie für die Terroranschläge in Halle. Sie drücken

die Verantwortung weg, wie für den Niedergang der Windkraft. Sie schieben alle Verantwortung von sich weg. Und dann brüllen Sie hier bei jeder Gelegenheit aus Leibeskräften: AfD wirkt. - Ja, AfD wirkt. Arbeitslosigkeit für Deutschland, das wirkt. Das kann keiner wollen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

Wissen Sie, Herr Siegmund, ich beantworte hier jede Frage. Dass Ihnen die Antwort gefällt, das kann ich Ihnen nicht garantieren.

(Heiterkeit - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion, es ist nun einmal so, das machen Sie selber auch: Wenn ein Redner hier vorn steht und Sie eine Antwort erhalten, dann müssen Sie damit zufrieden sein oder Sie müssen irgendwann nachhaken. Das ist einfach so. Jetzt kommen wir zur nächsten Wortmeldung. - Herr Harms, bitte.

Uwe Harms (CDU):

Herr Dr. Grube, vielen Dank für die umfassende Analyse der Problemlage. Eine aus meiner Sicht nicht unwesentliche Ursache haben Sie aber nicht beleuchtet. Deshalb möchte ich danach fragen.

Sie haben von einer Zukunftstechnologie gesprochen. Nun mag es daran liegen, dass ich ein paar wenige Jahre älter bin als Sie und die Entwicklung der Windkraft auch mit anderen Zukunftstechnologien ein wenig vergleiche. Ich möchte zum Beispiel die Atomkraftwerke erwähnen,

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

die ja auch einmal als ganz wichtiges Zukunftsprojekt gesehen und mit Parteitagsbeschlüssen untersetzt wurde, wie die Windkraft auch. Sie wurde auch hoch subventioniert, wie die Windkraft auch.

Wie sehen Sie denn diese Ursachen? Sollten wir nicht gemeinsam daraus lernen, dass wir mit Subventionen etwas vorsichtiger umgehen sollten, damit sie etwas nachhaltiger wirken? - Sie haben ja konkret gesagt, Sie schicken unseren gemeinsamen Ministerpräsidenten nach Berlin, der eine konkrete Summe holen soll, die Sie in Euro genannt haben.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Das sind zwei verschiedene Fragen. - Ja, die Atomkraft ist hoch subventioniert worden. Das wird sie im Übrigen auch weiter werden, noch ein paar Tausend Jahre lang, weil die Frage der Endlagerung gesellschaftliche Kosten nach sich zieht, die wir alle bzw. alle, die Atomstrom verbrauchen, nicht zahlen, weil sie auf den Strompreis nicht umgelegt werden. Es werden also gesellschaftliche Kosten sein.

Bei der Kohle, gerade in den alten Bundesländern, ist es auch so gewesen. Die Kohle wurde durch den Kohlepfennig hoch subventioniert.

Wenn wir alle diese Subventionen in die Windkraft, also in die erneuerbaren Energien stecken würden, wäre Enercon wahrscheinlich heute nicht in der Lage, in der es jetzt ist.

Die zweite Frage, die Forderung an den Ministerpräsidenten, ist eine andere. Wir haben ja die Diskussion - berechtigterweise - um die Frage: Wie fangen wir in den Regionen, also in den Braunkohlerevieren - bei uns ist es das Mitteldeutsche Revier, aber auch das in der Lausitz -, diesen Strukturwandel für die Menschen ab, die dort lange vom Bergbau gelebt haben? - Dazu muss ich persönlich sagen, dass mir ein Arbeitsplatz, der strukturell bedingt wegfällt, genauso wichtig ist wie ein anderer.

Ich habe es ja gesagt: Für uns als Magdeburger ist der Maschinenbau genauso strukturprägend wie die Braunkohle in den Regionen, die es betrifft. Die sollen das alles behalten; das ist alles kein Thema. Aber ich finde, wenn man den einen hilft, dann darf man die anderen nicht im Regen stehen lassen. Das hat mit Subventionen nichts zu tun; für mich sind es eher Strukturhilfen. Aber das ist wahrscheinlich eine semantische Diskussion.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, Sie haben eine kurze Nachfrage signalisiert. Bitte.

Uwe Harms (CDU):

Ja, Frau Präsidentin, eine ganz kurze. - Ich bitte auch um Entschuldigung dafür, dass ich meine Frage wohl so verquer gestellt habe, dass Herr Dr. Grube sie anscheinend nicht verstanden hat. Ich habe danach gefragt, ob Sie auch Verantwortung bei uns Politikern sehen, die mit Parteitagsbeschlüssen vermeintliche Zukunftsfelder mit Subventionen hochpeitschen, wie zum Beispiel die SPD seinerzeit die Atomkraft, wie heute die GRÜNEN die Windenergie, und dass wir gemeinsam ein Stück weit daraus lernen sollten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Ich sehe jetzt nicht, dass die CDU an den Subventionen für die Atomkraft - die hätten Sie wenigstens mit aufzählen müssen - gänzlich unschuldig ist. Ich glaube, das ist eine Gesamtverantwortung aller Landesregierungen und der Bundesregierung in den alten Bundesländern über die Jahre hinweg. Das ist schlicht und ergreifend so.

(Hannes Loth, AfD, lacht - Zurufe von der AfD)

Natürlich kann man immer nur die Technologien - - Ja, die AfD gibt es, Gott sei Dank, noch nicht so lange.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Aber natürlich kann man sich nur zu den Technologien verhalten, die es gibt, und man kann nur mit den gesellschaftlichen Erkenntnissen arbeiten, die es gibt.

Ich behaupte, hätte es Tschernobyl und Fukushima schon vor 60 Jahren gegeben, wäre auch in der Bundesrepublik die Diskussion um die Errichtung von Kernkraftwerken, gerade im Ruhrgebiet, in den dicht besiedelten Gebieten, wahrscheinlich ziemlich anders verlaufen. Aber das ist jetzt eine sehr spekulative Frage.

Ansonsten muss man mit Subventionen immer verantwortlich umgehen; das ist überhaupt keine Frage. Aber sicherlich wird niemand, wenn er sagt, ich nehme die Subventionen zur Steuerung irgendeines Vorgangs - es ist egal, ob dies den Energiesektor oder irgendetwas anderes betrifft -, davon ausgehen, dass es eine unverantwortliche Frage ist. Man verfolgt vielmehr immer ein Ziel, das man mit der Subvention erreichen will. Das gilt selbstverständlich auch für den Umgang mit Steuermitteln. Damit muss man sorgsam umgehen. Das ist überhaupt keine Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau von Angern, jetzt haben Sie das Wort.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege Grube, wir sind ja beide Magdeburger Kinder. Ich habe Ihre sehr engagierte Rede heute hier sehr freudig zur Kenntnis genommen, auch den Einstieg in Ihre Rede und noch einmal den Hinweis darauf, wie verletzt die Magdeburger Seele aufgrund der Vorkommnisse ist, die hier Anfang der

90er-Jahre passiert sind: Zusammenbruch der Industrie und Verlust von vielen, vielen Tausend Arbeitsplätzen.

Vor diesem historischen Hintergrund frage ich Sie: Sind Sie auch der Auffassung, dass das, was hier gerade passiert, ein erheblicher Schlag in die Seele der Menschen in Magdeburg und Umgebung ist?

Kann ich davon ausgehen, dass Sie Ihr Engagement, das Sie heute an den Tag gelegt haben, auch und gerade oder obwohl Sie hier Mitglied einer regierungstragenden Fraktion sowie auch Mitglied der Partei sind, die im Bund mitregiert, fortsetzen und sich dafür engagieren, dass die Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren werden, in Zukunft wieder eine Arbeit finden, und dies möglichst wohnortnah?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Dr. Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Selbstverständlich. Ich würde die Grundlage Ihrer Frage ein bisschen umkehren: nicht „obwohl“, sondern „weil“. Es ist eine Verantwortung dieser Landesregierung, übrigens auch der Bundesregierung, für die Sachen geradezustehen, die man mit der Gesetzgebung angerichtet hat.

Ich glaube, dass die Magdeburger Seele eher davon verletzt worden ist, dass hier eine Branche, die sich mühsam hochgerappelt hat, offensichtlich ein Stück weit wegfällt, und dass eben doppelt darauf kommt, dass das bei vielen Menschen tatsächlich Assoziationen an damals weckt. Das werden Sie aus Ihrer Familie wahrscheinlich ähnlich kennen wie ich aus meiner. Deswegen ist es tatsächlich ein Schlag in die Magengrube, der doppelt wehtut.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Fragen. - Somit kommen wir zur Landesregierung. Da Prof. Dr. Willingmann heute nicht anwesend ist, wird Frau Ministerin Grimm-Benne stellvertretend für den Minister Rede und Antwort stehen. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Ankündigung von Enercon, allein in Magdeburg fast 1 500 Arbeitsplätze in der Windkraftbranche abzubauen - der MDR meldete heute Morgen sogar 1 600 Arbeits-

plätze -, ist ein schwerer und herber Schlag, und zwar nicht nur für Magdeburg, sondern für unser ganzes Land,

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

für die betroffenen Beschäftigten, für die Stadt Magdeburg, aber auch für die notwendige Klimawende und für Sachsen-Anhalt als Land der erneuerbaren Energien.

Es ist zugleich ein Alarmsignal für alle, die sich um die Neuausrichtung der Energiepolitik bemühen. Denn es geht um die Sicherheit der Energieversorgung, um die Wirtschaftlichkeit der Energieerzeugung und um Arbeitsplätze. Es geht aber auch um Artenschutz, und es geht nicht zuletzt um die Akzeptanz von Windrädern in der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! In Sachsen-Anhalt liegt der Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien bei mehr als 60 %. Damit sind wir Vorreiter. Wir wollen diese Position halten, gleichzeitig muss aber der Ausbau erneuerbarer Energien auch in anderen Bundesländern vorangetrieben werden.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Genau so ist es! - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Dem stehen Berliner Weichenstellungen wie beim Erneuerbare-Energien-Gesetz entgegen. Wirtschaftsminister Willingmann hat das in dieser Woche mehrfach betont.

Es ist doch eine Krux, dass nach fast allen Umfragen Klimaschutz für die Bürgerinnen und Bürger das Thema im Land ist, dass es aber vor Ort oft sehr große Akzeptanzprobleme gibt, wenn Windkraftanlagen gebaut oder erneuert werden sollen.

Vor diesem Hintergrund zu sagen, der Ausbau der Windenergie sei in Deutschland ins Stocken geraten, ist mehr als beschönigend.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Sachsen-Anhalt wurden 2019 Baugenehmigungen für Windkraftanlagen mit einer Leistung von 32 MW erteilt. Von 2014 bis 2016 waren es durchschnittlich 145 MW. Das ist ein Rückgang um fast 80 %. Deshalb kollabiert der Markt für Windräder.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was folgt daraus für die Energiepolitik? Was kann zur Unterstützung der Windenergiebranche auf Bundes- und Landesebene getan werden?

Erstens. Wir brauchen eine Bund-Länder-Strategie - wie sie auch Niedersachsen haben will -, die aufzeigt, wie Flächen für die Windenergienutzung verlässlich ausgewiesen werden. Wir brauchen dabei ein klares Bekenntnis zum 65%-Ziel im Bereich der erneuerbaren Energien bis 2030, das dann auch der Landesplanung zugrunde gelegt werden kann. Dabei müssen die vielfältigen Interessen sowie regionalplanerische und ökologische Kriterien berücksichtigt werden.

Zweitens. Wir brauchen eine Flexibilisierung der Abstandsregelungen. Ohne verfügbare Flächen lassen sich die Ausbauziele nicht erreichen. Pauschale Abstandsregelungen wie zum Beispiel der 1 000-m-Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Altmaier sind kontraproduktiv. Darüber sind wir uns im Kabinett einig.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen, dass es in Sachsen-Anhalt weiterhin möglich ist, Anlagen mit kürzeren Abständen zu genehmigen. Wir machen das hier im Land Sachsen-Anhalt bereits. Deshalb werden wir auch die im Bundesgesetz geplante Öffnungsklausel nutzen. Es kann - das an dieser Stelle als Anmerkung - nicht sein, dass jahrelange regionale Planungsprozesse völlig umsonst gewesen sind. Das hat der Oberbürgermeister für seine Regionalplanungsgemeinschaft in der letzten Woche anschaulich dargestellt. Sie haben fünf Jahre gebraucht, um das Einvernehmen für die Standorte zu bekommen. Das wäre mit einem Schlag wieder weg und man würde wieder in eine neue Planungsphase gehen.

Drittens. In den nächsten Jahren haben Windräder der ersten Generation ausgedient. Neue bringen mehr Leistung, sind aber höher. Wir brauchen schnellere und entschlackte Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen, vor allen Dingen im Zusammenhang mit Repowering. Wir brauchen auch Recycling. Dafür müssen wir wieder ein neues Know-how entwickeln. Oder wollen wir die Anlagen für diese tolle Energie zum Beispiel nach wie vor in der Wüste verbuddeln? - Wir brauchen auch dafür neue, innovative Ideen.

Zu diesem Themenkreis hatte das Wirtschaftsministerium schon vor der Ankündigung des massiven Stellenabbaus bei Enercon zu einem runden Tisch mit dem MULE und dem MLV für den 28. November 2019 eingeladen. Dieser Weg muss dringend weiterverfolgt werden.

Viertens. Wenn geklagt wird, dann vor allem wegen Aspekten des Artenschutzes. Wir müssen daher naturschutzrechtliche Vorgaben standardisieren. Dazu muss das Land in einem ersten Schritt mit Interessentretern und Verbänden Standards und Qualitätsmaßstäbe festlegen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Nun möchte ich aber auch dezidiert als Arbeitsministerin sprechen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen heute vor dem Landtag gegangen ist. - Ich habe mich zuerst gefreut, dass wenigstens ein paar Gewerkschaftsfahnen zu sehen waren. - Aber es war die GEW.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Ich habe keine IG-Metall-Fahnen gesehen, ich habe keine Betriebsräte gesehen, ich habe keine Beschäftigten von Enercon gesehen. Woran liegt denn das?

(Zuruf von der AfD: Sagen Sie es uns! - Robert Farle, AfD: Ja, erzählen Sie mal! - Weitere Zurufe von der AfD)

Na, warum?

(Eva von Angern, DIE LINKE: Was ist das denn jetzt? - Unruhe)

Warum?

(Uwe Harms, CDU: Weil die schneller weg sind, als Sie gucken können! - Heiterkeit)

- Nein, weil das die Philosophie von Enercon ist. - Ich habe hier schon einmal gestanden und habe schon einmal darüber geredet, als ein Betriebsratsvorsitzender von Enercon ausgeschlossen worden ist. Die Angst hält die Menschen davon ab, auf den Domplatz zu gehen, die Angst, ihren Beschäftigungsplatz noch früher zu verlieren, die Angst für ihre Mitarbeiter, dass es vielleicht doch nicht zu einem Sozialplan kommt. Das ist es, warum Enercon-Mitarbeiter heute hier nicht stehen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich habe zumindest den Ministerpräsidenten an meiner Seite, wenn es darum geht, dagegen vorzugehen, dass Sachsen-Anhalt ein Land ist, in dem es wenig Mitbestimmung in den Betrieben gibt, in dem es noch immer nicht möglich ist, in jedem Unternehmen einen Betriebsrat zu haben, in dem es noch immer Firmenphilosophie ist, das zu unterbinden. - Aber das hilft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute auch nicht weiter.

Wirtschaftsminister Willingmann, Umweltministerin Dalbert, Oberbürgermeister Trümper und ich haben am Montag dieser Woche ein Gespräch mit der Geschäftsführung von Enercon geführt. Dabei wurden wir darüber informiert, dass Enercon sich aufgrund der veränderten Marktlage in einem grundlegenden Restrukturierungsprozess befindet und in Magdeburg vor allem die Arbeitsplätze in der Rotorblatffertigung wegfallen würden. Dieser Produktionszweig kann nach Darstellung der Enercon-Geschäftsführung in Deutsch-

land nicht mehr wirtschaftlich geführt werden und soll ins Ausland verlagert werden.

(Robert Farle, AfD: Das ist es!)

Gleichzeitig hat sich die Enercon-Geschäftsführung aber auch klar zum Erhalt wichtiger Geschäftszweige geäußert. Darum, Herr Farle, geht es nämlich, dass wir nicht weitere Industriearbeitsplätze verlieren wollen. Wir wollen nämlich den Generatorenbau und all das, was im Gondelbau gebraucht wird, hier in Magdeburg noch erhalten.

(Zustimmung bei der SPD - Robert Farle, AfD: Richtig, das fordern wir auch!)

Das sind rund 2 000 Arbeitsplätzen in Magdeburg. Es wäre ein wichtiges Signal für Magdeburg und Sachsen-Anhalt, dass diese Industriearbeitsplätze hier bleiben.

(Robert Farle, AfD: Das haben wir vorher schon gefordert!)

Ich hatte - auch wenn das auch für mich sehr emotional ist - in dem Gespräch zumindest den Eindruck, dass die Geschäftsführung von Enercon den Beschluss zur Aufgabe der Rotorblatffertigung nicht leichtfertig gefasst hat.

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, dass das Geschäftsmodell von Enercon und der bislang wenig sozialpartnerschaftliche Umgang mit den Beschäftigten nach meiner festen Überzeugung mit zu der aktuellen Krise beigetragen haben. Enercon hat nämlich ein Geschäftsmodell aufgebaut, bei dem große Teile der Produktion auf Partnerfirmen ausgelagert wurden, die unternehmensrechtlich nicht zum Enercon-Konzern gehören, aber vollständig von Enercon-Aufträgen abhängen. Dies ist zum Beispiel auch bei den drei in Magdeburg betroffenen Firmen, die Rotorblätter für Enercon herstellen, der Fall. Diese Firmen sind rechtlich selbstständig und haben nach Wegfall der Enercon-Aufträge keine Überlebenschance. Das ist ihnen auch schon mitgeteilt worden. Das betrifft Aufträge im März 2020 und im September 2020.

Deshalb war es mir sehr wichtig, dass Enercon auch für die Beschäftigten dieser Firmen Verantwortung übernimmt, selbst wenn diese formal keine Enercon-Beschäftigten sind. Ich habe daher diese Frage in dem Gespräch mit der Geschäftsführung thematisiert und konnte hierzu ein klares Bekenntnis der Geschäftsführung zu ihrer Verantwortung erreichen. Enercon hat zugesichert, dass das Unternehmen die Partnerbetriebe für die stornierten Aufträge angemessen entschädigen wird, damit diese ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Beschäftigten, zum Beispiel im Rahmen von Sozialplanverhandlungen, nachkommen können.

Ich denke, das ist eine gute Grundlage für die anstehenden Verhandlungen auf betrieblicher Ebene. Wir nehmen Enercon beim Wort und werden darauf dringen, dass Enercon diese Zusage einhält.

Man muss an dieser Stelle sehen, dass diese besondere Unternehmensstruktur auch geschaffen wurde, um direkte Verantwortung für Beschäftigte zu umgehen und Mitbestimmung durch die Beschäftigten weitgehend zu verhindern. Das ist aus meiner Sicht ein großer Fehler. Nach meiner Überzeugung würde das Unternehmen heute besser dastehen, wenn die Geschäftsführung die Sozialpartner und die Beschäftigten früher eingebunden hätte und wenn auf gemeinsame Strategien zur Bewältigung der neuen Herausforderungen gesetzt worden wäre. Auf jeden Fall hätte damit aber der jetzt notwendige Umstrukturierungsprozess aufseiten der Beschäftigten langfristiger und für alle Seiten schonender ablaufen können. Ich hoffe, dass Enercon bei der jetzt stattfindenden Neuaufstellung des Unternehmens entsprechende Veränderungen vornimmt.

Wichtig ist mir nun aber vor allem, dass wir die Abwicklung der Arbeitsplätze in der Rotorblattfertigung gut begleiten und den betroffenen Kolleginnen und Kollegen schnell Sicherheit und eine gute berufliche Perspektive in der Region bieten können. Die Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht. Viele Unternehmen suchen händeringend Arbeitskräfte. Allein im Agenturbezirk Magdeburg sind derzeit mehr als 7 000 offene und sofort besetzbare Arbeitsplätze gemeldet, davon mehr als 1 100 im produzierenden Bereich. Hier kommt es nun darauf an, für jeden Einzelnen der Betroffenen eine gute Lösung zu finden. Die Agentur für Arbeit in Magdeburg ist darauf vorbereitet.

Die Betriebsräte und Geschäftsführungen sind bereit und diskutieren darüber, wie man miteinander Sozialplanverhandlungen aufnehmen kann. Denkbar ist zum Beispiel auch eine Bildung von Transfergesellschaften, in denen die betroffenen Arbeitnehmerinnen auf eine neue Beschäftigung vorbereitet und bei Bedarf auch entsprechend qualifiziert werden können.

Ob dies sinnvoll und notwendig ist, werden die nächsten Wochen zeigen. Nun müssen die Betriebsparteien und die Agentur für Arbeit erst einmal gemeinsam die Lage in den Unternehmen analysieren und daraus ein Maßnahmenpaket schnüren, mit dem den betroffenen Beschäftigten am besten geholfen werden kann.

Ich jedenfalls habe mir fest vorgenommen, zusammen mit dem Oberbürgermeister der Stadt jeden Schritt von Enercon aktiv zu begleiten und überall dort, wo ich unterstützen und helfen kann, das auch zu tun. Ich hoffe sehr, dass uns alle hier

im Landtag die Solidarität mit den Beschäftigten eint. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt bereits vier Wortmeldungen, und zwar von dem Abg. Herrn Harms, dem Abg. Herrn Roi, dem Abg. Herrn Höppner und dem Abg. Herrn Thomas.

Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Professor-Friedrich-Förster-Gymnasiums in Haldensleben recht herzlich hier im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt ist der Abg. Herr Harms an der Reihe.

Uwe Harms (CDU):

Frau Ministerin, wir Altmärker stehen vor jedem Windrad, von denen auch in der Altmark viele stehen, voller Hochachtung vor dieser technologischen Meisterleistung

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

und auch vor der Leistung jener, die diese Windräder entwickelt, weiterentwickelt und nahezu perfektioniert haben, sowie jener, die diese bauen. Ich nehme mit Erstaunen zur Kenntnis, dass Sie die Meinung des Kabinetts mitgeteilt haben. Bisher bin ich davon ausgegangen, es sei die Einzelmeinung einer Ministerin. Zu dem Thema Abstände ist schon sehr viel gesagt worden, deshalb möchte ich das hier gar nicht vertiefen. Das wundert mich nur ein bisschen.

Aber bei aller Hochachtung möchte ich mich auch tief verneigen vor Ihnen dafür, dass Sie angesprochen haben, dass es dabei ungeklärte Probleme mit den Windrädern gibt, die eines Tages dann auch einer sinnvollen Entsorgung zugeführt werden müssen. Sie sprachen vom Verbuddeln in der Wüste. Ich möchte Sie bitten, die Frage mitzunehmen, wann denn nun endlich die Probleme mit den Altlasten der Erdölindustrie geklärt werden. Wir erinnern uns: Das war ein Parteitagsprojekt aus einer anderen Zeit.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, das sind alles Parteitagsprojekte, wunderbar. - Ich möchte endlich eine Antwort auf die Frage haben, wann die Bevölkerung in der Altmark auch einmal erfährt, wie das mit einer Abfallgrube ist, die für den geringsten Abfall geeignet ist.

(Zurufe von der AfD)

Nehmen Sie diese Frage bitte mit. Die Bevölkerung wartet auf die Antwort.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wissen Sie, Herr Abg. Harms, das ist genau das, was die Mitarbeiter meinen, wenn sie draußen unseren Reden zuhören und sagen: Die reden an unseren Problemen vorbei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Sie haben heute selbst einen Parteitag in Leipzig und auch Sie werden sich genau dieser Frage stellen. Ich habe nur darüber gesprochen, wozu diese 1 000-m-Abstandsfläche auch in unserem Land führen wird, weil wir sie in den Regionalplanungsgemeinschaften, in denen es schon Genehmigungen gibt, nämlich gar nicht einhalten. Wir halten die gar nicht ein!

(Oliver Kirchner, AfD: Unfassbar! - Robert Farle, AfD: Sie wollen die Leute krankmachen!)

- Ach, jetzt hören Sie doch einmal auf mit dem Krankmachen!

(Zurufe von der AfD)

Ich bitte einfach nur darum, realistisch zu sein.

(Zurufe von der AfD)

Die Recyclingproblematik bei den Rotorblättern ist nicht geklärt. Entweder liegen sie auf Halde, oder sie werden in andere Länder verschifft, weil man noch keine Lösung für das Recycling gefunden hat.

(Unruhe bei der AfD)

Dabei ging es mir in der Diskussion darum, dass wir mehr in die Innovation, in die Forschung gehen, wie wir diese Dinge dem Kreislauf wieder so zuführen, dass wir nicht noch mehr Abfall und Müll produzieren, damit es nicht solche Dinge gibt, wie Sie sie selbst erlebt haben. Wir müssen in unserem Land auch verantwortungsvoll mit dem Abfall umgehen. Das eint uns. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, eine kurze Nachfrage, aber bitte zu Windkraft und nicht zu anderen Deponien.

(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)

Bitte, Herr Harms.

Uwe Harms (CDU):

Frau Gesundheitsministerin, ich möchte, da Sie mich in meiner Arbeitsweise persönlich angegriffen haben, daran erinnern,

(Och! bei der SPD)

dass ich es ertragen musste, dass eine Landesregierung sechs Monate gebraucht hat, um das Papier einer Kreisverwaltung, in dem darauf hingewiesen wurde, welche umweltrechtliche Eignung diese Fläche in Brüchau hat - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wovon reden Sie denn überhaupt?)

Wir haben das hier im Landtag entsprechend kommentiert. Und noch heute steht die Bewertung aus.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Harms, bitte zum Thema.

Uwe Harms (CDU):

Frau Landtagspräsidentin, ich verzichte auf meine Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay. Da es jetzt keine Nachfrage gab, kommen wir zum nächsten Fragesteller. - Herr Abg. Roi, bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Keine Sorge, ich stelle auch nur eine Frage zum Thema Windkraft. - Sie haben gerade von dieser Abstandsregelung gesprochen. Dazu will ich noch einmal nachfragen. Bevor ich die Frage stelle, habe ich noch eine Zusatzfrage, die ich davor stelle.

Wann werden Sie Ihren Kollegen in Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN den Ministerpräsidenten stellen, darum bitten, dass auch das Land Baden-Württemberg anfängt, Windräder in der Dichte wie Sachsen-Anhalt aufzubauen? - Das ist meine erste Frage. Haben Sie dazu schon einmal ein Gespräch geführt?

(Zuruf von Dorothea Frederking, GRÜNE)

- Frau Frederking, Sie sind nicht dran. - Die zweite Frage. Sie sagen, Sie wollen in Sachsen-Anhalt die Abstandsregelung, die jetzt im Bundesgesetz steht, also die Klausel, nutzen, um die 1 000 m zu unterlaufen. Das haben wir nun gehört.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Nein, nein.

Daniel Roi (AfD):

Ja, doch.

(Unruhe)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Nein, wir müssen die Ausnahmeregelung - -

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Moment, Frau Ministerin, Entschuldigung. Sie können sich hinterher dazu äußern.

Daniel Roi (AfD):

Sie können gleich antworten, wenn ich fertig bin. Aber Sie wissen doch noch gar nicht, was meine Frage ist.

Meine Frage ist, ob Sie noch mehr Windräder in Sachsen-Anhalt wollen. Das ist eine ganz konkrete Frage.

Was sagen Sie den Menschen, die schon jetzt den Schlagschatten in ihrer Wohnstube zu Hause haben? - Einer davon steht im Übrigen vor Ihnen; Sie können mir das also auch direkt sagen. Denn in Thalheim ist das der Fall, wenn Sie zwischen Rödgen und Thalheim fahren. Was sagen Sie den Menschen, die schon jetzt den Schlagschatten haben? Denen sagen Sie jetzt auch noch: Wir wollen den Mindestabstand von 1 000 m aussetzen und noch weiter an das Dorf heranrücken? - Zwei Drittel der Menschen in Sachsen-Anhalt wohnen im ländlichen Raum, und die interessiert das, was Sie hier wollen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, jetzt können Sie auf die Fragen Antworten geben. Bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Natürlich möchten wir, dass das Land Baden-Württemberg die Windenergie ausbaut. Das ist auch ein klares Bekenntnis. Es ist ein Punkt meiner Strategie, dass wir sagen:

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Dazu muss der Deckel weg!)

Die Nutzung der Windenergie muss, wenn wir das Ziel der erneuerbaren Energien bis 2030 überhaupt erreichen wollen, in Deutschland insgesamt nachjustiert werden - ich wollte fast sagen, nachgerüstet werden, aber das passt, glaube ich, nicht unbedingt zur Windkraft. Das zu dem ersten Punkt, Baden-Württemberg.

Der zweite Punkt ist: Ich möchte im Land Sachsen-Anhalt keine Genehmigungsverfahren verändern. Ich möchte die Regionalplanungsgemeinschaften so belassen, wie sie jetzt sind, genau so. Die bewilligten und genehmigten Abstände zu Windkraftanlagen im Land möchte ich nicht verändern.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Darin sind wir uns sogar einig!)

Das wollen wir nicht verändern.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber wenn diese Abstandsregelung mit den 1 000 m kommt, dann müssen wir jeden Planungsbereich angehen. Jetzt gehen wir in Einzelfallprüfungen sehr individuell vor und prüfen, wie wir die Abstandsflächen regeln können.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir sind dabei schon sehr fortschrittlich; denn wir sind das Land der erneuerbaren Energien,

(Zustimmung bei der SPD)

und wir haben das getan, was wir tun konnten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Unruhe)

Wir brauchen das auch gar nicht weiter auszubauen; denn wir sind eigentlich schon das Vorzeigeland. Wir müssen nicht noch mehr tun. Jetzt müssen die anderen Bundesländer etwas tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Das sehen wir gerade bei 1 500 Entlassungen, was Sie tun!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Roi, Sie haben eine kurze Nachfrage? - Bitte.

Daniel Roi (AfD):

Ja. - Frau Ministerin, Sie haben über Regionalplanung gesprochen. Ich habe schon, als ich in den Landtag eingezogen bin, Fragen zu den Standorten der Windräder gestellt. Dazu ist mir von der Landesregierung gesagt worden, dass ein Drittel der Windräder in Sachsen-Anhalt gar nicht in Vorranggebieten steht. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Über die regionalen Planungsgemeinschaften!)

Und vor allem: Wie wollen Sie endlich dafür sorgen, dass hier nach Recht und Gesetz gebaut wird, nämlich dort, wo es auch vorgesehen ist, und nicht überall, wo sich gerade irgendjemand durchklagt?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Haben Sie schon einmal etwas von Bestandschutz für diesen Bereich gehört? - Ich denke, wir müssen uns heute nicht über das Genehmigungsverfahren unterhalten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die AfD hat es nicht so mit Recht und Gesetz! - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt weitere Wortmeldungen. - Herr Höppner ist der Nächste. Sie haben nun die Möglichkeit, Herr Höppner.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, Sie sprachen von einer sogenannten Philosophie von Enercon. Das betraf die Aufspaltung des Unternehmens in verschiedene einzelne Einheiten, das betraf die Mitbestimmung, also das Betriebsräte-Bashing, das Gewerkschafts-Bashing und ähnliche Dinge.

In diesem Zusammenhang muss ich aber darauf hinweisen: Wir haben dieses Thema hier schon fast regelmäßig behandelt und über die Vorkommnisse bei Enercon gesprochen. Wir haben massiv Fördermittel in diese Bereiche hineingegeben. Enercon ist das beste Beispiel dafür: Die Fördermittelbindung ist gerade ausgelaufen und jetzt macht der Laden zu. Das ist ein großes Problem.

Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass wir die Förderkriterien noch einmal anfassend müssten, um das zu ändern, damit Mitbestimmung stärker etabliert wird, damit so etwas wie Gewerkschafts-Bashing nicht passiert? - Auch die Firmenaufspaltung sollte beachtet werden. Denn wir haben das Problem - das haben übrigens die Leiharbeiter gerade an der Backe -, dass sie alle nicht unter den Sozialplan fallen. Und dort, wo keine Betriebsräte sind, kann man auch keine Sozialpläne verhandeln. Das passiert letztendlich nur mit dem Goodwill von Enercon. Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass wir diese Kriterien noch einmal anfassend müssen, dass wir das ändern müssen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich als Arbeitsministerin - ich darf auch den Wirtschaftsminister einbeziehen - denke, dass wir diese Förderrichtlinien an dieser Stelle verändern müssten. Das haben wir auch immer gesagt. Aber bisher haben wir keine Einigung innerhalb der Koalitionsfraktionen gefunden. Dazu gibt es eben unterschiedliche Auffassungen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen: von Herrn Thomas und von Herrn Raue. - Herr Thomas, Sie haben das Wort, bitte.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Frau Ministerin, wir diskutieren hier eigentlich über Enercon und es steht hier so der Gedanke im Raum: Wenn man die Abstandsflächen deutlich vermindert, könnte Enercon wieder auf die Beine kommen; denn dann könnten sie wieder mehr Windräder produzieren.

Nun hat mich aber die Diskussion über die Abstandsflächen, den Mindestabstand von 1 000 m, etwas verwundert; denn wir sprechen momentan über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung. Normalerweise sprechen wir nicht über Entwürfe, sondern wir sprechen, wenn etwas beschlossen wurde, darüber, wie die Auswirkungen auf das Land sind und wie wir damit umgehen.

Ich frage Sie vor diesem Hintergrund, dass es eigentlich üblich ist, erst dann darüber zu sprechen, wenn es Faktenlage ist:

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zu spät!)

Welchen Beschluss der Landesregierung gibt es, eine mögliche - noch nicht beschlossene - Option zu entwickeln, um Abstände unter 1 000 m zuzulassen? - Sie haben davon gesprochen, dass sich die Landesregierung dazu einig sei. Ich frage konkret, auf welche Beschlusslage Sie sich dabei beziehen. Mir ist sie nämlich nicht bekannt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe nicht von einer Beschlusslage gesprochen, sondern nur davon, wie die Genehmigungsverfahren bislang in unserem Land sind. Wir haben, um die erneuerbaren Energien, die Abstandsflächen und das Repowering hinzubekommen, in den regionalen Planungsgemeinschaften ein Genehmigungsverfahren entwickelt, das kon-

terkariert werden würde, wenn Altmaiers Gesetzesvorschlag kommen würde und tatsächlich in jedem Bereich ein Mindestabstand von 1 000 m eingehalten werden müsste. Das würde zu einer erheblichen Reduzierung unserer Planungen führen. Dann müsste der gesamte Planungsprozess noch einmal in Gang gesetzt werden.

Ich habe aus den Regierungsfractionen vernommen, dass man daran, wie wir das hier im Land handhaben, festhalten will. Wenn man daran festhalten will und keine Veränderung haben will, dann muss man sich gegen diesen pauschalen Mindestabstand von 1 000 m wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich sehe, Sie sind stehen geblieben. Sie wollen damit sicherlich eine kurze Nachfrage signalisieren. Bitte.

Ulrich Thomas (CDU):

Eine ganz kurze Nachfrage. - Ich stelle also für das Protokoll fest: Es gibt - mit Stand von heute - keine Beschlusslage der Landesregierung, an diese Optionsregel zu den 1 000 m heranzugehen,

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Kann ja nicht, weil das Gesetz noch nicht da ist!)

weil es noch keine Beschlussempfehlung gibt. Damit wir uns richtig verstehen: Sie sagten, wir seien uns einig; ich fragte nach einer klaren Beschlusslage, und Sie haben mir eben bestätigt, dass es diese nicht gibt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ihr Fraktionsvorsitzender nickt mir die ganze Zeit zu, dass wir in unserem Land unser Genehmigungsverfahren beibehalten wollen, dass wir keine Veränderung in unserem Land vorhaben. Dann müssen wir uns, wenn dies in unserem Land gefährdet ist, doch auch politisch darum kümmern, dass wir alles tun, damit das verhindert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe Ihr politisches Vorgehen nicht. Ich bin gespannt, was ich finde, wenn ich mir - das habe ich noch nicht geschafft - Ihre ganzen Anträge für den heutigen CDU-Parteitag anschau. Vielleicht findet sich darin auch etwas zu dieser Problematik; denn ich weiß, dass Enercon selbst dort ist und bei Ihren Delegierten dafür werben

will, dass das auf der Bundesebene nicht so kommt. Ich finde, das ist eine ganz normale Angelegenheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt noch eine Wortmeldung. - Herr Abg. Raue, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Frau Ministerin, die Zerschlagung der Kraftwerksindustrie in Deutschland und der Aufbau der Windenergie in Deutschland wurden gegenüber den Verbrauchern, die das alles mit hohen Umlagen auf ihre Strompreise bezahlen müssen, immer mit der Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland begründet.

Wie zuverlässig sind denn Ihre Prognosen und die Prognosen der Bundesregierung in Bezug auf dieses Thema für die Zukunft? - Wir stellen jetzt fest, dass die hoch subventionierten Arbeitsplätze, die wir hier geschaffen haben, zum Beispiel in der Solarindustrie und auch in der jetzt zusammenbrechenden Windkraftindustrie, sehr schnell ins Ausland abwandern. Das Einzige, das den Menschen hier verbleibt, ist der einmal eingeführte hohe Strompreis.

Wie wollen Sie die Energiewende in Zukunft noch begründen, wenn Arbeitsplätze nicht mehr in Deutschland geschaffen werden, weil es billiger ist - das war absehbar -, insbesondere lohnintensive Waren aus dem Ausland nach Deutschland einzuführen, als sie hier bei uns, im Hochlohnland, zu produzieren? Was sagen Sie den Menschen?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich war Enercon sehr lange dankbar, dass man dort erst sehr spät die Entscheidung getroffen hat, die Rotorblattfertigung ins Ausland zu verlagern, weil es auch hier Menschen gibt, die davon gelebt und daran mitgearbeitet haben. Wenn ich Sie aber richtig verstanden habe, geben Sie auch die weiteren Arbeitsplätze im Bereich der Windenergie auf.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau! - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Unterschied dazu möchte ich die 2 000 bis 3 000 Arbeitsplätze - wenn man die anderen

GmbHs noch dazunimmt, sind es bis zu 6 000 Arbeitsplätze - gern in Magdeburg erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich gern das, was den Maschinenbau betrifft, was nämlich nicht billig in anderen Ländern produziert werden kann, etwa den Generatoren- oder den Gondelbau, hier in Magdeburg erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir brauchen die Jobs! - Robert Farle, AfD: Das hat die AfD schon seit Jahren gefordert!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke, Frau Ministerin. Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Daldrup.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Ministerin, was die Abstandsregelung betrifft, sind wir in Sachsen-Anhalt, denke ich, gut dabei, weil wir die Verantwortung in die Regionen gegeben haben

(Beifall bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Genau das!)

und damit auch eine sehr demokratische Art und Weise haben, wie wir damit umgehen.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Bernhard Daldrup (CDU):

Ich habe eine andere Frage. Die Abstandsregelungen sind bei uns eigentlich nicht das Problem, wenn ich es richtig einschätze. Teilen Sie meine Meinung, dass bei uns bei der Ausweisung von Windvorranggebieten die Artenschutzfragen größere Probleme als die Abstandsregelung aufwerfen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe unter dem Punkt 4 in meiner Rede gesagt, dass wir mit Blick auf die Artenschutzregelungen Standards und Qualitätsmaßstäbe festlegen müssen. Das war das, was Armin Willingmann ebenfalls schon mehrfach dargestellt hat. Die meisten Klagen gibt es in diesem Bereich.

(Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert: Falsch! Nur fünf von 26 Klagen sind zum Artenschutz! - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin Dalbert, jetzt steht Frau Grimm-Benne hier vorn; Sie können jetzt nicht darauf erwidern.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich beuge mich da der zuständigen Ministerin. Trotzdem muss man zur Kenntnis nehmen, dass das im gesamten Land zunimmt, ob es nun um den Artenschutz geht oder um die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir bekommen mit, dass sich immer mehr Bürgerinitiativen bilden und Klageverfahren geführt werden, die uns die Genehmigungsverfahren erschweren werden. Das meinte ich mit dem Punkt.

Wir können nicht sagen: Wir tun alles für den Klimaschutz - dafür es gibt eine hohe Akzeptanz -, aber bitte nicht vor meiner Haustür. Das müssen wir ändern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Somit steigen wir nun in die Aussprache mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion ein. Der erste Debattenredner ist der Abg. Herr Lippmann für die Fraktion DIE LINKE. Sie haben das Wort, bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unternehmerische Entscheidung von Enercon, am Standort Magdeburg, wie zunächst verkündet, 1 500 Stellen zu streichen, ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten und ihre Familien und es ist ein Rückschlag für die Tradition des Maschinenbaues in der Stadt Magdeburg.

Die Art und Weise, wie wir davon erfahren haben und wie jetzt - scheinbar auch ein wenig scheinweise - die Zahl der Stellen, die gestrichen werden sollen, nach oben korrigiert wird, zeugt von der marktradikalen Unternehmensphilosophie der Geschäftsführung von Enercon, die weder soziale Verantwortung gegenüber den Beschäftigten noch eine Verantwortung gegenüber der Stadt und dem Land erkennen lässt.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn so, wie hier alles zu laufen scheint, ist die Änderung der Geschäftstätigkeit von langer Hand geplant und strategisch vorbereitet worden. Offenbar muss man davon ausgehen, dass von Enercon keine Änderung der Entscheidung mehr zu erwarten ist. Das hat der Geschäftsführer Herr K. bisher in allen Gesprächen mehr als deutlich gemacht.

Alle politischen Entscheidungen müssen deshalb jetzt darauf ausgerichtet werden, den Scherbenhaufen zu beseitigen, den uns Enercon hinterlässt. Wenn das mit Enercon nicht zu machen ist, dann müssen dafür andere Partner gesucht werden.

Über Enercon sprechen wir hier im Plenum längst nicht zum ersten Mal. Wir haben den Konzern für den Einsatz von Leiharbeitern, für die Behinderung von Betriebsräten, für seine Lohnpolitik oder für die massive Auslagerung von Unternehmensanteilen in Tochterunternehmen schon wiederholt scharf kritisiert. Wie man jetzt hört, geht es damit munter weiter. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht unsere Vorstellung von guter Arbeit, und es entspricht auch nicht unserer Vorstellung von Unternehmen, die von uns massiv gefördert werden sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen andere Maßstäbe für die Ansiedlungs- und Förderpolitik in unserem Land. Sogar Herr Gürth wirft dem Unternehmen jetzt „soziale Raffgier“ vor. Das überrascht etwas,

(Olaf Meister, GRÜNE: Ja!)

denn bisher waren bei den Debatten über Enercon durchaus andere Töne aus der CDU zu hören, zum Beispiel wenn Herr Thomas das gewohnte Hohelied auf das freie Unternehmertum anstimmte,

(Ulrich Thomas, CDU: Das hören Sie gleich!)

auch und gerade, als es hier im Hause um Enercon ging. In meinem Redemanuskript steht: und vermutlich hören wir das hier auch heute wieder. - Gerade hat er das bestätigt.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht tragen solche Erfahrungen wie mit Enercon aber dazu dabei, dass man in der CDU irgendwann einmal die rosarote Brille abnimmt, bevor man uns wieder die Segnungen des freien Marktes anpreist.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Guido Heuer, CDU)

Nun geht es uns heute aber nicht darum, dass wir mit unserer Kritik an Enercon recht behalten haben. Wir wollen klären, wie weiterer Schaden zu verhindern ist und wie man aus der Misere herauskommt. Denn klar ist, dass Enercon nicht die alleinige Schuld trägt, wenn es mit der Produktion von Windkraftanlagen in Magdeburg nicht mehr weitergehen sollte.

Hierbei spielen natürlich vor allem die politischen Rahmenbedingungen eine Rolle, die für die Förderung der erneuerbaren Energien allgemein und

der Windenergie im Besonderen gelten. Diese sind inzwischen so schlecht, dass auch ein besserer Arbeitgeber Schwierigkeiten hätte, die Produktion und damit die Arbeitsplätze zu erhalten.

Es ist eine umwelt- und energiepolitisch falsche Weichenstellung, der Windenergie die Luft abzudrehen und sie flügelarm zu machen. Die Rahmenbedingungen für den Bau von Windkraftanlagen müssen deshalb wieder so gestaltet werden, dass die Windenergie auch künftig den Beitrag zur Energiewende leistet, den sie zu leisten imstande ist.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Was wir von CDU-Wirtschaftsminister Altmaier jetzt als Gesetz für die Umsetzung des Kohleausstiegs auf den Tisch bekommen haben, ist letztlich ein Verhinderungsgesetz für die Windenergie.

(Tobias Rausch, AfD: O Leute!)

Denn nach einer eigenen Studie des Wirtschaftsministeriums wird ein pauschal festgelegter Abstand von 1 000 m zum nächsten Wohngebiet den Ausbau von Onshore-Anlagen zum Erliegen bringen. Die zur Verfügung stehenden Flächen würden sich drastisch reduzieren. Auch in Sachsen-Anhalt würden wir diese Verschärfung deutlich zu spüren bekommen.

Wir sehen in der bundesweit einheitlichen Festlegung pauschaler Abstandsregelungen einen Eingriff in die kommunalen Planungsrechte und die Kompetenzen der Bundesländer.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wir fordern die Bundesregierung auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen. Das Ziel, den Ausstieg aus der Kohleverstromung verbindlich zu regeln, würde anderenfalls komplett verfehlt werden. Der Verzicht auf eine Stromerzeugung aus Kohle kann natürlich nur dann gelingen, wenn neben der Reduzierung des Energieverbrauchs auch die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien weiterhin deutlich gesteigert wird. Dabei spielt neben der Energieerzeugung mithilfe von Sonne, Wasser und Geothermie natürlich auch die Windenergie weiterhin eine zentrale Rolle.

Es entsteht ein wenig der Eindruck, dass die CDU beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf die Bremse tritt, um den Ausstieg aus der Kernkraft und der Kohlverstromung bewusst zu erschweren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich dieser Entwicklung im Bund entgegenzustellen und für Änderungen hinsichtlich des derzeitigen

Kohleausstiegs zu kämpfen. Es ist nötig, sich dafür einzusetzen, dass das Thema Strukturwandel in der Bundesregierung weiter gefasst wird. Es geht um die Kohle, es geht aber auch um die Automotive-Industrie, um die erneuerbaren Energien und speziell um die Windenergie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es war und bleibt richtig, dass Sachsen-Anhalt auf die Erzeugung erneuerbarer Energien sowie auf die Produktion der dafür erforderlichen Anlagen gesetzt hat und setzt und dass es dafür innovative Unternehmen im Land fördert. Sachsen-Anhalt zählte zu den Vorreitern beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Oliver Kirchner, AfD: Das Ergebnis sehen wir jetzt!)

Nicht nur bei der Windenergie, sondern auch bei der Fotovoltaik waren wir einmal vorn mit dabei. Es war ein Aushängeschild für Sachsen-Anhalt, mit der Entwicklung der erneuerbaren Energien in Verbindung gebracht zu werden.

Es stimmt aber auch, dass wir hier im Land noch längst nicht alle Hausaufgaben erledigt haben. Das Potenzial, das in Sachsen-Anhalt im Hinblick auf die Produktion und die Innovation im Bereich der Energie- und Umwelttechnologie gewachsen ist, muss erhalten und für die künftige Wertschöpfung genutzt werden.

(Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Unser Wirtschaftsminister ist in Vietnam zurzeit auf der Suche nach dringend benötigten Arbeitskräften für unsere Wirtschaft - in der Hoffnung, dass sie anschließend nicht von der AfD vertrieben werden.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD - Heiterkeit bei der AfD)

Gut wäre, wenn er bei dieser Gelegenheit auch das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit wecken könnte. Auch ein Blick über die Grenze hinweg in die chinesische Nachbarprovinz Guangxi würde sich lohnen. Erst vor wenigen Wochen war auf Vermittlung von Vizepräsident Gallert eine Wirtschaftsdelegation aus Guangxi hier im Lande, um über die Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperationen im Bereich von Umwelttechnologie zu sprechen. Es wäre gut, von der Landesregierung zu hören, wie diese Kontakte weitergeführt werden und welche Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung sich hieraus ergeben können.

Gründe für den extremen Rückgang beim Ausbau der Windenergieanlagen seit dem Jahr 2018 gibt es viele. Bürokratische Hürden und langwierige Genehmigungsverfahren zählen dabei ebenso dazu wie Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung

oder Fragen des Artenschutzes. Aber: Für diese Probleme sind überall Lösungen möglich, man muss nur anpacken und anpacken wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern die Landesregierung daher dazu auf, in Anlehnung an den Zehnpunkteplan der Branchen- und Umweltverbände für den Ausbau der Windenergie ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und uns dieses hier vorzustellen.

Vor allem aber müssen die Kommunen von der Energieerzeugung auf ihrem Gebiet endlich auch profitieren können. Es ist doch ein Unding, in Größenordnung Anlagen bei uns im Osten zu errichten und den Strom und die Gewinne anschließend überwiegend in den Westen zu transportieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit muss Schluss sein. Der Strom, der bei uns erzeugt wird, sollte möglichst von Unternehmen in der Region genutzt werden, anstatt ihn über umstrittene Trassen in den Süden zu transportieren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

In Brandenburg war der Ausbau der erneuerbaren Energien ein nicht unerheblicher Entscheidungsgrund für die Neuansiedlung eines Tesla-Werkes. Anders als etwa die AfD sind wir davon überzeugt, dass sich die wirtschaftlichen Perspektiven auch in Sachsen-Anhalt verbessern -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Lippmann, Ihre Redezeit ist beendet.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

ich bin beim letzten Satz -,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das ist bitte der letzte Satz.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

wenn die Anstrengungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt werden. Ob der Strukturwandel in den Kohle- und in den Automotive-Regionen gelingt, wird auch von den Fragen der künftigen Energieerzeugung abhängen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Sie können Ihre Redezeit etwas verlängern, denn Sie haben das Glück, dass es drei Wortmeldungen gibt. Als Erster spricht Herr Farle. - Sie haben das Wort, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer die Abstandsregelung aushöhlen will oder verhindern will, dass die nach internationalem Standard bekannten 1 000 m als Mindestabstand festgelegt werden, dem sage ich: In Schweden sind es 3 000 m und in Amerika sind es auch solche Größenordnungen, weil der Infraschall, den diese Windkraftanlagen erzeugen und der übrigens umso stärker ist, je höher die Windkraftanlage ist - bei Repowering sind ja sehr hohe Anlagen geplant -, eine unmittelbare Gesundheitsgefährdung für die Menschen darstellt.

Es ist typisch dafür, dass man jetzt solche Gedanken hat. Dieser Enercon-Konzern könnte hier weiter produzieren, wenn er wollte, will die Produktion aber aus Gründen des Maximalprofits in die Türkei und nach Portugal auslagern. Das haben doch alle mitbekommen. Es gibt auch Überlegungen, die Produktion in Richtung Polen auszulagern. Sie wollen ihre Produktion internationalisieren und dafür nur die halben Lohnkosten aufwenden. Dagegen muss man sich wenden und nicht von einer dämlichen Mitschuld sprechen, wie Sie das gemacht haben.

(Dr. Falko Grube, SPD: Nicht Mitschuld! Ohne Mitschuld!)

Zu dem zweiten Thema. Diese Energiewende war von vornherein nicht mehr als eine sinnlose Papierplanung grün-linker Ideologie, die bei der CDU-Regierung leider auf gute Ohren gestoßen ist und von der SPD vorangetrieben wurde.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Wir haben jetzt die höchsten Strompreise. Sie als LINKE, die das von Anfang an befördert haben und das jetzt noch immer befördern, tragen eine Mitschuld daran, dass die Strompreise

(Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Aus! Zwei Minuten! Zeit zu Ende! - Silke Schindler, SPD: Zwei Minuten! - Weitere Zurufe)

mittlerweile zu einer zweiten Miene mutieren.

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Das ist die Wahrheit. Wenn Sie die Kohleverstromung nicht abbauen würden - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Farle, Ihre Redezeit ist beendet.

(Dr. Falko Grube, SPD: Hallo!)

Robert Farle (AfD):

Gut. - Wenn Sie den Kohleabbau nicht einstellen würden, dann hätten wir vielleicht

(Silke Schindler, SPD: Aus! - Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Ende! - Weitere Zurufe)

vernünftige Energiepreise.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle!

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Robert Farle (AfD):

Das wollen Sie nicht hören, aber die Bürger werden sich gegen Sie wehren. Die wehren sich gegen Sie.

(Silke Schindler, SPD: Also, jetzt reicht's! Endlich!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Farle. - Herr Lippmann, Sie können jetzt etwas darauf erwidern.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass sich Herr Farle an mich gewendet hat.

(Beifall bei der LINKEN - Ronald Mormann, SPD, lacht)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie müssen nicht erwidern. Ich habe nur gesagt, Sie können erwidern.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich sage aber zumindest, dass die Stromerzeugung - egal auf welcher Grundlage - und die Strompreisgestaltung natürlich immer eine Frage von hohen Subventionen und von Förder- und Subventionspolitik ist. Es sind politische Entscheidungen, auf die man sich konzentriert. Die Stromerzeugung aus Kohle wird genauso subventioniert wie die Stromerzeugung aus Atomkraft.

(Robert Farle, AfD: Kennen Sie die Strompreise in Frankreich? - Weitere Zurufe von der AfD)

Das sind einfach politische Entscheidungen, die mit der Frage, das eine gegen das andere auszuspielen, überhaupt nichts zu tun haben. Geld ist immer im Spiel.

(Robert Farle, AfD: Kennen Sie die Strompreise in Frankreich?)

Wenn die Politik die Strompreise begrenzen will, dann muss sie Geld in die Hand nehmen, egal woher es kommt.

(Ulrich Thomas, CDU: Woher soll es denn kommen? Das ist nicht egal! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Das ist nicht egal!)

- Wenn wir das Geld besorgen würden, dann würde es irgendwann einmal nicht mehr solche Niedrigzinsen geben.

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

Wenn wir das Geld endlich einmal aus den Finanzblasen holen würden, dann könnten wir auch die Strompreise senken. Das ist aber ein anderes Thema; ich will das jetzt nicht erweitern.

(Lydia Funke, AfD: Packt das Problem an der Wurzel!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Heuer, Sie haben als Nächster die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen. Bitte.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Es geht nicht um Schuldzuweisungen.

Die Ministerin hat vorhin eines erwähnt: die Akzeptanz vor Ort. Da Sie die ganze Zeit so schön mit dem Finger auf die CDU-Fraktion gezeigt haben, möchte ich Folgendes sagen: Die CDU-Fraktion hat im Gemeinderat in Sülzetal, dem ich vier Jahre lang vorgesessen habe, beantragt, eine Anhörung zu Windkraft durchzuführen. Denn wir haben Vorranggebiete und wollten Windkraftanlagen bauen, weil es auch für die Haushaltskonsolidierung richtig gewesen wäre.

Jetzt fragen Sie mich einmal, wer das verhindert hat. - Das war ein SPD-Bürgermeister zusammen mit der Fraktion DIE LINKE. Das ist die Wahrheit: Wir haben es beantragt und es ist abgelehnt worden.

(Ulrich Thomas, CDU: Hört, hört! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Scheinheiligkeit! - Zurufe von der AfD: Was? - Das darf doch wohl nicht wahr sein! - Zustimmung bei der AfD - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, Sie haben jetzt die Möglichkeit zu antworten. Sie müssen aber nicht.

(Guido Heuer, CDU: Darauf gibt es keine Antwort! Das können Sie nicht schönreden!
- Ulrich Thomas, CDU: Das war ein Treffer!
- Weitere Zurufe)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Hört, hört. - Wir werden auf den Kern meiner CDU-Kritik zurückkommen, nämlich auf die Frage der Beurteilung von Enercon als Unternehmen.

(Zurufe - Unruhe)

Der zweite Teil war der Hinweis - -

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment, Herr Lippmann. - Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Guido Heuer, CDU: Darauf gibt es keine Antwort! Das können Sie nicht schönreden!)

- Auch Herr Abg. Heuer. Sie haben eine Kurzintervention vorgetragen. Sie müssen aber demjenigen, der am Rednerpult steht, auch die Möglichkeit geben, darauf zu erwidern. Wenn das gleich niedergebrüllt wird, dann funktioniert das nicht. Sie haben sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle das Verlangen, auf etwas zu antworten. - Also, Herr Lippmann, jetzt haben Sie die Möglichkeit.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich versuche, es kurz zu machen. - Es wird in der Auseinandersetzung natürlich immer einfach, wenn man alles in einen Topf wirft. Meine Ansprache an die CDU betraf die mit Sicherheit unterschiedlichen Bewertungen des Unternehmens Enercon und seines Agierens. Das betraf meinen Hinweis, dass das Kohleausstiegsgesetz vom CDU-Wirtschaftsminister vorgelegt wurde.

Ansonsten habe ich selbst angesprochen, dass die Frage der Akzeptanzprobleme, über die man vor Ort entscheiden muss, natürlich eine Rolle spielt. Meine Intention war vielmehr gewesen zu fragen: Warum können Sie Stadtwerke nicht daran beteiligen? Warum bleiben die Ergebnisse nicht im Land? - Weil die Investoren woanders herkommen. Das sind Dinge, die man ändern kann. Es ist eine CDU-geführte Bundesregierung, die das machen kann. Ansonsten müssen die Probleme natürlich vor Ort ausgetragen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Heuer, bitte eine kurze Frage vortragen, keine Kurzintervention mehr.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Lippmann, Sie erwähnten gerade das Stichwort Stadtwerke. Die CDU-Fraktion im Gemeinderat Sülzetal hat zehn Jahre lang versucht, Gemeindewerke zu gründen. Das ist ebenfalls am Widerstand der SPD und der

LINKEN gescheitert; denn wir hätten die Gemeindegewerke, hätten wir die Bürger an der Windkraft beteiligen können. Das ist gehört auch zur Wahrheit.

(Silke Schindler, SPD: Was? Das stimmt doch gar nicht! Also da erzählen Sie jetzt Blödsinn! - Robert Farle, AfD: Ihr macht hier nur Schauspiel! Mehr macht ihr doch nicht! - Weitere Zurufe - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich höre aber keine Frage, Herr Heuer.

(Unruhe)

Das war keine Frage. Wir sollten uns an die Regeln halten.

(Zuruf von Guido Heuer, CDU - Heiterkeit bei der AfD)

Herr Lippmann, warten Sie. Wir nehmen uns einen Moment Zeit. Wir sind zwar bereits im Verzug, aber ich denke, wir sollten noch einen kurzen Moment warten.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Abgeordneten! Wenn jemand eine Kurzintervention vorbringt, dann hat er die Möglichkeit, eine kurze Nachfrage zu stellen; er sollte nicht noch eine weitere Kurzintervention anfügen. Das funktioniert nicht.

(Guido Heuer, CDU: Ich habe die Frage vorangestellt! Wie er dazu steht, habe ich gefragt!)

- Es war keine Frage dabei.

(Guido Heuer, CDU: Wie er dazu steht, habe ich gefragt!)

- Das habe ich so nicht vernommen. - Aber, Herr Lippmann, Sie haben die Möglichkeit zu antworten.

(Unruhe)

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich kenne diesen Einzelfall vor Ort nicht, um darauf reagieren zu können.

(Guido Heuer, CDU: Einzelfall?)

Ich sage aber: Getroffene Hunde bellen. Ich lasse das so stehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt noch eine weitere Wortmeldung, und zwar von dem Abg. Herrn Loth. - Sie haben jetzt die Möglichkeit zu sprechen.

Hannes Loth (AfD):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Lippmann, Sie haben gesagt, dass wegen der AfD Unternehmen flüchten würden.

(Heiterkeit bei der AfD)

Das war vorhin Ihre Aussage. Wir hatten so eine Aussage schon einmal im Jahr 2016 vom Tourismusexperten CDU. Der meinte, mit Eintritt der AfD würde der Tourismus zusammenbrechen. Das war in der Folge natürlich nicht so, sondern es wurde besser. Ob es an uns liegt, weiß ich jetzt nicht, aber es ist eine Vermutung. Jedenfalls haben Sie es gesagt. Mich würde interessieren, welche Unternehmen in Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Sachsen vor der AfD geflohen wären.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, bitte.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD - Unruhe)

- Sehr geehrte Kollegen von der AfD-Fraktion, Sie haben einen Kollegen - -

(Zurufe von Daniel Roi, AfD, und von der CDU - Unruhe)

- Also, so langsam geht es hier wirklich los. Herr Roi! Sie haben einen Kollegen in Ihrer Fraktion, der eine Frage gestellt hat oder eine Kurzintervention getätigt hat. Dann müssen Sie es auch ermöglichen, dass jemand eine Antwort gibt, damit Ihr Kollege vielleicht zufrieden ist. - Bitte, Herr Lippmann.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich weiß auch, dass es nicht einfach ist, solchen Reden zu folgen. Sie können es im Protokoll dann doppelt nachlesen; denn ich wiederhole es jetzt einfach. Ich habe die Reise des Wirtschaftsministers nach Vietnam als Aufhänger für einen Teil meiner Rede verwendet, in dem es um die Frage anderer Investoren geht. In dem Zusammenhang habe ich vorhin gesagt: Unser Wirtschaftsminister ist ja zurzeit in Vietnam auf der Suche nach dringend benötigten Arbeitskräften für unsere Wirtschaft, wenn diese, nämlich die Arbeitskräfte aus Vietnam, nicht anschließend wieder aus dem Land getrieben werden. Das habe ich gesagt.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Fragen, Herr Lippmann.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

- Sie hatten sich nicht bereits gemeldet, sondern es erst getan, als er gegangen ist. So fair müssen Sie sein. Wenn Sie eine kurze Nachfrage haben, können Sie diese gern stellen. Aber Herr Lippmann hat signalisiert, dass er nicht mehr antworten wird. Bitte.

(Unruhe)

Hannes Loth (AfD):

Ich möchte Herrn Lippmann bitte nur noch kurz - -

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich kann Sie nicht verstehen. Es tut mir leid.

Hannes Loth (AfD):

Ich hätte Herrn Lippmann nur noch ganz kurz gefragt, an welcher Stelle wir denn irgendwo gesagt

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

oder geschrieben haben, dass wir Vietnamesen aus dem Land jagen wollen. Das ist eine böswillige Unterstellung.

(Unruhe - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Was ist das hier für ein Zwiegespräch?)

Das kann gar nicht sein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ihre Frage bleibt jetzt so im Raum stehen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Thomas.

(Unruhe)

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich muss mal schauen, Herr Thomas, ob Sie mit Ihrer lauterer Stimme jetzt durchkommen. Ansonsten, denke ich, ist das fast nur noch eine Schau, die alle hier abgeben. So kann niemand zuhören; zumindest nicht die, die gern diese Rede hören möchten. - Jetzt funktioniert es. Danke. Es geht doch! - Bitte, Herr Thomas.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Bereits zum Ende des Jahres 2017 verloren 140 Beschäftigte bei einem Enercon-Zulieferer ihren Job. Und wieder einmal beschäf-

tigt uns im Plenum die Krise der Windanlagenindustrie. Zuletzt war das vor der Sommerpause der Fall.

In der Tat ist die Ankündigung von Enercon, sich nunmehr von 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu trennen, ein schwerer Rückschlag für die gesamte Region Magdeburg. Ich sage dies auch vor dem Hintergrund, dass Enercon in den 1990er-Jahren für die Landeshauptstadt so etwas wie ein Glücksfall war. Der ehemalige Schwermaschinenbaustandort befand sich in einem schwierigen Strukturwandel. Die Arbeitslosenzahlen stiegen damals im Wochentakt und die Tradition des Schwermaschinenbaus, die Magdeburg vor dem Krieg zu einer reichen Stadt gemacht hatte, drohte durch die Treuhand im wahrsten Sinne des Wortes abgewickelt zu werden.

Meine Damen und Herren! In dieser Zeit kam Enercon und stieg hier nach der Jahrtausendwende zu einem der wichtigsten Arbeitgeber auf. Wir alle waren stolz auf dieses Unternehmen

(Eva von Angern, DIE LINKE: Na ja!)

und glücklich über die Arbeitsplätze, die dort entstanden sind und die dort auch gesichert worden sind. Ich denke, das gehört dazu, auch wenn man die Entscheidung mit Bedauern zur Kenntnis nehmen muss, dass es nun zu einem Abbau der Arbeitsplätze kommt.

Meine Damen und Herren! Das Wachstum dieser Firma erfolgte durchaus mit einer großen Rasanz. Denn die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte mit dem EEG ein beispielloses Subventionsmodell geschaffen,

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

das regenerative Energien über den Strompreis zulasten der Verbraucher fördern sollte. - Herr Lippmann, das sage ich Ihnen im 30. Jahr des Mauerfalls, mit einer Gesellschaft, in der wir die soziale Marktwirtschaft haben.

(Wulf Gallert, DIE LINKE: Oh, ja!)

Ich sage Ihnen „zulasten des Verbrauchers“ und nicht wie Sie als Anhänger einer sozialistischen Planwirtschaft „Das muss bezahlt werden, egal woher das Geld kommt“. Die Mitteilung, woher das Geld kommt, bleiben Sie uns in Ihren Aussagen leider immer schuldig.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Dann zu beklagen, die Strompreise würden immer höher, das sei verbraucherunfreundlich, und vorzugaukeln, wir müssten in der Politik mehr tun, damit die Preise sinken, ist Heuchelei.

Meine Damen und Herren! Was begann denn seinerzeit? - Es begann so etwas wie eine Goldgräberstimmung im Hinblick auf die regenerativen

Energien mit allen nur denkbaren Verwerfungen, die Subventionsmodelle so mit sich bringen.

Der Wirtschaftsminister hat kürzlich in einem Interview auf diese Verwerfungen hingewiesen, indem er bemerkte, dass man aus der Krise des Solar Valley hätte lernen müssen. Im Fall Enercon ist dies leider nicht geschehen. Stattdessen teilte das Unternehmen am letzten Wochenende mit, dass man weitere Einschnitte zusätzlich zu dem angekündigten Stellenabbau nicht ausschließt. Das Solar Valley war seinerzeit dank üppiger Förderung viel zu schnell gewachsen, bis es von asiatischen Dumping-Panels überschwemmt wurde.

Meine Damen und Herren! Diese wurden billig produziert - ebenfalls staatlich subventioniert -, oft auf deutschen Maschinen hergestellt und sie waren einfach um die ganze Welt zu transportieren. Deutschland lockte mit großen Gewinnen. Dabei spielten Wirkungsgrad und Nachhaltigkeit nur eine untergeordnete Rolle, und das bei einem Produkt, das als Wunderwaffe für den Klimaschutz verkauft wurde.

Das Ende ist bekannt. Ich erwähne dies ganz bewusst, weil die Windenergiebranche das gleiche Schicksal schon vor Jahren erlitten hätte, wenn deren Anlagen einfach und kostengünstig um die Welt hätten transportiert werden könnten. Man könnte es auch anders formulieren, indem man nüchtern feststellt, dass die Sperrigkeit der Windräder die deutsche Windanlagenindustrie vor billigen Mitbewerbern geschützt hat.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Die Logistik ist einfach zu aufwendig und auch zu teuer, gerade wenn es um den Export geht. Das führte in der Branche leider zu der irrigen Annahme, dass der heimische Markt offenbar auf Dauer so bleibt, wie er ist. Man investierte lieber in die Lobbyarbeit als in alternative Produkte und Geschäftsfelder. Immerhin hat der Enercon-Chef am Montag zugegeben, dass man in der Hoffnung auf eine Besserung der Situation zu lange verharrt habe.

Meine Fraktion hat stets vor diesen Entwicklungen gewarnt. Wir haben in den zurückliegenden zehn Jahren das Thema Enercon regelmäßig auf der Agenda des Landtages gehabt. Es waren zum Beispiel Goodwill-Anträge für die Windanlagenbranche. Es gibt bis heute Probleme wegen eines völlig undurchschaubaren Firmengeflechts. Die Gewerkschaften hatten kaum einen Zugang zum Unternehmen. Ein Betriebsrat sollte zwischenzeitlich sogar entlassen werden, Tarifverträge wurden gern trickreich umgangen und mittlerweile debattieren wir über die angekündigte Entlassungswelle.

Meine Damen und Herren! Enercon ist im Bereich des Windanlagenbaus die weltweite Nummer 5 mit einem durchschnittlichen Jahresumsatz von 5 Milliarden €.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Die Technologie gilt in der Branche durchaus als Benchmark. Dennoch ist das Unternehmen kein Musterbeispiel, kein Vorzeigeunternehmen. Das Engagement für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Magdeburg hielt sich in engen Grenzen. Versteuert wurden die Milliardengewinne der letzten beiden Jahrzehnte in der Regel am Firmensitz in Ostfriesland. Fördermittel nahm man stets gern an. Man war auch nicht zimperlich, wenn man von der Stadt den Ausbau der Infrastruktur einforderte.

Wenn das Management von Enercon wie in der letzten Woche die Schuld politisch in Berlin verortet, dann ist das schlichtweg eine Verweigerung gegenüber der Realität und ein Hohn gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die jetzt vor der Entlassung stehen.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU, von Guido Heuer, CDU, und von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Die Entwicklungen waren absehbar, auch weil sich die Bedingungen für die regenerativen Energien geändert haben. Denn auch vor der Entwicklung der Energiepreise haben wir stets gewarnt. Ich bin Wirtschaftsminister Peter Altmaier dankbar, dass er nun eines der zentralen Probleme der deutschen Volkswirtschaft offensiv angeht. Diese Entwicklungen sind mit Blick auf die Strompreisentwicklung besorgniserregend.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU, und von Guido Heuer, CDU)

Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte ist seit der Jahrtausendwende von 13,94 auf 30,43 Cent/kWh im Jahr 2019 gestiegen.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Das entspricht einer Steigerung von 118 % bzw. 6 % pro Jahr. Das gilt für die Verbraucher genauso wie für unsere Wirtschaft.

(Tobias Rausch, AfD: Das weiß Frau Frederking nicht!)

Die Liberalisierung der Energiemärkte sorgte für mehr Wettbewerb und sinkende Preise.

(Zuruf von der AfD: Ah, ja?)

Seit der Einführung des EEG geht es aber nur noch aufwärts. Auch das hat unter anderem mit Enercon zu tun. Denn jede neue Anlage wird

durch die Verbraucher bezahlt und ebenso jede Stromtrasse. Das bezahlen wir alle.

(Olaf Meister, GRÜNE: Mann, Mann, Mann!)

Daher ist es folgerichtig, die regenerativen Energien stärker in die Systemverantwortung zu überführen, um endlich die Kosten auch auf die Erzeuger zu verteilen. Alle Ökonomen und wirtschaftlichen Kennziffern deuten aktuell darauf hin, dass Deutschlands Wirtschaft aktuell vor einer rezessiven Phase steht. Das Letzte, was wir jetzt brauchen, sind Steuererhöhungen oder weiter steigende Energiepreise. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik von Enercon auch unredlich, den eigenen wirtschaftlichen Erfolg allein vom Zubau der Windkraft in Deutschland abhängig zu machen. Wer sich die aktuelle Lage in der Automobilindustrie anschaut, den sollte es auch nicht verwundern, dass deren Krise inzwischen auch bei unseren Zulieferern ankommt.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau so ist das!)

Noch redet keiner davon. Aber wer sich die aktuellen Statistiken anschaut, der wird meine Unruhe verstehen.

Dank einer völlig absurden und unwissenschaftlichen Mobilitätsdiskussion stellen wir eines der erfolgreichsten Produkte der deutschen Volkswirtschaft an den Pranger: das Auto.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Wenn nun in den nächsten drei bis fünf Jahren die Energiepreise noch weiter klettern, dann gefährden wir die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie, Mittelstand und Handwerk. Dann reden wir nicht mehr von 1 500 Arbeitsplätzen in Magdeburg, sondern von Hunderttausenden in Deutschland, die dann zur Disposition stünden und die wir dann womöglich bei einer Aktuellen Debatte in einem Jahr genauso beklagen wie das, was wir heute beklagen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD - Zurufe von der AfD: Genau so ist das!)

Es geht nicht darum, in eine Betroffenheitsrhetorik für einen Sachverhalt zu verfallen, den wir heute nicht mehr ändern können, sondern es geht darum, wie wir solche Dinge in Zukunft vermeiden. Dafür sind die Konzepte, von denen ich bisher gehört habe, sehr rar. Wenn wir die Windenergie weiter ausbauen wollen, dann geht es auch um ein wichtiges Thema, und zwar um die Akzeptanz vor Ort. Wer hätte gern ein Windrad vor seinem Grundstück - egal in welcher Entfernung?

(Olaf Meister, GRÜNE: Oder einen Braunkohletagebau!)

Wo stehen denn die Windräder? Stehen sie im flachen Land oder stehen sie in den Städten? Wie

halten wir es mit der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen?

Deswegen ist es richtig, dass man versucht, die Akzeptanz zu erhalten und die Abstandsflächen auf 1 000 m festlegt. Wir haben hier heute gehört, dass die Beschlusslage in der Landesregierung bei Weitem noch nicht so ist, dass man hierbei womöglich Ausnahmeregelungen schaffen möchte.

(Eva von Angern, DIE LINKE, lacht)

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Natürlich werden wir uns darum kümmern, dass die geltenden Windpläne ihre Gültigkeit behalten. Man nennt so etwas Bestandsschutz.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das ist, glaube ich, ordnungsrechtlich das Gebot der Stunde. Ich glaube kaum, dass die CDU-Fraktion im Zuge dieser Verordnung möglichen Ausnahmeregelungen zu diesem Abstand von 1 000 m zustimmen wird.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU, und von Markus Kurze, CDU)

Meine Damen und Herren! Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Das ändert nichts an der Selbstbestimmung vor Ort, steigert aber die Selbstbestimmung vor Ort. Deswegen, denke ich, ist das der richtige Weg.

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat der Belegschaft Unterstützung zugesagt, aber Enercon muss jetzt seiner Verantwortung gerecht werden. Ein gutes Management ist dann gefordert, wenn es Probleme gibt - die gibt es gerade -, damit die bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden und es womöglich perspektivisch wieder zu einem Aufwuchs kommt. Dazu, denke ich, sollten wir alle Maßnahmen ergreifen, damit auch Enercon zukünftig ein breit aufgestelltes und vor allen Dingen erfolgreiches Unternehmen in der Landeshauptstadt bleibt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Thomas. Es gibt zwei Wortmeldungen. - Herr Gallert ist der Erste, der seine Wortmeldung artikulieren kann. Bitte, Herr Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Thomas, ich will am Anfang meiner Wortmeldung gar keine Differenz zu Ihrer Position in den Mittelpunkt stellen, sondern eine weitgehende Übereinstimmung. Sie haben heute eine Beurteilung des Unternehmens Enercon abgegeben, die

sich weitgehend - nicht so deutlich, aber weitgehend - mit unserer deckt. Sie haben dieses Unternehmen für den Zeitraum der vergangenen 20 Jahre so charakterisiert.

Wir haben uns in Vorbereitung dieser Debatte noch einmal ihre Rede angehört, die Sie zu der Entlassung des Betriebsrats im Jahr 2015 gehalten haben. Darin haben Sie Loblieder auf die Firma Enercon gesungen

(Ministerin Petra Grimm-Benne: Genau!)

und gesagt, was für ein super Ding das ist, wie super die die Lehrlinge ausbilden, was das für ein hervorragendes Unternehmen ist und dass wir LINKE die Wirtschaft zerstören, indem wir dieses hervorragende Unternehmen kritisieren. Ich sage, ähnlich wie beim Kollegen Erben: Ich finde, Ihr Wandel bei dieser Position ist bemerkenswert und bestärkt uns wieder in der Position, dass niemand verloren ist. Punkt 1.

Punkt zwei. Wenn Sie diese Argumentation zur Windenergie vorbringen, dann frage ich mich: Welche Position hat denn nun die Landtagsfraktion der CDU zur Entwicklung der Windenergie im Land Sachsen-Anhalt und in der Bundesrepublik Deutschland?

Herr Loth hat gestern für die AfD ganz klar gesagt, das seien sinnlose Dinger, die die Landschaft verschandelten. Insofern frage ich mich, welche Gedanken Sie sich überhaupt noch über Enercon machen; Sie wollen ja gar keine Windenergie mehr haben.

Bei Ihnen, Herr Thomas, ist es mir nicht klar. Welche Position hat die CDU zur Entwicklung der Windenergie in Sachsen-Anhalt?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Thomas, bitte.

Ulrich Thomas (CDU):

Herr Gallert, es ist bedauerlich, dass Ihnen meine Position nicht klar ist. Ich werde mir Mühe geben, die Position jetzt klarer werden zu lassen. Die Position ist diese: Die für die Erzeugung von Windenergie vorgesehenen Flächen im Landesgebiet sind aus der Sicht der CDU ausreichend, übrigens auch aus der Sicht der Landesregierung. An welchen Stellen welche Windkraftanlage steht, wird vor Ort in den regionalen Planungsgemeinschaften entschieden. Diese Entscheidungen gilt es zu respektieren.

Dass wir allerdings zukünftig, um die Akzeptanz zu erhalten, über Abstandsflächen nachdenken, ist ein Gebot der Zeit. Insofern habe ich bewusst auch in meiner Rede gesagt, dass die Pläne, die auch angesichts der neuen Möglichkeiten zur Entwicklung der Windenergie existieren, die

aus Berlin zu hören, aber noch nicht beschlossen worden sind - ich erinnere nur daran, dort steht „fünf Häuser“; es könnten auch zehn oder 20 Häuser werden -, noch diskutiert werden müssen. Das, was vor Ort entschieden wird, akzeptieren wir als solches.

Aber es ist auch ein Ergebnis unserer Politik, dass wir in Sachsen-Anhalt, wenn es um die Windkraftanlagen geht, deutschlandweit Klassenprimus sind. Davon, wie viele Anlagen bei uns stehen, kann man in Baden-Württemberg oder in Bayern nur träumen. Insofern ist es auch unsere Position, dass nach dem Gebot der Gleichberechtigung und der Gleichbehandlung natürlich auch der süddeutsche Raum genauso seine Leistungen bei der Flächenbereitstellung erbringen muss wie der Norden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Thomas. Jetzt gibt es Anfragen von Herrn Loth und von Herrn Raue. - Bitte, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Kollege, neben dem Bekenntnis zu den bestehenden Windvorranggebieten und Windparks, das ich der CDU durchaus zugestehe, haben Sie auch gesagt, Sie würden den Ausnahmen, die von Herrn Altmaier jetzt vorgeschlagen worden sind, also der Öffnungsklausel, nicht zustimmen. Habe ich es richtig verstanden, dass Sie an dem Abstand von 1 000 m, der seitens des Bundeswirtschaftsministeriums vorgegeben werden soll, festhalten wollen, wenn es dazu kommt?

Ulrich Thomas (CDU):

Wir sind jetzt stark im konjunktiven Bereich: was wäre, wenn und würde. Das ist auch nur deswegen zum Thema geworden, weil es seitens der Landesregierung heute eine Äußerung gab, die vielleicht missverständlich war oder nicht richtig bewertet wurde, wonach es aus der Sicht der CDU-Fraktion keine Notwendigkeit gäbe, diese 1 000 m zukünftig zu unterschreiten, wenn es dazu kommen sollte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Jetzt hätte Herr Raue die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Aber zunächst habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Aken recht herzlich bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Raue, jetzt haben Sie die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

Alexander Raue (AfD):

Uns eint wahrscheinlich die Sorge oder das Streben darum, dass wir den Standort Deutschland und auch den Standort Sachsen-Anhalt, bezogen auf technologische Entwicklungen, weiter voranbringen wollen. In diesem Zusammenhang habe ich eine sachliche Frage:

Ist es aus Ihrer Sicht unter Umständen ein Fehler gewesen, dass man auf der einen Seite eine Industrie mit Steuergeldern aus nationalem Interesse oder aus Interessen des Klimawandels, egal wie man es begründet, hoch subventioniert hat, auf der anderen Seite aber nicht darauf achtet, dass die Subventionen irgendwo im Ausland kapitalisiert werden? - So ist es ja auch im Solar Valley passiert. Dort war die eigene Industrie, die mit hohen Subventionen und Krediten aufgebaut wurde, ungeschützt gegenüber der billigen Produktion aus China. Hätte man es nicht besser so denken sollen, dass man eine Industrie beispielsweise über Strompreise subventioniert und dafür sorgt, dass mindestens 20 % der Wertschöpfung dann zwangsweise in Deutschland nutzbar gemacht werden?

Der Schutz, den wir damals dem Solar Valley, sprich Q-Cells, nicht gegeben haben, hat sich darin niedergeschlagen, dass die Unternehmen letztlich abgewandert sind. Aber die Förderung von Solarzellen und Solarstrom in Deutschland bezahlen wir weiterhin, ohne davon zu profitieren, dass wir Unternehmen und Arbeitsplätze vor Ort haben. Müssen wir an dieser Stelle nicht umsteuern? Müssen wir an dieser Stelle nicht sagen, wir brauchen entsprechend unserer Förderung eine Marktzugangsbeschränkung nach Deutschland?

(Andreas Steppuhn, SPD: Unvernünftige Theorie! - Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- Das ist eine vernünftige Theorie. Denken Sie doch einmal darüber nach. Von Wirtschaft haben Sie überhaupt keine Ahnung.

(Andreas Steppuhn, SPD: Völliger Unsinn! - Zuruf von Silke Schindler, SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, auch Sie haben nur eine Redezeit von zwei Minuten. - Herr Thomas, Sie sind jetzt dran.

Ulrich Thomas (CDU):

Frau Präsidentin, ich muss gestehen, ich habe die ersten drei Sätze der Frage von Herrn Raue

schon wieder aus dem Gedächtnis verloren. Es geht offensichtlich um die Frage des Umgangs mit Subventionen. Ich kann Ihnen dazu nur sagen - so habe ich zumindest ihre Frage verstanden -: Einen Marktstart zu subventionieren war richtig. Das war ein tolles Produkt und das hat nach wie vor viele Entwicklungspotenziale und Chancen.

Das Problem sind weitere Subventionen in der Begleitung des Produktes. Diese sind natürlich diskussionswürdig. Man kann darüber diskutieren, ob man es verpasst hat, rechtzeitig damit anzufangen, Subventionen gezielt abzubauen, anstatt irgendetwas weiterhin künstlich zu beatmen. Darüber kann man diskutieren.

Aber ich darf daran erinnern, Herr Raue - das ist Ihnen auch nicht entgangen -, dass wir das zu einer Zeit diskutiert haben, in der wir eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hatten. Damals ging es hier um Arbeitsplätze, und da waren die politischen Prioritäten noch etwas anders als die heutigen. Deswegen möchte ich den damaligen Akteuren nicht unbedingt den großen Vorwurf machen. Denn damals stand der Arbeitsplatz im Mittelpunkt, auch bei Enercon.

Mittlerweile diskutieren wir ja über andere Qualitäten, auf die wir achten müssen. Deswegen müssen wir aufpassen, auch angesichts der Erfahrungen mit Q-Cells und Enercon, dass wir dieses süße Gift der Subventionen nicht ständig als Droge einsetzen, sondern auch gezielt, um in dem Bild zu bleiben, eine Entziehungskur einleiten. Insoweit müssen wir in Zukunft sicherlich besser aufpassen.

Über alles andere, Herr Raue, würde ich gern auch mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit und weil wir den Antrag ohnehin in den Ausschuss überweisen werden, mit Ihnen im Ausschuss diskutieren. Ich bitte um Verständnis.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Anfragen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Kirchner. Sie haben das Wort, bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Nachdem landauf, landab seit knapp zwei Wochen über das Thema Enercon gesprochen wird, haben nun auch wir es auf der Tagesordnung. Worum es geht, sollte klar sein; denn das Nötigste ist bekannt. Deshalb nur kurz zum Allgemeinen: Der 1984 gegründete Auricher Windanlagenhersteller Enercon plant, im Raum Magdeburg knapp 1 600 Stellen abzubauen.

Enercon ist neben Vestas, Siemens, Gamesa, Goldwind oder GE Wind Energy einer der größten Windkraftanlagenbauer. Allein bis 2016 installierte Enercon mehr als 26 500 Anlagen. Die meisten Anlagen befinden sich in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt.

Die Windenergiebranche ist hoch subventioniert. Man kann auch sagen, dass diese Branche zu meist nur durch Steuergelder am Leben erhalten wird - und das, obwohl ein großer Teil der Menschen im Land den Ausbau der Energiegewinnung mittels Windkraftanlagen aus unterschiedlichsten Gründen ablehnt.

Glücklicherweise - bei der AfD darf man das so sagen - kam der weitere Ausbau der Windenergie in den letzten Monaten fast zum Erliegen. Somit muss zur Debatte auch die Frage gehören, ob wir tatsächlich so weitermachen dürfen, gutes Geld schlechtem Geld hinterher zu werfen, nur um eine Branche über die Zeit zu retten, die aus sich selbst heraus keine Zukunft hat.

Am letzten Sonnabend druckte die „Volksstimme“ ein interessantes Interview mit dem Volkswirt Prof. Dr. Joachim Weimann von der Otto-von-Guericke-Universität ab. Dabei ging es um den bevorstehenden Stellenabbau bei Enercon. Darin führte Weimann unter anderem aus - ich zitiere -:

„Industrie muss selbst marktfähig sein und darf nicht von Fördergeldern abhängen.“

(Zustimmung bei der AfD)

Das deckt sich mit den Forderungen der AfD, in denen es heißt, dass Landesmittel für solche Industriezweige einzusetzen seien, die am meisten zur Sicherung vorhandener bzw. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, und das auf Dauer. Die Windenergiebranche gehört, wie fast alles aus dem Bereich der grünen bzw. der erneuerbaren Energien, nicht dazu, auch wenn Sie, werte GRÜNE, LINKE und Sozialdemokraten, das nicht hören wollen.

Eigentlich, so meine Vermutung, geht es Ihnen bei dem Thema Enercon auch gar nicht vorrangig um die 1 600 Stellen, die nun abgebaut werden sollen, sondern es geht Ihnen um Ihr Prestigeprojekt: die Energiewende, ein ideologisch durchtränktes Projekt, welches nach Plan gegen jeden Widerstand durchgesetzt werden soll.

So wundert es mich nicht, dass Ministerin Dalbert, geht es um Enercon, nicht müde wird, die geplante 1 000-m-Abstandsregel des Bundeswirtschaftsministers Altmaier zu kritisieren.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Was ihr Job ist und das ist auch gut so!)

Damit stellt sich Frau Prof. Dalbert zum wiederholten Male gegen das Mehrheitsinteresse im

Land; unter anderem die Bauern, die Waldbesitzer und die Artenschützer können davon ganze Lieder singen.

Zu den Abstandsregeln bzw. zu den Genehmigungsverfahren, welche die sogenannte Energieministerin derzeit zur Disposition stellt, zitiere ich nochmals das Interview in der „Volksstimme“ vom Sonnabend mit Prof. Weimann. Ich zitiere:

„Ich kann die Forderung nach vereinfachten Genehmigungsverfahren nicht verstehen. In Deutschland gibt es mehr als 1 100 Bürgerinitiativen, die gegen die Errichtung von Windkraftanlagen kämpfen. Das kann und darf man nicht ignorieren. Man kann keine Energiepolitik betreiben, die nicht auf die Akzeptanz der Menschen trifft. Das funktioniert nicht.“

Aber genau das machen Sie, Frau Ministerin, sowie Sie, meine Damen und Herren der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Politik an der Akzeptanz der Menschen vorbei. Aber das kennen wir ja aus vielen anderen Politikfeldern zur Genüge.

Das erinnert mich auch stark an 1989. Gerade heute, 30 Jahre nach dem Fall der Mauer, rufen sich mancherlei Erinnerungen verstärkt ins Gedächtnis, zum Beispiel die Geschichte, nach der die Grenztruppen der DDR noch nach dem Mauerfall fleißig an einem Beobachtungsturm in der Ostberliner Gleimstraße weiterbauten. Plan ist halt Plan, werden sich die damaligen Genossen gedacht haben, die Zeichen der Zeit dabei vollständig ignorierend. Genau so machen Sie hier links auch noch Politik.

(Beifall bei der AfD)

Geschichte wiederholt sich, insbesondere bei der politischen Linken, so stellen wir fest, leider zum Nachteil der Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zurück zum Kern der Aktuellen Debatte der SPD bzw. zum Antrag der LINKEN. Die SPD will unter anderem die Versäumnisse der Bundesregierung und die Erwartung an die Bundesregierung und die übrigen Bundesländer diskutieren und bezeichnet die Windenergie dabei als Zukunftstechnologie.

Aus eigener Kraft heraus zukunftsfähig ist diese Branche sicher nicht. Ich führte dazu bereits aus. Leider, zumindest in der Aktuellen Debatte, vergisst die SPD auch, dass Enercon selbst schwere Versäumnisse eingestehen hat. Der Enercon-Geschäftsführung ist es nicht gelungen, die deutschen Produktionsstandorte auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu bringen und auf den Export auszurichten. Dabei war schon im Jahr 2004 klar, dass es ohne Export nicht funktionieren

wird. Ein Vertreter der Enercon führte damals bereits aus, dass die damals gegenwärtige Nachfrage nach Windenergieanlagen in Deutschland nicht endlos sei und man die Exportquote erhöhen müsse.

Daraufhin förderte auch das Land Sachsen-Anhalt mit planwirtschaftlichen Ansätzen diese unlukrative Technologie. Insbesondere Enercon profitierte über Jahrzehnte hinweg von riesigen Subventionen, die unter anderem im Zuge der sogenannten Energiewende flossen. Mittlerweile ist der deutsche Markt übersättigt; die logischen Folgen zeigen sich aktuell.

Wie zu erwarten, geht der Antrag der Fraktion DIE LINKE einen Schritt weiter, gliedert sich in die Abschnitte I und II, stellt dabei eine ganze Menge fest und enthält Forderungen an die Landesregierung. Dabei können wir als AfD Ihre Forderung, die Ausreichung von Fördermitteln deutlich effektiver an den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Land Sachsen-Anhalt zu knüpfen, sogar mittragen. Nichts anderes formulierte mein Kollege Robert Farle in einer unserer Pressemitteilungen. Der AfD-Fraktion ist klar, nur wenn die Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben, dürfen Subventionen an die Enercon-Betriebe ausgereicht werden.

(Zustimmung bei der AfD)

Auch gehen wir dahin gehend mit, dass der geplante Stellenabbau für die Betroffenen und die Region erst einmal ein harter Schlag ist. Aber muss es denn gleich ein Desaster sein? - Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Wo wir aber auf keinen Fall beisammen sind, das ist Ihre Forderung, eine klimapolitische Kehrtwende einzuleiten. Unser Standpunkt ist klar: Keine weitere Förderung ideologischer, planwirtschaftlicher, unlukrativer, umweltgefährdender Prestigeobjekte, zu denen eben auch die Windenergie gehört.

Als wir gerade davon sprachen, dass die Entsorgung der Windkraftanlagen in nächster Zukunft höchst problematisch sein wird, brach die SPD-Fraktion vorhin in Gelächter aus. Das sagt eigentlich alles.

(Beifall bei der AfD)

Dass der Abbau von etwa 1 600 Arbeitsplätzen erst einmal ein harter Schlag ist, sagte ich bereits. Insbesondere kurz vor dem Weihnachtsfest ist solch eine Hiobsbotschaft etwas, das man keinem Arbeitnehmer und schon gar nicht seiner Familie wünscht.

Doch, meine Damen und Herren, wir dürfen auch die äußeren und allgemeinen Umstände nicht vergessen. Wir leben nun einmal in einer liberalen

Marktwirtschaft mit nach Möglichkeit sozialen Rahmenbedingungen. Das ist das Wirtschaftsmodell, für das sich der ganz große Teil unseres Volkes ausgesprochen hat und noch immer ausspricht. Dazu gehört auch, dass hin und wieder Arbeitsplätze wegfallen und an anderer Stelle aber auch immer wieder neue Stellen entstehen.

Ob uns das nun gefällt oder nicht, wird parteipolitisch unterschiedlich betrachtet. Auch zu den Fragen, wie frei der Markt sein darf oder ab wann der Staat regulierend eingreifen sollte, haben wir unterschiedliche Auffassungen.

Gut ist es, wenn eine Situation wie die in Magdeburg nicht zum Desaster wird; denn die „Volksstimme“ berichtete am 19. November 2019, im Bezirk der Agentur für Arbeit Magdeburg seien im Oktober 2019 rund 7 000 offene Stellen gemeldet, davon knapp 1 900 in der Produktion, Fertigung und Rohstoffgewinnung. Die Arbeitsagentur Magdeburg erwartet daher insgesamt gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Trotz der etwas beruhigenden Zahlen der Arbeitsagentur beim Thema Enercon dürfen wir nicht vergessen, dass es hierbei auch um Einzelschicksale geht. Jedem Einzelnen, der bei Enercon oder bei den Zulieferern eine Stelle verlieren wird, muss der Übergang in ein neues Arbeitsverhältnis leicht gemacht werden. Wir erwarten für die betroffenen Beschäftigten also einen soliden Sozialplan, genügend Abfindungen und, sofern nötig, funktionierende Transfergesellschaften.

Für die Zukunft sei gesagt: Finger weg von Planwirtschaft und ideologiebetriebener Wirtschaftspolitik, die einem Hochtechnologieland wie unserem Deutschland ständig Knüppel zwischen die Beine wirft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kirchner. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Somit kommen wir zum nächsten Redner bzw. zur nächsten Rednerin. Sie werden selbst sagen, wie Sie die Redezeit aufteilen.

(Olaf Meister, GRÜNE: Wir planen eine Aufteilung von fünf Minuten!)

- Ich sage Ihnen von vornherein, auch wenn Sie die Redezeit aufteilen, läuft die Zeit von zehn Minuten weiter, damit nicht unterbrochen wird. Herr Meister, Sie haben jetzt als Erster das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der angekündigte drastische Stellenabbau beim Windkraftanlagenbauer Enercon ist ein

schwerer Schlag für die Menschen, für die Wirtschaft und für den Industriestandort Magdeburg bzw. Sachsen-Anhalt.

Nach dem drastischen Strukturwandel nach 1990 war es eine Chance für uns im Osten, die sich ankündigenden Umbrüche im weltweiten Wirtschaftsgefüge, insbesondere im Energiesektor, für unsere künftige Entwicklung zu nutzen. Es bedarf keiner großen prophetischen Gaben, um zu erkennen, dass die Energieversorgung der Menschheit in 50 Jahren anders aussehen wird als heute.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wenn man das für die eigene Wirtschaftspolitik bedenkt, dann ist es zwingend, bei der neuen Entwicklung vorne mit dabei zu sein,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die Standards für die erneuerbaren Energien selbst zu setzen, die Forschung und Entwicklung bei uns zu haben und die neuen Produkte auch selbst zu bauen, also die Wertschöpfung zu uns nach Sachsen-Anhalt zu holen.

Man kann auch mit dem Däumchen drehen und sagen: Ja, wir holen hier seit 150 Jahren Braunkohle aus der Erde. Das läuft. Das ist immer gelaufen. Das machen wir weiter so. Ich habe heute zwei Redner gehört, die genau von diesem Mantra sangen. Das bittere Ende wird aber kommen, und ich rede jetzt nicht vom Klimaschutz.

Entwicklungen zu ignorieren, ist in der Wirtschaft im Allgemeinen und in der Wirtschaftspolitik im Besonderen verheerend.

Nun hört man häufig das Argument von der vermeintlich hoch subventionierten Windkraft. Das ist ziemlicher Unfug. Mit dem EEG verfolgte Rot-Grün im Jahr 2000 ein ganz elementares Ziel: Die Kosten der erneuerbaren Energien je Kilowattstunde sollten durch deren großtechnischen Einsatz drastisch reduziert werden und damit sollten die verdeckten Kosten bei Kohle, Öl und Atom ausgeglichen werden. Das war ein voller Erfolg.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE - Robert Farle, AfD, lacht)

Die Stromgestehungskosten sind drastisch zurückgegangen. Es gibt eine Untersuchung des Fraunhofer-Instituts aus dem Jahr 2018. Danach belaufen sich die Gestehungskosten bei Windkraft an Land auf 3,99 Cent bis 8,23 Cent und bei Braunkohle auf 4,6 Cent bis 7,9 Cent. Das ist das Ergebnis des Fraunhofer-Instituts.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD - Zuruf von Daniel Rausch, AfD)

Bei der Kohle sind die CO₂-Kosten und die Folgekosten nicht in der Berechnung enthalten. - Das zur Frage nach dem Kostenfaktor.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Wir haben mit unserer Förderung über die EEG-Umlage nicht nur das Tor zur klimaneutralen und kostengünstigen Energieerzeugung der Zukunft aufgestoßen, sondern wir sind dadurch auch führend in der Zukunftsindustrie des Energiesektors. In Deutschland sind davon 130 000 Arbeitsplätze abhängig. Der Exportanteil beträgt zwei Drittel. Weil Sie sagen, es laufe nicht: Zwei Drittel der Produktion der Windindustrie werden exportiert.

Der jetzige Einbruch des deutschen Windkraftanlagenmarktes um 90 % ist keine Krise dieses Modells, sondern Ergebnis einer katastrophalen Rahmensetzung der aktuellen schwarz-roten Bundesregierung. Sie bringt uns in unglaublich törichter Weise um die wirtschaftspolitischen Früchte der notwendigen Veränderungen im Energiesektor. Energiepolitisch geht Schwarz-Rot - das muss man so sagen - in den Chaosmodus über.

Atom- und Kohlekraftwerke abzuschalten, wie es CDU-geführte Regierungen entschieden haben, ist vernünftig - wir Bündnisgrünen haben es eingefordert -, den Wechsel zu den erneuerbaren Energien jetzt aber beherzt zu schrotten, ist, wenn man ein wenig an der Industriegesellschaft hängt, nicht sonderlich gut durchdacht. Strom macht auch viel Freude.

Was mich richtig ärgert, das sind bestimmte Reaktionen auf der Landesebene von Sachsen-Anhalt. Ich brauche jetzt eine breite Allianz, die für unseren neuen industriellen Kern kämpft. Ich muss gestehen, ich habe nicht die Telefonnummer von Altmaier. Wenn ich sie hätte, dann würde es mir vermutlich wenig nützen, weil er auf die grünen Wirtschaftspolitiker Sachsen-Anhalts vielleicht nicht ganz eingeht. Mein Einfluss ist nicht groß genug.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Liebe CDU-Kollegen, es sind eure Leute, Leute mit eurem Parteibuch in Berlin, die diesen Mist verzapfen.

(Ulrich Thomas, CDU: Was? Mist verzapfen?)

Wir brauchen jetzt euren Einsatz. Wir sollten jetzt eine gemeinsame Allianz bilden. Dass die CDU in Magdeburg und auch in Osterweddingen dahinter steht - das habe ich vorhin gelernt -, ist mir klar; das weiß ich, ich kenne die Kollegen. Ich brauche es aber auch von euch.

Ich höre von der CDU-Mittelstands- und Wirtschaftsunion gegenüber Enercon Ausdrücke wie

„asoziale Raffgier“. Man kann zum sozialen Verhalten von Enercon - Mitbestimmung etc.; Frau Grimm-Benne und meine Vorredner sind darauf eingegangen - einiges an Kritik äußern; ich habe es in der Vergangenheit auch getan. Aber als Mittelstands- und Wirtschaftsunion in diesem Stil die Kapitalismuskritik für sich zu entdecken, das geht nicht.

(Ulrich Thomas, CDU: Was hat das mit Kapitalismuskritik zu tun?)

Wenn man sagt, ein Unternehmen, das einen Markteinbruch von 90 % und einen Verlust von 200 Millionen € hat, solle das akzeptieren, solle das nicht berücksichtigen und einfach weitermachen, dann ist das unrealistisch. Das ist kein ernst zu nehmender Vorschlag von Wirtschaftspolitik.

Wir haben im Koalitionsvertrag niedergeschrieben: Wir wollen das Bild der Unternehmerin und des Unternehmers in der Gesellschaft stärken. Ich sehe nicht, dass die Beiträge, die ich in letzter Zeit dazu gehört habe, diesem Ideal noch genügen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich würde mir im Interesse unseres Wirtschaftsstandortes dringend eine Umkehr wünschen. Diese ist leider nicht zu sehen. Statt eines klaren Signals aus dem Landtag bekommen wir heute nur eine Überweisung des Antrags an die Ausschüsse für Wirtschaft, für Soziales und für Umwelt hin. Das ist zu wenig. Ich wünsche mir von euch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Frau Abg. Frederking, einen kleinen Moment, bitte. Diese Zeit zählt natürlich jetzt nicht bei Ihnen. - Die Wortmeldungen, die wir bisher gesammelt haben, können wir hinterher aufrufen. Dadurch, dass sich die beiden ihre Redezeit geteilt haben, ist es jetzt nicht möglich. - Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Stellenabbau bei Enercon ist eine Katastrophe mit Ansage und dramatisch für die Beschäftigten. Wir meinen, spätestens jetzt müssen die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Windenergie wieder eine Chance bekommt. Insbesondere der Bund muss liefern.

Wir wollen die Arbeitsplätze in der Windenergie. Wir brauchen die Windenergie für effektiven Klimaschutz durch die Energiewende. Zudem ist die

Windenergie die tragende Säule der Energiewende. Sie abzuwürgen ist fatal. Stattdessen ist ein massiver Ausbau erforderlich.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir stehen vor enormen Herausforderungen, die ich mit drei Zahlen deutlich machen möchte: 1 000, 4 700, 8 000. Es geht um den jährlichen Zubau onshore. 1 000 MW werden wir bundesweit in diesem Jahr nicht erreichen, aber 4 700 MW wären erforderlich, um die bundeseigenen Ziele von 65 % erneuerbaren Strom am Strommix im Jahr 2030 zu erreichen. Und rund 8 000 MW wären erforderlich, um das 1,5-Grad-Ziel von Paris zu erreichen. Das ist geboten; denn die Auswirkungen des Klimawandels werden immer gravierender. Diese drei Zahlen zeigen, dass beim Ausbau der Windenergie deutlich mehr Gas gegeben werden muss. Ein Bremsen ist unverantwortlich.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Wir brauchen künftig mehr Strom als heute, und der muss erneuerbar sein, für die Sektorkopplung, aber auch für den Strukturwandel aufgrund des Kohleausstiegs im Süden unseres Landes. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft kann eine echte Chance sein. Für Sachsen-Anhalt heißt das, dass insbesondere das Repowering in Gang kommen muss. Alte Anlagen müssen durch neue, leistungsstarke Windenergieanlagen ersetzt werden.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Herr Roi, das ist auch die Antwort auf Ihre Frage. Es hat auch Vorteile für Mensch, Natur und Landschaftsbild, wenn alte, ungünstige Standorte aufgegeben werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir aber mehr ausgewiesene Flächen, damit die heute außerhalb von Vorrang- und Eignungsgebieten stehenden Windkraftanlagen ersetzt werden können. Mehr Windenergie erfordert mehr Fläche.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das gilt für alle Bundesländer. Deshalb fordern wir ein bundesweites Flächenziel von 2 %. Derzeit ist eine Fläche von rund 1 % ausgewiesen.

Damit wir in Sachsen-Anhalt zügig die Voraussetzungen für einen konfliktarmen Ausbau der Windenergie schaffen,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Was heißt „konfliktarm“?)

wollen wir mit einem verbindlichen Flächenziel von 2 % auf Landesebene anfangen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Herr Borgwardt, es gibt Flächenpotenziale. Ich gebe ein Beispiel: Drehfunkfeuer, die als Navigationshilfen für die Luftfahrt dienen, haben in Deutschland einen windkraftanlagenfreien Schutzbereich mit einem Radius von 15 km. Wir meinen, der internationale Standard von 10 km muss reichen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Mehr Fläche ermöglicht den Bau von Windenergieanlagen. Das sichert Arbeitsplätze und die Energiewende.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Wer nicht fliegen will, der braucht auch keine Drehfunkorientierung!)

Wer zwar Verbesserungen für die Windenergie will, das Flächenproblem aber nicht anerkennt, der agiert widersprüchlich.

Herr Dr. Grube spricht von Lippenbekenntnissen. Was wir brauchen, ist ein Bekenntnis zu mehr Flächenausweisung in der Raumordnung.

Nun noch ein Wort zum Genehmigungsverfahren. Für das Genehmigungsverfahren hilft der Leitfadensartenschutz an Windenergieanlagen; denn er trägt zu einem konfliktarmen Ausbau der Windenergie bei.

(Uwe Harms, CDU: Konfliktarm! - Ulrich Thomas, CDU Was ist konfliktarm? - Lachen bei der AfD)

Wir haben widerstrebende Interessen und widerstrebende Anforderungen. Auch der Artenschutz hat seine Berechtigung.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir müssen die Windenergie so ausbauen, dass sie nicht in Konflikt mit dem Artenschutz kommt.

(Tobias Rausch, AfD: Das geht doch nicht! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das geht! Natürlich geht das! - Tobias Rausch, AfD: So ein Schwachsinn! Meine Güte, so etwas Unqualifiziertes!)

- Ich antworte gleich auf die Fragen. - Man kann jedenfalls den Aufbruch nicht fordern, ihn aber selber nicht vollziehen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das gilt insbesondere für Bundeswirtschaftsminister Altmaier. Bei einem Krisengipfel will er die Ret-

zung der Branche, versetzt ihr mit seinen Abstandsregelungen aber gleichzeitig den Todesstoß. Bei dieser pauschalen Abstandsregelung von 1 000 m selbst zu fünf Wohngebäuden

(Ulrich Thomas, CDU: Das steht doch noch gar nicht fest! Das ist ein Entwurf!)

würde sich die ausgewiesene Windnutzungsfläche noch einmal halbieren. Der Zubau würde gänzlich einbrechen. Eine Entlassungswelle wäre die Folge. Diese Regelung darf nicht kommen.

Weiterhin muss der jährliche Ausbaudeckel abgeschafft werden. Bürgerwindparks müssen möglich sein. Es gibt noch viele weitere flankierende Maßnahmen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, Sie haben Ihre Redezeit schon deutlich überschritten. Kommen Sie jetzt zum letzten Satz, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Genau. - Wir müssen alle unsere Hausaufgaben machen, gemeinsam und schnell, damit die Windenergie wieder auf die Beine kommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Jetzt habe ich Wortmeldungen. Ich würde erst einmal mit denen anfangen, die sich bei der Abg. Frau Frederking gemeldet haben. Ich habe Wortmeldungen von Herrn Harms, Herrn Schumann und Herrn Borgwardt. - Herr Harms, Sie sind als Erster dran.

Uwe Harms (CDU):

Frau Kollegin, Sie fordern den massiven Ausbau, die Verdopplung für Sachsen-Anhalt. Sie wissen sehr wohl, was Rotorblätter mit den Bohrschlämmen bei Brüchau gemeinsam haben oder mit dem Atommüll:

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Nein.

Uwe Harms (CDU):

Dies sind nicht nur Produkte von Parteitagsprojekten,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Zur Sache, Herr Kollege! - Oliver Kirchner, AfD: Das ist zur Sache!)

die mit staatlicher Förderung und teilweise unter Aufsicht des Landesbergamts genau so geworden sind, wie es heute ist.

Ich möchte fragen: Was halten Sie vom Schweigen unserer Umwelt- und Energieministerin zu diesen wichtigen Themen in der heutigen Debatte?

(Olaf Meister, GRÜNE: Brüchau? - Zuruf: Sie hat doch gar nicht gesprochen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Brüchau ist aber heute kein Thema, Herr Abg. Harms.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Uwe Harms (CDU):

Frau Landtagspräsidentin, da Sie den Sinn meiner Frage anzweifeln, möchte ich darauf hinweisen: Die Problemlage bei Enercon ist zumindest aus der Sicht des gewählten Abg. Harms ein Problem, das wir als Politik mit verursachen,

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig! Genau!)

indem wir Dinge aufgrund politischer Visionen und Parteitagsbeschlüssen mit Subventionen fördern. Das hat auch mit Selbstkritik zu tun.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, Sie brauchen es mir jetzt nicht zu erklären. Wenn Sie eine direkte Frage zu Brüchau stellen, dann hat das nichts mit dem Thema zu tun.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Dann stellen Sie Ihre Frage in Verbindung zu Energie oder Enercon. Dann ist das etwas anderes.

(Tobias Rausch, AfD: Es geht um Rotorblätter! - Oliver Kirchner, AfD: Hat er, Rotorblätter und Enercon!)

Uwe Harms (CDU):

Jawohl. - Frau Frederking, die Gesundheitsministerin hat in der Debatte heute erklärt, dass die Rotorflügel in der Wüste verbuddelt werden.

(Widerspruch bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Das hat sie nicht gesagt! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Was?)

- Doch, das war so; das können wir im Protokoll nachlesen.

Was halten Sie vom Schweigen unserer Umwelt- und Energieministerin zu diesen Aussagen?

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE - Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harms, ich muss jetzt doch noch einmal eingreifen. Wir hatten hier vorn Ministerin Frau Grimm-Benne. Heute kann Frau Ministerin Dalbert nichts dazu sagen. Dann müssen Sie die Frage an einer anderen Stelle stellen. Sie können doch jetzt nicht

(Unruhe bei der AfD)

die Abgeordnete hier vorn fragen: Warum hat die Ministerin, die für Umwelt zuständig ist, nichts dazu gesagt? - Das ist heute - -

(Oliver Kirchner, AfD: Was Sie davon hält, hat er gefragt! - Zurufe von der CDU und von der AfD - Unruhe)

Wenn Sie jetzt - -

Uwe Harms (CDU):

Frau Präsidentin,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Einen kleinen Moment!

Uwe Harms (CDU):

selbstverständlich kann ich das fragen; das Recht habe ich. Und Sie haben das Recht, Ihre Meinung zu äußern,

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, nein, nein.

Uwe Harms (CDU):

und die akzeptiere ich dann sogar.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, mein sehr geehrter Kollege. Ich habe das Recht, zur Sache zu rufen. Und das haben Sie jetzt nicht - - Ich habe es vorhin schon einmal gesagt. Das eben ist nicht zur Sache gewesen.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Ulrich Siegmund, AfD: Doch!)

Das kann ich nur so sagen.

Uwe Harms (CDU):

Frau Präsidentin, ich sehe das anders. Das gehört zur Sache.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, das können Sie so sehen. Aber ich sehe das nicht so.

(Unruhe bei der CDU und bei der AfD - Robert Farle, AfD: So wird die Meinungsfreiheit beerdigt!)

Bitte, Frau Frederking, Sie können dazu etwas sagen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Also es - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Also, Herr Farle, es reicht mir jetzt.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Herr Farle, Sie haben heute schon wieder meine Sitzungsleitung kritisiert. Dafür erhalten Sie den zweiten Ordnungsruf mit dem Hinweis

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Markus Kurze, CDU: Oh!)

- Sie können ruhig darüber lächeln -, dass Sie beim dritten Mal zu der gleichen Sache dieses Plenum verlassen müssen. - So.

(Zurufe von der AfD - Unruhe)

Wir machen jetzt weiter, Frau Frederking.

(Mario Lehmann, AfD: Hier verpasst man doch nichts! Lass sie doch kritisieren!)

Das war jetzt nichts zur Sache. Ich weiß nicht, ob Sie darauf überhaupt erwidern möchten. - Sie möchten, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich danke dafür, dass wir hier wieder zu einer ernsthaften Debatte zurückkommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zu den Ausführungen von Herrn Harms habe ich mir zwei Punkte aufgeschrieben, einmal das Thema Recycling von Rotorblättern. Zurzeit gibt es in Deutschland eine Firma, die Rotorblätter recycelt; die befindet sich in Bremen.

Wir alle wissen, dass in den nächsten Jahren mehr Windanlagen abgebaut werden müssen, weil sie technisch nicht mehr tauglich sind. Das heißt, das Thema Recycling wird wichtiger werden. Ministerin Frau Grimm-Benne hat ausgeführt, dass wir gut beraten sind, die Entwicklungen in diesem Bereich voranzutreiben

(Unruhe bei der AfD)

und auch in Sachsen-Anhalt die Entwicklungen voranzutreiben. Wenn ich Frau Grimm-Benne richtig verstanden habe, wäre es wünschenswert, dass das auch in Magdeburg geschieht, um eine gewisse Kompensation für die jetzt wegbrechenden Arbeitsplätze zu haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dann habe ich bei Ihnen vernommen - Sie sind auf meine Rede eingegangen -, wir wollten eine Verdoppelung der Windenergie.

(Uwe Harms, CDU, nickt)

- Ich sehe ein Nicken. - Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle Ausführungen mache, die einfach erforderlich sind, um das Thema zu verstehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, ich muss Sie aber darauf hinweisen, dass auch Ihre Antworten etwas kürzer sein müssen, nicht dass wir jetzt erneut einen gesamten Redebeitrag haben. Ich bitte Sie also, kurz darauf zu antworten. Sie hatten zu verstehen gegeben, dass das eigentlich nichts zur Sache war. Deswegen würde ich Sie bitten, darauf kurz zu antworten und nicht ein neues Thema zu eröffnen.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Okay. - Die 2 % beziehen sich auf die Flächenausweisung. Wir brauchen diese Flächen für die Anlagen, die heute außerhalb stehen. Die kommen ja auch in die Jahre und müssen irgendwann abgebaut werden. Dafür brauchen wir neue Anlagen. Diese neuen Anlagen müssen irgendwo stehen. Ich habe es hier im Plenum schon etliche Male ausgeführt und werde es noch einmal sagen: Wir wollen von der Anlagenanzahl her nicht mehr als heute. Aber die Anlagen werden eben leistungsstärker und bringen auch mehr elektrische Arbeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt jetzt noch zwei weitere Wortmeldungen für Frau Frederking, und zwar von Herrn Schumann und von Herrn Loth. Dann würde ich gern - -

(Siegfried Borgwardt, CDU: Und ich!)

Herrn Rausch habe ich auch. Herr Rausch hat sich gemeldet.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Jetzt erst ich!)

- Okay. Dann gehen wir danach vor.

(Eva von Angern, DIE LINKE. Sie haben Herrn Borgwardt vergessen!)

- Nein, Herr Borgwardt war der Letzte. Dazu komme ich noch. Jetzt ist erst einmal Herr Schumann dran.

(Unruhe)

- Einen kleinen Moment.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich weiß es nicht! - Rüdiger Erben, SPD: Sigg, nicht kritisieren, sonst fliegst du raus!)

- Herr Borgwardt hatte sich bei Herrn Meister gemeldet.

(Zurufe)

- Das ist bei mir nicht angekommen. Ich habe das nämlich hier noch unter - - Aber jetzt ist es gut. Jetzt ist erst einmal Herr Schumann dran und dann geht es weiter.

(Unruhe bei der CDU und bei der AfD)

Andreas Schumann (CDU):

Frau Frederking, ich würde gern warten, bis es etwas ruhiger ist. - Frau Frederking, ich habe Ihrem Redebeitrag entnommen, dass wir eine Verdoppelung des Ausbaues der Windenergie brauchen - so in etwa habe ich das verstanden -, der Fläche.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Der Fläche.

Andreas Schumann (CDU):

Ja, aber das ist jetzt egal. - Für mich tut sich eine Frage auf: Steht nicht die Windkraft gegen den Tierschutz, gegen den Vogelschutz?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein!)

Wenn Sie das aktuelle „Geo“-Magazin lesen, dann finden Sie dort neueste Zahlen zu den Funden in den drei norddeutschen Bundesländern, was allein dort an Vögeln, Großvögeln und Fledermäusen im letzten Jahr an Windkraftanlagen verstorben ist.

Ich muss Ihnen eines sagen: Wir bauen in Sachsen-Anhalt Fledermausbrücken und verteuern Autobahnbauten in enormem Umfang für eine Fledermausart. Aber bei der Windkraft ist uns das egal? - Das kann es doch eigentlich nicht sein. Das widerspricht sich aus meiner Sicht.

Ich glaube, das „Geo“-Magazin lügt nicht. Wenn man dort hineinschaut und die Zahlen liest, dann sieht man: Das sind mehr als 100 000 Fledermäuse allein in drei Bundesländern. Die genauen Zahlen für ganz Deutschland sind dort gar nicht erhoben worden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Okay, Windenergie und Artenschutz kann man in Einklang bringen. Genau deshalb gibt es auch den Leitfaden Artenschutz an Windanlagen.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Ich möchte ein Beispiel nennen. Wir haben dort 15 Dichtezentren für den Rotmilan ausgewiesen. In diesen Dichtezentren soll grundsätzlich nicht gebaut werden. Aber außerhalb dieser Dichtezentren für den Rotmilan können die unteren Naturschutzbehörden im Genehmigungsverfahren prüfen, ob der Artenschutz gewährleistet wird. Dafür gibt es doch das Genehmigungsverfahren. Es soll genau für den konkreten Standort geguckt werden, ob der Artenschutz gewährleistet wird.

Wenn dort ein Rotmilanpärchen ist, dann kann dort keine Windanlage gebaut werden. Genauso verhält es sich mit den Fledermäusen. Es wird geschaut: Sind dort Fledermäuse, ja oder nein? Die untere Naturschutzbehörde erteilt dann, wenn sie das im Artenschutzgutachten genau ermittelt hat, zum Beispiel die Auflage, dass Windanlagen zu bestimmten Zeiten abgeschaltet werden müssen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Oh!)

Das heißt, diese Dinge bringt man in Einklang. - Herr Borgwardt, deshalb habe ich auch gesagt, konfliktarm. Wir haben den Artenschutz, der berücksichtigt werden muss, und wir haben die Energiewende, die vorankommen muss. Beides muss in Einklang gebracht werden.

(Volker Olenicak, AfD: Geht nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Schumann, ich gestatte Ihnen eine ganz kurze Frage. Sie haben eben eine Kurzintervention vorgebracht.

(Andreas Schumann, CDU: Ja!)

Ich würde Sie in Anbetracht der Zeit, die schon weit fortgeschritten ist, bitten, Ihre Wortmeldung auf *e i n e* Frage zu reduzieren.

(Andreas Schumann, CDU: Ganz kurz! Es ist nur so - -)

Entweder Kurzintervention oder Frage. Bitte, Herr Schumann.

Andreas Schumann (CDU):

Es ist nur so: Wenn viele Tausend tote Fledermäuse da sind, dann müssten nach Ihrer Logik

die Windkraftanlagen an dieser Stelle abgebaut werden.

(Zurufe von der AfD: Natürlich!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war keine Frage, aber gut. - Frau Frederking, bitte.

(Unruhe bei der AfD)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wenn es so sein sollte, wie Sie es jetzt hier gesagt haben, dann kann es gut sein, dass das ein ungeeigneter Standort ist, vielleicht vom Anfang oder aus der Mitte der 90er-Jahre. Aber genau das habe ich in meiner Rede gesagt: Wenn wir mit dem Repowering vorankommen, dann können wir auch alte Anlagen an ungünstigen Standorten abbauen. Genau das ist der Vorteil für die Menschen, für die Natur und auch für das Landschaftsbild.

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Borgwardt, einen kleinen Moment. An der Schnittstelle zwischen Herrn Meister und Frau Frederking hatte sich Herr Tobias Rausch gemeldet, der aber Frau Frederking eine Frage stellen wird. Dann sind Sie dran. - Bitte, Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kollegin Frederking, ich habe zwei Fragen. Die eine ist: Wie erklären Sie es sich, dass das Land Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN die Landesregierung stellen, eines der klimaunfreundlichsten Bundesländer in Deutschland ist und dass dort nur wenige Windräder stehen? Frage 1 ist also, wie Sie sich das erklären und warum Sie sich dafür nicht starkmachen.

Frage 2. Sie sagen immer, die Strompreise würden durch erneuerbare Energien sinken. Bleiben Sie bei dieser Behauptung?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich werde Ihre letzte Frage nur ganz kurz beantworten, weil ich zu den Strompreisen im Landtag bereits mehrmals ausgeführt habe. Ich habe hier im letzten Jahr in einer Debatte darüber gesprochen. Damals war es so, dass die Strompreise - das war im letzten Jahr, also im Jahr 2018; Sie müssen das also zurückrechnen - fünf Jahre davor stabil geblieben sind. Das kann ich nach-

weisen und das habe ich hier in dieser Debatte gesagt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der nächste Punkt ist Baden-Württemberg. Wir haben in Deutschland ein Ausschreibungsverfahren. Das heißt, die Windanlagenbetreiber melden an: Wir wollen einen Park bauen und können zu den Kosten von X produzieren. Dann bekommen diejenigen Windparkbetreiber den Zuschlag, die am günstigsten sind. Baden-Württemberg hat nicht so viel Wind wie zum Beispiel Schleswig-Holstein oder andere norddeutsche Bundesländer; das ist dort also schon aufgrund der Topografie ungünstiger.

Es gibt bei der Ausschreibung aber einen Korrekturfaktor, sodass auch die südlichen Bundesländer eigentlich berücksichtigt werden sollen. Dieser Korrekturfaktor greift nicht richtig. Genau deshalb habe ich auch in meiner Rede gesagt: Alle Bremsen müssen gelöst werden, auch die Bundesebene muss ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehört in dem ganzen Strauß von Maßnahmen - Frau Grimm-Benne hat auch einige genannt - der Vorschlag, das Ausschreibungsverfahren zu verbessern, sodass auch Windanlagen in Baden-Württemberg gebaut werden können. Dazu gehört auch - wir müssen überall vorankommen und stärker vorankommen -, dass der Deckel von derzeit 2 800 MW abgeschafft wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Ich habe eben darauf hingewiesen: Bitte keine weiteren Fragen. Wir haben auch noch - -

(Tobias Rausch, AfD: Ihr Kollege von der CDU durfte das eben auch! Dann darf ich auch eine Nachfrage stellen!)

- Ich hatte eben vor Ihnen - -

(Tobias Rausch, AfD: Gleichbehandlung für alle hier! - Unruhe)

- Herr Rausch, wollen Sie hier den nächsten Ordnungsruf von mir haben?

(Zustimmung - Zurufe von der AfD: Ja! - Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Wenn ich eben gerade gesagt habe - -

(Tobias Rausch, AfD: Ich hatte zwar noch keinen, aber gut!)

- Herr Rausch, hören Sie bitte zu. Ich denke, das haben Sie gelernt.

Ich habe eben gesagt, in Anbetracht der Zeit bitte ich alle, die jetzt noch zu Wort kommen, nur eine

Frage zu stellen. Sie haben schon zwei Fragen in einem Redebeitrag gestellt.

(Tobias Rausch, AfD: Das war ein Wortbeitrag! Die anderen haben - -)

- Ich diskutiere auch nicht mehr. Entschuldigung.

(Tobias Rausch, AfD: Nein, es hat keinen Sinn!)

Wir haben als nächsten Fragesteller jetzt Herrn Borgwardt.

(Tobias Rausch, AfD: Also, ich stelle fest, Frau Frederking - -)

- Nein!

(Tobias Rausch, AfD: In Staßfurt sind die Strompreise in den letzten zehn Jahren um 59 % gestiegen und in Blankenburg um 59 %! Das können Sie in der Zeitung lesen!)

- Sehr geehrter Herr Rausch, Sie beachten damit nicht meine Sitzungsleitung. Auch Sie bekommen heute einen Ordnungsruf. Das kann nicht wahr sein!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Schluss! - Herr Borgwardt, bitte.

(Tobias Rausch, AfD: Das ist Ungleichbehandlung! Herr Schumann hat zwei Nachfragen gestellt, Herr Harms zwei, und wir dürfen es nicht! Eine Ungleichbehandlung durch die Sitzungsleitung ist das! - Zustimmung bei der AfD)

- Vielen Dank, dafür bekommen Sie den zweiten Ordnungsruf!

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Und beim dritten Mal sind Sie raus aus der Sitzung.

(Robert Farle, AfD: Sehr gut! - Tobias Rausch, AfD: Beim dritten Mal? - Mario Lehmann, AfD: Ich will auch zwei haben!)

Herr Borgwardt.

(Unruhe bei der AfD)

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke Frau, Präsidentin. - Angesichts der Gäste, die wir haben, und um das Thema, um das es geht, wieder etwas zu versachlichen, will ich den Versuch unternehmen, zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Frederking, Sie kennen mit Sicherheit den Abschlussbericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Repowering“. Davon gehe ich aus. Weil Sie vorhin von Akzeptanz gesprochen haben und davon, wie man das gut machen kann, will ich Ihnen einmal zwei Punkte vorhalten.

Erstens. In der Zusammenfassung heißt es auf Seite 2: In Sachsen-Anhalt stehen für das Repowering Flächen der VR/EG von etwa 22 115 ha zur Verfügung. Durch den Rückbau von Windenergieanlagen, die die Altersgrenze überschritten haben - davon haben Sie gesprochen -, entstehen zunehmend freie Flächen, die für die Errichtung von Repowering-Anlagen oder für andere Windenergieanlagen potenziell genutzt werden können. - Das schreibt Ihr Haus.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Könnten.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Nein. - Grundsätzlich wird festgehalten, dass bereits zum Jahreswechsel 2017/2018 ein Grundangebot an freier Fläche bestand und damit ausreichend Flächen für den Aus- und den Zubau weiterer Windkraftanlagen zur Verfügung stehen.

Ein zweiter kurzer Vorhalt - es geht dann weiter -, weil Sie gesagt haben „konfliktarm“. Ihr Haus hat nach Rücksprache mit den regionalen Planungsgemeinschaften im letzten Absatz festgestellt: Bereits heute sehen die regionalen Planungsgemeinschaften, bei Beibehaltung der Abstandskriterien - -

Wir sind uns einig - und das wissen Sie auch -, dass auch die Koalition, also auch die CDU-Fraktion, das Repowering voll unterstützt hat.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Manchmal entsteht hier so der Eindruck, dass das anders dargestellt wird.

Dort heißt es also, dass bereits heute bei Beibehaltung der Abstandskriterien zur Wohnbebauung - das ist unser Hauptthema - und dem Abschluss von Waldflächen - das ist auch Ihr Thema - keine weiteren Flächenpotenziale für die Windenergie im Bundesland gesehen werden. Umso wichtiger ist es, die Möglichkeit für flächensparendes Repowering zunehmend in den Fokus zu rücken. - Das kommt aus Ihrem Haus. Das unterstützt die CDU-Fraktion ausdrücklich, Frau Frederking.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Frederking, bitte.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Borgwardt, das war eine interministerielle Arbeitsgruppe. Daran waren mehrere Häuser beteiligt.

Ich fange mit dem letzten Punkt an, den Aussagen der regionalen Planungsgemeinschaften. Wir haben in Sachsen-Anhalt in den fünf regionalen Planungsgemeinschaften schon jetzt einen Abstand von 1 000 m zu Wohngebieten. Das gibt es bei uns schon. Das heißt, von der Regelung, die Altmaier will, wären wir gar nicht betroffen. Aber das, was neu ist, was Altmaier neu machen will, ist,

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ja!)

dass diese Regelung bereits ab fünf Gebäuden greifen soll.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Das ist noch nicht entschieden.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das ist der Diskussionsstand, darum geht es ja. - Das war damals noch nicht Gegenstand. Das konnte die regionale Planungsgemeinschaft noch gar nicht wissen. Darüber hinaus sagt die Regionale Planungsgemeinschaft zum damaligen Zeitpunkt - das war ungefähr vor einem Jahr -: bei Beibehaltung der Abstandsregelungen.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Kenne ich.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Es gibt noch viel mehr Abstandsregelungen: zu Kurgebieten, zu Gewerbegebieten, zu Campingplätzen usw. Ich werde in Kürze ein Gespräch mit den fünf regionalen Planungsgemeinschaften führen, um mit diesen darüber zu beraten, wo es Flächenpotenziale gibt. Beispielsweise könnte man Flächenpotenziale bei geringeren Abständen zur Infrastruktur unter Einhaltung der rechtlichen Vorgaben finden. In den Straßengesetzen ist geregelt, wie weit bauliche Anlagen vom Straßenrand entfernt sein müssen. Für Windanlagen wird das aber größer gemacht. Da könnte man zum Beispiel schauen, ob nicht der gesetzlich vorgeschriebene Abstand reicht. Das war jetzt ein Beispiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Zu Frau Frederking hat sich noch der Abg. Herr Loth zu Wort gemeldet. - Bitte, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Frau Frederking, Sie meinten, dass jetzt erste Anlagen abgebaut werden und entsorgt werden müssen. Meine Frage ist: Wo hat sich Ihre Fraktion bereits Gedanken gemacht, inwieweit diese Anlagen recycelt, gelagert oder einfach nur verbuddelt werden können?

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich habe es vorhin schon gesagt, Herr Loth: Es gibt in Bremen eine Firma, die sich auf das Recycling von Rotorblättern spezialisiert hat. Wir brauchen dafür noch mehr Kapazitäten. Wir haben auch schon darüber gesprochen - „wir“ sind in dem Fall Frau Grimm-Benne und ich -, dass die Entwicklungen vorangetrieben werden müssen, damit das alles entsorgt werden kann. Es gibt also ein Recycling für Rotorblätter.

Bei Betontürmen und Stahltürmen ist das ohnehin kein Problem. Das sind reine Stoffe, die ganz normal recycelt werden können, wie andere bauliche Anlagen auch. Dafür gibt es schon erforschte bzw. entwickelte Entsorgungswege.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - An Frau Frederking gibt es keine Fragen mehr, aber an Herrn Meister. Herr Farle hat sich vorhin zu Wort gemeldet. - Herr Farle, Sie haben jetzt das Wort.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Meister, den ich im Übrigen sehr schätze - ich kenne ihn aus dem Finanzausschuss -, hat hier leider wieder dokumentiert, wie stark verbogen das Weltbild bei den GRÜNEN ist. Sie haben zu den Kosten ausgeführt, dass die Windräder für die Energieerzeugung wesentlich billiger sind, als das bei den traditionellen Energien der Fall ist. Ich habe mir das extra notiert. Es ist schon ein bisschen her.

Aber Fakt ist: Sie erhöhen diese Kosten künstlich. Das sind politische Preise. Auf Ihrem GRÜNEN-Parteitag wollten Sie die CO₂-Steuer sogar von 10 € auf 60 € und dann möglicherweise auf ein Vielfaches erhöhen. Das heißt, Sie verteuern künstlich die traditionellen Energien und propagieren in der Bevölkerung: Eigentlich ist die Windenergie viel billiger. Das Gegenteil ist der Fall. Sie beschwindeln die Leute ganz einfach.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Er hat von den Stromgestehungskosten gesprochen!)

- Ja, und die sind nämlich so, dass in Frankreich zum Beispiel der Strompreis um ein Vielfaches niedriger ist als in Deutschland.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Weil der Atomstrom subventioniert wird, Herr Farle!)

Das wissen die Menschen. Die Braunkohle ist bei etwa 6 Cent. Wir sind mit Ihren künstlichen politischen Verteuerungsforderungen und Beschlüssen mittlerweile bei über 30 Cent. Weitere Strompreiserhöhungen sind angekündigt. All das geht zulasten der Bevölkerung.

Es ist gut, dass die Menschen immer mehr über diese grüne und linke Energiepolitik erfahren, die die Menschen immer ärmer macht, vor allem die, die wenig Geld verdienen und diese Stromkosten ausbaden müssen, die Sie mit Ihrer verkehrten Energiewende und verkehrten Energiepolitik einführen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister, bitte.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke. - Das sind zwei Fragen, einmal die Gestehungskosten. Da hat sich viel entwickelt. Wenn man einmal zum Anfang der 90er-Jahre schaut, das erste Modell, das es gab, war das Aachener Modell. Da wurde Solarstrom subventioniert, 2 DM pro Kilowattstunde waren das - ein extremer Preis. Es wäre ja verrückt, das großtechnisch anzuwenden. - So ging das los.

Heute sind wir im Centbereich und liegen bei den großen Windkraftanlagen, die sie neu errichten, tatsächlich in dem Bereich, wie ich sagte, zwischen 4 und 8 Cent. Das ist in etwa da, wo auch Braunkohle hinkommt. Das sind unsubventionierte Preise. Dorthin entwickelt sich das. Das Ende ist auch noch nicht erreicht, das muss man zur Kenntnis nehmen. Deshalb läuft auch der Export in Länder, die nicht so etwas haben wie wir. Wir machen zwei Drittel Export, weil das tatsächlich eine Anlage ist.

Die andere Frage ist: Wieso macht man das überhaupt? - Das sind diese versteckten Kosten. Marktwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn sich in dem Preis alle Kosten des Produkts real abbilden. Das ist bei Braunkohle, Steinkohle und Öl nur bedingt der Fall. Denn bei dem Prozess entsteht CO₂, das geht einfach in die Luft. Man hat sich in der Vergangenheit keine Gedanken darüber gemacht, dass dafür irgendwelche Kosten entstehen können - außer für den Schornstein.

Heute weiß man natürlich, dass das Folgekosten hat. Die finden sich aber in dem Produkt nicht wieder. Insofern müsste ich irgendeine Möglichkeit finden, das an das Produkt anzuheften. Dann kann Marktwirtschaft wieder funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals, im Jahr 2000, hat man das nicht gemacht, indem man auf den Kohlepreis die CO₂-Marke klebte, sondern man gesagt hat: Wir subventionieren das - nicht aus Steuermitteln, wie ich es immer wieder höre, sondern über die Stromkosten. Das ist diese Mechanerie, die sich entwickelt hat, die letztlich gesamtgesellschaftlich sinnvoll ist. Es ist so, wie ich sagte: In 50 Jahren wird Strom tatsächlich anders erzeugt werden müssen, als das heute der Fall ist. Das wissen wir alle und das müssen wir antizipieren. Wenn man wirtschaftspolitisch an die Sache herangeht, muss man das machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Danke, Herr Meister. Jetzt haben sich Herr Abg. Gallert und Herr Abg. Harms gemeldet. - Herr Harms, ich sage Ihnen aber, Sie haben schon eine Frage gestellt und die Möglichkeit zu einer Kurzintervention gehabt. Ich werde eine erneute Frage von Ihnen nicht zulassen. - Herr Gallert, bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Meister, vielleicht können Sie mir als finanzpolitischer und energiepolitischer Spezialist Folgendes erklären. Wir haben heute gehört: Windenergie funktioniert überhaupt nur, weil sie massenhaft subventioniert wird, ansonsten geht das überhaupt nicht. Können Sie mir bitte erklären, warum zum Beispiel in China bei den Windenergieanlagen zurzeit pro Jahr etwa das Zehnfache dessen ausgebaut wird, was Deutschland an Windenergiekapazitäten hat, und warum in den USA etwa das Vierfache der deutschen Kapazitäten an Windenergie ausgebaut wird? Subventionieren die das auch alles? Oder warum machen die das? Aus Langeweile?

(Lydia Funke, AfD: Das sind doch ganz andere Flächen! Was ist das denn für eine Frage?)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister.

Olaf Meister (GRÜNE):

Nein, die subventionieren das nicht. Es lohnt sich halt. Es lohnt sich wirtschaftlich und deshalb machen die das. Der Witz ist: Wir haben uns mit dieser Maßnahme, die wir im Jahr 2000 begonnen haben, einen wirtschaftlichen Vorteil errungen, erkaufte,

(Beifall bei den GRÜNEN)

auch über höhere Strompreise, sodass wir dabei die Spitze sind. Die kaufen eben bei uns - bei anderen auch, aber auch bei uns. Wir in Sachsen-Anhalt sind nach den Verlusten, die wir in der alten Industrie hatten, diejenigen, die diese neue Industrie aufbauen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist super fürs Land!)

Jetzt haben wir eine blöde Rahmensetzung für den Inlandsmarkt geschaffen, der für unsere Industrie von entscheidender Bedeutung ist, und dann bricht uns das zusammen. Das ist wirklich bitter. Deshalb bitte ich darum, dass sich alle dafür einsetzen, dass sich das ändert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Wir sind damit am Ende der Debatte und treten in das Abstimmungsverfahren ein. - Herr Kirchner, Sie möchten als Fraktionsvorsitzender sprechen? - Das Recht dazu haben Sie. Bitte, Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Werte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben uns heute alle miteinander keinen großen Gefallen getan; denn wenn man die Aktuelle Debatte hier sieht, die heißt: „Zukunft des Windkraftstandortes Sachsen-Anhalt und Perspektiven für die Beschäftigten der Enercon GmbH und ihrer Tochterfirmen“, dann muss ich feststellen, dass wir heute Grundsatzdebatten über die Windkraft geführt haben. Wir haben Koalitionsdebatten über den Inhalt und über die Zusammensetzung verschiedenster Themen gehört. Wir haben über Braunkohle und Kernkraft gesprochen. Aber wir haben eigentlich nur in 5 oder 10 % der Zeit über die Beschäftigten gesprochen. Diese werden sich diese Debatte, denke ich, anschauen

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Vor allem eure! - Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN - Unruhe)

und werden sich die Frage stellen, warum wir so wenig über sie gesprochen haben. Wir sollten alle noch einmal in uns gehen und das beim nächsten Mal vielleicht etwas besser machen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Dass Sie das nicht verstehen, Herr Striegel, kann ich wiederum verstehen. Das hat aber mit der Debatte nichts zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kirchner. - Wir merken, dass noch sehr viel Redebedarf besteht und dass noch viele Dinge besprochen werden müssen. Sicherlich deshalb ist beantragt worden, diesen Antrag zu überweisen. Aber noch befinden wir uns in der Aktuellen Debatte und in der Aktuellen Debatte werden keine Beschlüsse gefasst.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5240. Zu diesem Antrag ist jetzt abzustimmen. Mir ist signalisiert worden, dass der Antrag überwiesen werden soll. Ich frage noch einmal nach: in den Ausschuss für Umwelt und Energie, den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration? Ist das so korrekt? - Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Die Federführung sollte beim Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung liegen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Die Federführung für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Danach hätte ich im Anschluss gefragt. Aber die Ausschüsse sind so richtig benannt worden? - Okay.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das gesamte Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Tagesordnungspunkt 10 beendet.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 11

Aktuelle Debatte

Gefährdung der Meinungsfreiheit in Sachsen-Anhalt und Deutschland entschlossen entgegenzutreten

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/5264**

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten. Es wurde die folgende Rednerreihenfolge vereinbart: AfD, SPD, DIE LINKE, GRÜNE und CDU.

Zunächst hat die Antragstellerin das Wort, die AfD. Für diese spricht der Abg. Herr Tobias Rausch. Sie haben das Wort, bitte.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Im Jahr 1934 wurde die jüdische Professorin Agathe Lasch von den Nationalsozialisten aus dem Hörsaal der Universität Hamburg gejagt. 75 Jahre später wird Prof. Bernd Lucke aus demselben Hörsaal, der heute Agathe-Lasch-Hörsaal heißt, ebenfalls von zumeist von sozialistischem Gedankengut getragenen Leuten gejagt. Die Vorlesungen des Ökonomeprofessors Bernd Lucke sollen verhindert und gestört werden.

Dieses Niederbrüllen, diese Beschimpfungen, das Erstürmen des Hörsaals - sogar Sicherheitsleute sollen verletzt worden sein -, das sind die Szenen, die an der Universität Hamburg im Agathe-Lasch-Hörsaal stattfanden. Diese Szenen verdeutlichen, wie weit manche Menschen gehen, denen Personen oder deren Meinung nicht passen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Es ist aber nur ein trauriges, erschütterndes Beispiel der heutigen Zeit. Von derselben Uni Hamburg wurde Christian Lindner, der einen Vortrag für die liberale Hochschulgruppe halten wollte, ausgeladen. Frau Wagenknecht durfte einen Vortrag halten. Fazit des FDP-Vorsitzenden: Meinungsfreiheit ist in Gefahr.

An der Uni in Göttingen hinderten Störer der öffentlichen Ordnung den ehemaligen Bundesinnenminister de Maizière daran, aus seinem Buch vorzulesen. Auch sein Fazit war: Meinungsfreiheit in Gefahr.

Das ist kein Protest - falls wieder welche mit diesem Argument kommen sollten. Protest ist das, was stattfindet, ohne die freiheitlichen Rechte eines anderen einzuschränken. Protest ist das, was stattfindet, ohne andere Menschen zu verletzen oder zu verunglimpfen, meine Damen und Herren.

Das, was wir in den Unis erleben mussten, ist wie eine Reise in eine dunkle Zeit. Franz-Josef Strauß war es, der sagte: Wer Veranstaltungen oder Versammlungen stört und versucht, diese zu verhindern, der ist in seinem Handeln ein Extremer und in seinen Methoden ein Nazi, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Das sollten sich die angeblich so Toleranten einmal zu Herzen nehmen. Toleranz heißt auch immer das Hinnehmen eines Umstandes. Der Umstand, um den es heute geht, ist die Inanspruchnahme der Meinungsfreiheit. Demokratie heißt auch, einmal eine andere Meinung auszuhalten.

(Angela Gorr, CDU: Genau!)

In den vergangenen Jahren konnten wir gut sehen, wie weit der Diskurs zurückgegangen ist. Nicht umsonst ist es so, dass viele Bürger sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen, aus Angst vor Repressalien.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Was wir verlernt haben, liebe Kollegen, ist der gesunde Streit über Themen und Inhalte, Herr Striegel. Es gibt Ereignisse, da hätte ich mir vor Jahren nicht denken können, dass es in Deutschland wieder einmal so weit kommt. Unsere Gesellschaft hat im Grunde verlernt, mit unterschiedlichen Meinungen in Ruhe umzugehen

(Silke Schindler, SPD: Nein! In Ruhe! Sagen Sie das mal Herrn Farle!)

und sauber zu diskutieren, Frau Schindler. Wir haben einen immer engeren Meinungskorridor, der meist vom linken Mainstream vorgegeben wird. Er ist in vielen Bereichen oft von einer linksliberalen Ideologie geprägt. Hier ein Beispiel: der Klimawandel. Wer in diesen Tagen die Thesen vom menschengemachten Klimawandel kritisiert und hinterfragt, der wird vom linksliberalen Mainstream als Klimaleugner abgestempelt und gebrandmarkt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Korrekterweise! Da geht es nämlich nicht um Meinungen, da geht es um Fakten!)

Der Anteil des CO₂ in der Luft liegt bei 0,038 % und lediglich 3 % davon gehen auf menschengemachte Emissionen zurück. Der Anteil Deutschlands daran beläuft sich wiederum auf 2,26 %. Fazit, Herr Striegel: Deutschland beeinflusst den CO₂-Ausstoß in die Atmosphäre mit einem Anteil von 0,0025764 %.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wenn man die Berechnungsmethode des IPCC-Weltklimarates anwenden und die Emission in Deutschland auf 0 % absenken würde, würde dies das Weltklima um 0,00653 °C beeinflussen. Wer diese Banalitäten Fakten nennt, der wird von Ihnen als Verschwörungstheoretiker oder Klimaleugner verunglimpft.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Korrekterweise! - Zuruf von der AfD)

- Sehen Sie, Herr Striegel, Sie haben halt nichts gelernt.

Beispiel 2: Wer die Folgen der illegalen Zuwanderung in den deutschen Sozialstaat benennt, der wird von Ihnen nicht selten als Menschenfeind bezeichnet. In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden. Dieser Aussage stimmten laut kürzlich veröffentlichter Shell-

Jugendstudie 68 % der deutschen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren zu.

Einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge sehen 71 % der Bevölkerung das Thema Flüchtlinge in Sachen Meinungsfreiheit als besonders heikel an. Gleiches gilt für Themen wie Muslime und Islam, Alternative für Deutschland, Vaterlandsliebe, Patriotismus und drittes Geschlecht.

Stichwort „AfD“. Wer sich mit unserem Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Jörg Meuthen fotografieren lässt, der ist schnell mal seinen Job los. So geschehen im Fall von Hans Joachim Mendig, dem entlassenen Chef der Hessischen Filmförderungsgesellschaft.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. In diesem Land verlieren ehrenwerte Mitglieder unserer Gesellschaft ihren Arbeitsplatz, nur weil sie mit den falschen Personen fotografiert worden sind, die dem Mainstream ein Dorn im Auge sind.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Wenn Polizeibeamte in Thüringen für die AfD kandidieren, dann müssen sie dienstrechtliche Konsequenzen befürchten, Herr Striegel. Das muss man sich einmal vorstellen: Polizeibeamte, die für die AfD kandidieren wollen, müssen dienstrechtliche Konsequenzen befürchten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wer für Verfassungsfeinde kandidiert, muss mit Konsequenzen rechnen! - Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Susanne Hennig-Wellsow fordert sogar, Polizeibeamte aus politischen Gründen aus dem Dienst zu nehmen. Genau das ist der Duktus aus der vergangenen dunklen Zeit, den Sie hier wieder einführen.

(Beifall bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD. Richtig!)

Weiter geht's, was die GRÜNEN fordern: Kauft eure Bio-Hirse nicht bei AfD-Mitgliedern. Auch das ist eine Forderung aus diesen linken Kreisen. Sie gefährden damit die Existenz eines AfD-Bio-Hirse-Händlers, die damit akut bedroht ist. Dieser Meinungstotalitarismus erinnert doch wirklich an dunkle Zeiten.

Ich meine, DIE LINKE als SED-Nachfolgerpartei weiß Bescheid. Die GRÜNEN als Nachfolger der DKP wissen auch Bescheid, wohin sie wollen. Ich appelliere an die ordentlichen Leute der SPD und der CDU. Wir werden es sehen.

Der Kampfbegriff „Nazi“ dient schon lange dazu, eine politisch unliebsame Person mundtot zu machen. Nur leider nützt dies nichts mehr; es

ist eine Zeit, in der meist kleine linke Gruppen den Meinungskorridor bekämpfen und freiheitliche Rechte einschränken wollen. Ich sage bewusst nicht „alle“, da ich nichts von Pauschalisierungen halte. Aber auch hier gilt: Wer sich vor diesem Irrsinn wegduckt oder ihn als Banalität abtut, der hat eine Mitverantwortung, meine Damen und Herren.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Viele Extreme sind bereits Bestandteil der einzelnen Parteien: Interventionistische Linke, Antifa, Kommunistische Plattform usw.

Das Problem ist, dass heute derjenige als rechts gilt, der einer geregelten Arbeit nachgeht, seine Kinder pünktlich zur Schule schickt und der Ansicht ist, dass sich der Unterschied zwischen Mann und Frau mit bloßem Auge erkennen lässt, meine Damen und Herren.

Unlängst war in der „Apotheken-Umschau“ zu lesen, wie man die Tochter eines Rechtsextremisten erkennt, nämlich an den Zöpfchen. Dieser Unsinn und Ungeist soll, wenn es nach linken Tugendwächtern geht, Einzug in die Mitte der Gesellschaft halten. Es geht darum, unschuldige Kinder und Familie zu diskreditieren. Die Zeitung „Die Zeit“ titelte erst kürzlich: Sind die Gedanken noch frei?

Doch statt Diskussion gibt Konfrontation. An vielen Universitäten beanspruchen eher linke Gruppen die Meinungshoheit für sich. Wir sollten die Meinungsfreiheit aber hochhalten und nicht nur abstrakt über die Reichweite der Meinungsfreiheit diskutieren, sondern sie tagtäglich leben, meine Damen und Herren. Das bedeutet, dass man skeptisch ist gegenüber staatlichen Maßnahmen, gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Das bedeutet, dass man kritisch ist bei staatlichen Maßnahmen wie der Einführung von Uploadfiltern. Man gibt dadurch vielen Menschen zu Recht Anlass, über die Zensur im Internet in Deutschland nachzudenken.

(Beifall bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Deswegen gehört auch ein wachsames Auge des Parlaments auf die Meinungsfreiheit in Deutschland. Die Meinungsfreiheit muss in Deutschland nicht nur mit Blick auf den Staat verteidigt werden, sie muss auch mit Blick auf die Gesellschaft verteidigt werden.

Es ist absolut inakzeptabel, wenn solche Vorkommnisse wie in Hamburg, Göttingen, Leipzig, Erfurt oder auch in Magdeburg geschehen. Es muss einen Kampf geben gegen die extremen Ränder, sei es von links, von rechts oder von religiösen Motiven getrieben. Wir alle können nicht wollen, dass unsere Wahlkampfbüros, unser

Zuhause angegriffen werden oder Schlimmeres erfolgt.

Aus einer Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion geht hervor, dass im zweiten Quartal 2019 insgesamt 31 Fälle von Körperverletzung oder gefährlicher Körperverletzung, die sich gegen Politiker richteten, registriert wurden. In 24 dieser Fälle handelte es sich um Politiker der AfD, meine Damen und Herren.

Gibt Ihnen das nicht zu denken? Könnte das nicht Folge Ihrer Hetze sein, die Sie vom linken Block gegen uns vorantreiben? - Eines steht jedenfalls fest: In Deutschland tobt ein Meinungskampf, der sich mit voller Wucht entfaltet. Die Vertreter unterschiedlichster Parteien sollten sich dafür starkmachen, dass das nicht weiter eskaliert.

Wenn mehr als zwei Drittel der Menschen in unserem Land glauben, man könne seine Meinung zu bestimmten Themen nicht mehr frei sagen, haben wir ein Demokratieproblem, meine Damen und Herren. Gerade wir müssen in der politischen Auseinandersetzung dokumentieren, dass Meinungsfreiheit mehr ist, als die eigene Meinung zu transportieren; wir müssen auch die andere Meinung verteidigen, sofern sie sich auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt.

Schalten wir hierbei nicht bald um, dann werden die Grundlagen unserer westlichen Freiheit zerstört. Das kann niemand ernsthaft wollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Somit hat Herr Staatsminister Robra für die Landesregierung das Wort.

Bevor ich Herrn Minister Robra das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren des Bildungs- und Beratungsinstituts Magdeburg recht herzlich im Hohen Haus zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist nach einer Studie der Adenauer-Stiftung, die sie aus Anlass des Jubiläums „70 Jahre Grundgesetz“ durchgeführt hat - auch dieses Jubiläum haben wir in diesem Jahr schon begehren können -, das Lieblingsgrundrecht der Deutschen. Die in Artikel 5 des Grundgesetzes verankerte

Freiheit der Meinung, der Presse, der Kunst und der Wissenschaft sei, so heißt es in der entsprechenden Pressemitteilung, für die meisten Befragten das wertvollste Grundrecht. Das ist wichtig festzustellen.

Die freie Meinungsäußerung werde als ein grundlegendes Freiheitsrecht wahrgenommen, auf dem etwa die Demonstrationsfreiheit und die Religionsfreiheit aufbauten - ich füge einmal hinzu: das Demokratieprinzip schlechthin.

Knapp die Hälfte der Menschen empfand schon damals die Meinungsfreiheit als eingeschränkt. Hinter solchen Klagen stehe jedoch ein Missverständnis, nämlich das Recht auf Meinungsfreiheit werde nicht nur mit der Erwartung verbunden, die eigene Meinung äußern zu dürfen, sondern auch - das ist in der Tat ein Problem - mit einem verbrieften Recht, keinen drastischen Widerspruch zu erfahren und gehört zu werden, insbesondere von Politikern und Parteien. Es seien solche Missverständnisse, die zu einer kritischen Einschätzung der tatsächlichen Umsetzung der Meinungsfreiheit führten.

Das ist einer der Befunde, der sich durch die Studien - auch der späteren Befragungen - zieht, dass viele Menschen nicht mehr in der Lage sind, die Meinung des anderen auszuhalten und darüber in einen vernünftigen Diskurs einzutreten.

In staatlicher Hinsicht ist die Meinungs- und Informationsfreiheit der Gradmesser, der freiheitliche Staaten von autoritären Staaten und Diktaturen abgrenzt. Es gab hier Zeiten, da war es selbst im privaten Bereich gefährlich, seine eigene Meinung zu äußern. Heute gibt es bei uns keine staatlichen Beschränkungen der Meinungsfreiheit; ich denke, darin sind wir uns einig.

Was wir heute hier behandeln, ist ein gesellschaftliches Problem. Dieses gesellschaftliche Problem betrifft letztlich alle. Es gab im Vorfeld der Wahlen auch in Sachsen eine Befragung. Danach stimmten in der Tat 69 % der Sachsen der Aussage zu: Bei bestimmten Themen wird man heute ausgegrenzt, wenn man seine Meinung sagt.

Aber es gibt dort keine oder kaum spezifische parteipolitische Korrelationen. Nicht überraschend ist, dass 98 % der AfD-Anhänger diese Auffassung teilten. Aber selbst bei den GRÜNEN-Wählern sehen es nach dieser Umfrage 50 % so, bei den FDP-Wählern sind es 62 %, bei den LINKEN-Wählern 59 % und bei den SPD-Wählern 55 %; nur bei den CDU-Wählern sind es weniger als 50 %, nämlich 48 %, weil die CDU intern - das werden wir auch in Leipzig sehen - noch eine Diskussionskultur zu pflegen weiß

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

und nicht schon von vornherein meint, dem anderen das Wort abschneiden zu müssen, nur weil er nicht derselben Meinung ist wie man selbst.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Das Ganze wird heute natürlich noch durch das Internet verstärkt. Auch früher gab es schon, wenn man sich an manche Stammtische setzte - ich glaube, jeder von uns hat das schon einmal erlebt -, Meinungen, die geäußert wurden, mit denen man sich kaum auseinandersetzen konnte, weil sie sich außerhalb des Spektrums bewegten, das der Minimalkonsens in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Grundgesetzes ist. Durch die sozialen Medien, durch das Internet erfahren solche Auffassungen heute in erheblichem Maße noch eine Verstärkung. Das wirkt zurück auf die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger, die sich manchmal mit Recht wundern, was alles vertreten wird in dieser, unserer Bundesrepublik Deutschland.

Die Blockaden und Meinungsdictate an den Hochschulen, die angesprochen worden sind, waren mir schon den 60er- und 70er-Jahren ein Gräuel.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Ich sehe das auch heute noch so und weiß mich dabei in Übereinstimmung mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der in seiner Rede vor Hochschulrektoren vor einigen Wochen sagte - das korreliert wiederum mit dem zunächst beschriebenen Phänomen -:

„Wer am lautesten darüber klagt, nicht gehört zu werden, hat oft seine Ohren für andere Auffassungen, Argumente oder gar überprüfbare Fakten am dichtesten verstopft.“

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU, und von Silke Schindler, SPD)

Der Bundespräsident hat in diesem Zusammenhang dazu aufgerufen, besonders an den Hochschulen wieder Räume zu schaffen, in denen man sich - ich betone das ausdrücklich - gepflegt, rücksichtsvoll und respektvoll miteinander streitet.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Viele derjenigen, die sich in den vergangenen Wochen zu dem Thema geäußert haben - in ganz besonderem Maße Navid Kermani, der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, im „Deutschlandfunk“ -, betonen auch - ich habe nicht den geringsten Grund, das nicht ebenso zu tun -, dass Political Correctness, Sprechverbote, ja Sprachpolizei, auch Phänomene sind, mit denen man nicht leben sollte. Diese Sprechverbote, diese Political Correctness, von links hat Trump

an die Macht gebracht, weil es viele in Amerika nicht mehr mittragen konnten und wollten und geglaubt haben, Trump wäre die Lösung. Im Nachhinein zeigt sich, Trump ist das Problem. Am Ende hat niemand etwas davon gehabt und die gesamte Welt leidet im Ergebnis darunter.

Wir müssen uns fragen, ob es wirklich vernünftig ist, ein enges Gehege von Tabus zu formulieren, sodass manche Menschen glauben - darauf ist das ja zurückzuführen -, sich nicht mehr äußern zu können, wenn sofort ein großes Geschrei beginnt, weil man sich einmal einer Begrifflichkeit bedient, die nicht als politisch korrekt gilt.

Kermani nennt in dem Zusammenhang an den Hochschulen den Begriff „Studenten und Studentinnen“. Wer nicht „Studierende“ sagt, also den geschlechtsneutralen Begriff, der ist aus seiner Sicht und Erfahrung schon ausgegrenzt. Darüber wird man reden müssen; darüber wird man nachdenken müssen. Auch hier appelliere ich, mehr Gelassenheit mit Menschen zu haben, die noch nicht die Weihen der jeweils reinen Lehre empfangen haben und in ihrer Wortwahl vielleicht noch ein wenig in vergangenen Zeiten verharren. Man kann es ihnen behutsam erläutern, warum es heute bestimmte Begriffe im deutschen Diskurs nicht mehr geben sollte, aber man wird es ihnen nicht oktroyieren können.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Die Meinungsfreiheit hat allerdings - auch das gehört zur Wahrheit - Schranken, die im Grundgesetz formuliert sind. Die Meinungs- und Informationsfreiheit findet ihre Schranken, so heißt es in Artikel 5 Abs. 2 des Grundgesetzes, in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend - das wird auch oft vergessen - und in dem Recht der persönlichen Ehre - auch das scheint in den vergangenen Jahren immer stärker in den Hintergrund getreten zu sein.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Ich betone ausdrücklich: Hass und Hetze im Internet sind mit der Grundordnung nach dem Grundgesetz unvereinbar, und es ist immer noch unbefriedigend, dass wir keine Mittel und Wege finden, dagegen in angemessener Weise vorzugehen. Das verdirbt in der Tat die Diskurskultur, die Diskussionskultur in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Respekt voreinander, Rücksicht aufeinander, andere Meinungen gelten lassen - das sollte die Maxime sein, die für alle politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gilt,

(Zustimmung von Ulrich Siegmund, AfD, und von Alexander Raue, AfD)

völlig unabhängig davon, welche Ziele sie verfolgen. Die AfD nun allerdings ist - das zeigt der heutige Antrag - durchaus der Bock, der sich hier zum Gärtner machen möchte.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von der AfD: Na ja! - Weitere Zurufe von der AfD)

Nein, Sie vertreten viele aggressive Positionen - -

(Zurufe von der AfD)

Ich habe vorhin die Debatte erlebt. Daran, dass die Debatte, die wir eben über die Windenergie erlebt haben, von Außenstehenden in jeder Hinsicht verstanden worden wäre, auch von der Atmosphäre her, kann man Zweifel haben. Ihre Positionen werden aggressiv vertreten und oft sind sie unhaltbar. Dafür erhalten Sie scharfen Gegenwind.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das passiert! Meinungsfreiheit!)

Das ist zum Beispiel der Fall, wenn, wie wir es eben gehört haben, die heutigen Konflikte mit der Verfolgung von Juden durch den Nationalsozialismus gleichgesetzt werden und Sie sich in eine Opferrolle begeben, die mit dem, was damals passiert ist, nun absolut nichts zu tun hat und auch völlig unangemessen ist. Insofern würde auch ich Sie bitten wollen, sich zu überlegen, ob es wirklich angemessen ist, Dinge gleichzusetzen, die nicht gleichgesetzt werden dürfen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Eva von Angern, DIE LINKE)

Wenn Sie dafür scharfen Gegenwind erhalten, dann muss man sagen: Wie Sie in den Wald hineinrufen, so schallt es auch heraus. Wer Ihre Meinung nicht teilt, der beschränkt nicht Ihre Meinung

(Eva von Angern, DIE LINKE: Er erhebt nur Widerspruch!)

- das müssen Sie akzeptieren -, sondern der nutzt seine eigene. Er hat auch das Recht dazu.

(Zustimmung von Stefan Gebhardt, DIE LINKE, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das ist Demokratie. Das kann und muss man aushalten in den Grenzen, die Artikel 5 Abs. 2 des Grundgesetzes - ich habe es gerade beschrieben - definiert.

Rosa Luxemburg hat in ihrem Leben nicht immer recht gehabt, aber in dem einen Punkt schon: Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden und auch des Anderssprechenden, des sich anders artikulierenden Menschen. Damit hat sie recht gehabt. Wenn wir uns darauf besinnen, dann hoffe ich, dass wir wieder zu einer Diskurs-

kultur zurückkommen, die vorbildlich ist, auch für alle Stammtische in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Robra. Es gibt zwei Wortmeldungen von Herrn Abg. Kirchner und von Herrn Abg. Lehmann. - Bitte, Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrter Herr Staats- und Kultusminister Robra, mit dem links-grünen Applaus müssen Sie jetzt umgehen. „Wie es in den Wald hineinruft, so schallt es auch heraus“ - das haben wir eben von Ihnen gehört. Gegen scharfen Gegenwind von Radikalen haben wir nichts, weil Radikale auch scharfen Gegenwind brauchen.

Meine Fragen wären: Erstens. Wie sehen Sie es als Minister dieses Landes, dass der Geschäftsführer der hessischen Filmförderungsgesellschaft aufgrund eines Fotos beim Mittagessen mit Herrn Meuthen entlassen wurde? Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren, ob das schon ausreicht, um jemanden zu entlassen.

Wie sehen Sie die Aussage der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in Thüringen, die vorschlägt, Polizisten, die für die AfD kandidieren, aus dem Polizeidienst zu entlassen? Sind das Forderungen, die man noch vertreten kann? Sind diese nicht grundgesetzwidrig? Wie stehen Sie dazu?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Robra, bitte.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Wir sprechen hier über die Meinungsfreiheit. Wir sprechen nicht über Einzelfälle.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Den Fall des Thüringer Geschäftsführers der Medienwirtschaft kenne ich nicht im Einzelnen. Ob die öffentliche Darstellung zu dem Sachverhalt vollständig ist, kann ich nicht sagen.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Soweit es den Fall von Polizisten betrifft, die für den Landtag kandidieren, weiß ich, dass das dienstrechtlich keinerlei Konsequenzen haben darf. Das heißt aber nicht, dass ein Polizist, der für den Landtag kandidiert, jeden Unsinn in der Öffentlichkeit verbreiten kann,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

sondern

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Er muss sich an seine beamtenrechtlichen Pflichten halten!)

er ist und bleibt wie jeder Beamte - das hat mit Polizei oder Nicht-Polizei an der Stelle nichts zu tun - zu einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet. Das haben das Bundesverwaltungsgericht und insbesondere der Disziplinarsenat, der für Bundeswehrsoldaten zuständig ist, wiederholt entschieden.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Lehmann, jetzt sind Sie an der Reihe.

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Dr. Robra,

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ohne Doktor. Ich sehe nur so aus.

Mario Lehmann (AfD):

Sie konnten gestern den Antrag verfolgen, den die AfD im Plenum zur Öffentlichkeitsarbeit der Polizei gestellt hat. Ich will Sie fragen, ob Sie es kritisch sehen, wenn mir in diesem Fall - latent verpackt, aber doch deutlich wahrnehmbar - vonseiten des Innenministers, der gestern auch zu Wort gekommen ist, mit einer Entlassung aus dem Polizeidienst gedroht worden ist,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nein, damit hat er Ihnen nicht gedroht!)

weil ich als Mitglied der Opposition die Freiheit meines Mandats wahrnehme.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist schlicht gelogen! - Zurufe von der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Robra.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ich war in dem konkreten Moment gerade nicht im Saal. Deswegen kann ich zu dem konkreten Fall auch nicht so sehr viel sagen. Das, was der Innenminister gesagt hat, wird man nachlesen können. Dann sollte man sich gern noch einmal darüber unterhalten.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen nun zum nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Hövelmann. Sie haben gleich das Wort. Bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein bemerkenswerter Vorgang.

(Eduard Jantos, CDU, spricht mit anderen Abgeordneten in der ersten Reihe der Abgeordnetenbänke - Heiterkeit)

- Diesen Vorgang meinte ich nicht. Ich meinte einen, über den ich gleich reden werde. - Sie, meine Herren von der AfD, behaupten, die Meinungsfreiheit in Sachsen-Anhalt und in Deutschland sei gefährdet. Wenn man nachfragt oder in Ihrer Begründung zu dem Antrag nachliest und auch Ihrem Redebeitrag zuhört, dann fragt man sich: Wo sind denn die Gründe dafür, dass Sie die Meinungsfreiheit in Gefahr sehen? Sind es Urteile gegen Journalisten? Sind es etwa Polizeischikane gegen Demonstranten?

(Oliver Kirchner, AfD: Sind es Entlassungen?)

Sind es etwa repressive Gesetze? Sind es etwa willkürliche Entlassungen aus dem Staatsdienst, so wie wir es aus vielen Regimen kennen, die Sie hofieren?

(Zurufe von Mario Lehmann, AfD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staat

(Zuruf von der AfD)

und alle seine Gewalten in Deutschland sind dem Schutz der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Organisationsfreiheit verpflichtet. Wenn Behörden im Einzelfall falsche Entscheidungen und Abwägungen zulasten von Bürgerrechten treffen, dann bietet der Rechtsstaat alle Möglichkeiten, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Ich möchte behaupten, um die Meinungsfreiheit in Deutschland ist es heute besser bestellt als je zuvor

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- ich will das auch begründen -, vor allem deshalb, weil die Väter und Mütter unserer Verfassung Lehren aus der Geschichte gezogen haben und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat an den Anfang des Grundgesetzes gestellt haben und weil sich Bürgerinnen und

Bürger Zug um Zug immer mehr Rechte erstritten haben. Das gilt zum Beispiel für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung oder das Informationszugangsrecht. Aber auch aus materiellen Gründen hat die Meinungsfreiheit heute wahrlich gute Karten.

Bis zum Entstehen des World Wide Web und zu dem Aufkommen der sogenannten sozialen Medien war die Verbreitung der eigenen Meinung über den persönlichen Bekanntenkreis hinaus nur den wenigen möglich, die Zugang zu Druckmaschinen, zu Fernsehstudios oder zu Rundfunkmikrofonen hatten. Heute hingegen lässt sich jede, aber auch wirklich jede Meinung von jedem und jeder weltweit verbreiten, und das jederzeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind die positiven Rahmenbedingungen für die Meinungsfreiheit in unserem Land. Es gibt aber auch Rahmenbedingungen, die uns zu denken geben. Die eben genannten sozialen Netzwerke sind nicht nur Plattform für den Meinungsaustausch, sondern zugleich Brutstätten für unglaublichen Hass und eine noch vor Kurzem schier unvorstellbare Verrohung von Sprache und Form der Auseinandersetzung.

Schon allein die Nachstellung der Trolle im Netz ist geeignet, Menschen einzuschüchtern, die sich engagieren oder ganz einfach ihre Meinung sagen. Das gilt aber umso stärker, je mehr diese virtuellen Bedrohungen in handfeste Gewalt in der realen Welt umschlagen.

Der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag von Halle, aber auch Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, auf Büros von Abgeordneten, von Parteien und Initiativen - natürlich wirkten diese Taten einschüchternd, und natürlich gibt es Menschen, die sich heute zweimal überlegen, welchen Post sie ins Netz stellen oder zu welcher Demonstration sie gehen. Das ist eine Gefahr für die Meinungsfreiheit.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Silke Schindler, SPD - Zuruf von der AfD)

Alle, die sich trotzdem engagieren und sich nicht einschüchtern lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Helden unserer Demokratie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber, meine Herren von der AfD - ich habe Sie so kennengelernt -, das sind nicht die Sorgen, die Sie sich machen. Das Bild, das Sie hier malen, ist das von einem angeblich linksliberalen Meinungstotalitarismus.

(Mario Lehmann, AfD: Schweres Wort!)

- Ja, ja, schweres Wort, genau. Mit Totalitären haben wir Sozialdemokraten es nicht so. - Dafür,

dass das offenkundig grober Unfug ist, sind Sie, meine sehr verehrten Herren von der AfD, der beste Beweis. Denn die Tatsache, dass Sie hier in großer Anzahl sitzen, und das, was Sie hier vertreten, zeigt doch mehr als deutlich, dass in diesem Land sogar extremistische, völkische, nationalistische und rassistische Auffassungen straflos vertreten werden können.

(Oh! bei der AfD - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

Meine Kollegen von der AfD, das wissen Sie doch selbst am besten. Sie nutzen doch genau das skrupellos aus. Es gibt aber eines, das Sie nicht verstehen und das Sie vielleicht auch nicht verstehen wollen. Sie sind nicht das Volk

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von Angela Gorr, CDU - Unruhe)

und Ihre Blase ist es auch nicht. Was Sie mit Gleichgesinnten am Stammtisch oder in der Facebook-Gruppe austauschen, ist eben nicht Volkes Stimme, sondern eine Meinung unter vielen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Dass Ihnen Millionen Menschen in Ihren Ansichten entschieden widersprechen, ist kein Angriff auf Ihre Meinungsfreiheit, sondern deren eigenes gutes Recht.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Das ist das, woran Sie kranken, worunter Sie leiden, das ist die Freiheit der Andersdenkenden.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, von Andreas Steppuhn, SPD, und bei der LINKEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nutze die Gelegenheit heute gern für ein Lob des Mainstreams. Er hat es verdient. Denn das, was Sie linksliberalen Meinungstotalitarismus nennen, nennt die Politikwissenschaft demokratischen Konsens. Das geht einem viel einfacher über die Lippen. Dieser Konsens ist das, was Deutschland zu einem lebenswerten Land macht. Dieser Konsens war Grundlage dafür, dass die Deutschen überhaupt wieder ein geachteter Teil der Völkergemeinschaft werden konnten. Ich bin stolz auf diesen Mainstream. Ich bin stolz darauf, dass in unserer Verfassung am Anfang nicht der Dienst am Vaterland steht, sondern die Achtung vor der Würde des Menschen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich bin stolz darauf, dass unser Land die Todesstrafe verboten hat, dass es nicht an Angriffs-

kriegen teilnehmen darf und dass es dauerhaft auf Atomwaffen verzichtet hat. Ich bin stolz darauf, dass Deutschland die Lehre aus seiner Geschichte gezogen hat, das Recht auf Asyl in seiner Verfassung verankert hat und sich völkerrechtlich zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet hat.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Ich bin stolz darauf, dass aus den Bekenntnissen zu einem einigen Europa über Jahrzehnte eine feste Gemeinschaft geworden ist und wir sogar einen Teil unserer Souveränität auf diese Gemeinschaft übertragen haben - wie alle anderen übrigens auch -,

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

und das im Interesse von Frieden und Wohlstand.

Ich bin froh darüber, dass nach der formalen Gleichstellung von Frauen und Männern immer stärker auch tatsächliche Gleichstellung und Teilhabe erkämpft wurden und dass bestehende Benachteiligungen auch immer wieder hinterfragt und abgebaut werden.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Ich bin froh darüber, dass man in unserem Land heute lieben und heiraten kann, wen man will, und dass das in der großen Mehrheit der Bevölkerung Akzeptanz findet.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich bin ebenfalls froh darüber, dass für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Schutz von Umwelt und Klima einen ganz hohen Stellenwert hat.

Diese Übereinstimmung in vielen Grundsatzfragen tut unserem Land gut und lässt zugleich allen Raum für Meinungsfreiheit, für Meinungsvielfalt und auch für Meinungsstreit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin aber auch stolz darauf, dass Meinungsfreiheit Grenzen hat. Am deutlichsten hat unser Staat diese Grenze mit dem Verbot gezogen, den Holocaust zu leugnen. Dieses Verbot ist nötig, um das Ansehen der ermordeten Jüdinnen und Juden sowie die Würde der Überlebenden und ihrer Nachkommen zu schützen.

Das Verbot markiert aber zugleich eine letzte Grenze, auch für die Meinungsfreiheit. Es ist die in das Strafgesetzbuch gegossene Erkenntnis: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Hövelmann. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank erst einmal für die doch sehr sachlich gehaltene Rede. Das muss man ja auch einmal anerkennen.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

- Trotzdem. Das ist bei Ihnen immer ganz anders, Herr Striegel. Aber das ist eine andere Sache.

Meine Frage ist, wie Sie es denn als Mitglied einer sozialdemokratischen Partei, als Demokrat also - das ist dasselbe, was ich Herrn Robra auch gefragt habe -, fänden, wenn aufgrund eines Fotos mit einem Bundessprecher einer demokratisch gewählten Partei ein Mensch als Geschäftsführer einer hessischen Filmförderungsgesellschaft entlassen wird, weil sich mehrere erfolglose oder erfolgreiche Schauspieler zusammenschließen und das fordern? Hat das noch etwas mit Demokratie zu tun und sollte man so etwas durchgehen lassen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Hövelmann, bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Zunächst: Ich hoffe, dass ich mir immer Mühe gebe, sachlich zu argumentieren und nicht polemisch zu werden.

(Zustimmung bei der CDU - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Aber das kann ja jeder halten, wie er will. Das kann auch jeder anders bewerten. Ich bin da auch nicht kleinlich. Sie können auch eine andere Auffassung haben.

Zu dem konkreten Sachverhalt: Ich kann Ihnen leider nur ähnlich wie Herr Minister Robra antworten. Ich habe diesen Sachverhalt, wie Sie wahrscheinlich auch, den Medien entnommen, auch in der verkürzten Darstellung. Ich weiß nicht, ob das so zutrifft. Wenn das so zutrifft, dann ist das sicherlich auch Gegenstand von Diskussionen, auch von öffentlicher Meinung und Meinungsstreit. Ich weiß nicht, ob es der richtige Weg ist, ob ein offenkundiges Verhalten, das anderen nicht gefallen hat oder das andere politisch anders bewerten, ausreicht, um eine solche Entscheidung zu treffen. Aber das haben dann die Menschen zu verantworten, die diese Entscheidung so getroffen haben.

Es ist immer noch ein Unterschied - deshalb habe ich auch versucht, das in meiner Rede deutlich zu machen -, ob eine staatliche Institution willkürlich

jemanden entlässt, weil er eine unliebsame Position vertritt, oder ob in einem wie auch immer organisierten Unternehmenskonstrukt entscheidungsbefugte Personen zu solchen Entscheidungen kommen. Das kann man kritisieren. Aber es ist nicht dem Staat vorzuwerfen, dass so etwas passiert,

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

es sei denn, er macht es selber. Dann ist es ihm vorzuwerfen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Die nächste Debattenrednerin ist für die Fraktion DIE LINKE Frau von Angern. Sie haben das Wort. Bitte.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Beim Lesen des Antrags zur vorliegenden Aktuellen Debatte fiel mir zunächst das Berliner Urteil im Falle der Politikerin Renate Künast ein. Ich möchte ausdrücklich nicht wiederholen, welche Äußerungen aus der Sicht des Gerichtes unter die Meinungsfreiheit fallen. Nur so viel: Wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen war auch ich über dieses Urteil erschüttert.

Was mir jedoch Mut macht, sind der breite öffentliche Widerspruch und die vielfache Distanzierung von der Einschätzung des Gerichts. Das ist gut und wichtig; denn das zeugt von einer bestehenden Sensibilität in unserer Gesellschaft, die diese Einschätzung des Gerichts ausdrücklich nicht teilt.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Aber es ist ebenfalls absurd zu meinen, dass jede Meinungsäußerung der Meinungsfreiheit unterliegt. Nein, das tut sie nicht, und das ist auch gut so.

Meinungsfreiheit hat deutliche Grenzen, so bei der Verletzung der Würde, bei Volksverhetzung oder Verfassungswidrigkeit. Der Staatsminister erläuterte es.

Es ist gut und es ist richtig, dass in unserem Land niemand straffrei behaupten kann, dass der Holocaust nicht stattgefunden hat.

Meinungsfreiheit heißt allerdings auch nicht, dass ein Widerspruch zum Gesagten nicht zulässig ist.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Man darf also Meinungsfreiheit nicht mit der Vorstellung verwechseln, dass man manche Aus-

sagen eben nicht widerspruchlos tätigen kann. Ja, das Grundgesetz schützt die Meinungsfreiheit gegenüber dem Staat, aber es schützt eben nicht vor Widerspruch.

Gehen Sie davon aus, dass es immer Widerspruch aus den Reihen der Demokratinnen und Demokraten geben wird, wenn Sie, die Kollegen von der AfD, Ihre menschenfeindlichen, frauenfeindlichen und homophoben Äußerungen hier oder anderswo tätigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in unserem Land kein Problem mit einer gefährdeten Meinungsfreiheit. Das Recht auf Meinungsfreiheit gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes ist vor allem ein Schutzrecht gegen den Staat. Aber darum geht es in dieser Diskussion meines Erachtens vorwiegend nicht.

Ich sage auch ausdrücklich: Meine Fraktion teilt die These nicht, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland gefährdet sei. Wir haben ein ganz anderes Problem in unserem Land, das zugleich eine erhebliche Gefahr für unsere Demokratie darstellt.

Meinungsfreiheit bedeutet eben nicht, dass Politikerinnen, Journalistinnen oder auch Frauenrechtlerinnen beleidigt oder bedroht werden dürfen. Morddrohungen gegenüber und und Morde an engagierten Menschen sind meines Erachtens der Sargnagel unserer Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Sie verbreiten Angst und Schrecken und genau das soll so ganz bewusst geschehen. Menschen sollen mundtot gemacht werden.

Doch an die AfD-Fraktion gerichtet sage ich deutlich: Wir werden uns nicht mundtot machen lassen. Wir werden nicht weichen, wenn Sie Menschenrechte mit Füßen treten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden hier und anderenorts selbstverständlich auch weiterhin widersprechen.

Ihr vermeintliches Eintreten für die Meinungsfreiheit ist in Wirklichkeit nichts anderes als der Versuch, letztlich die Meinungshoheit zu erlangen.

Besonders absurd ist die von Ihnen eingebrachte Aktuelle Debatte vor dem Hintergrund, dass Sie selbst massiv versuchen, Meinungsfreiheit in Deutschland einzuschränken, indem Sie Fragen von Journalistinnen und Journalisten abbügeln, abqualifizieren und nicht beantworten.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Sie von der AfD haben somit eine äußerst selektive Haltung zur Meinungsfreiheit.

In der Begründung zu der Aktuellen Debatte steht der aus Ihrem Mund zu hörende entlarvende Satz - ich zitiere -:

„Der Raum des Sagbaren darf von linksliberalen Tugendwächtern nicht weiter eingeschränkt, er muss ganz im Gegenteil endlich wieder erweitert werden.“

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Fakt ist sehr wohl, dass von der AfD selbst der Raum des Fragbaren eingeschränkt wird. Und den muss man tatsächlich wieder erweitern.

Fakt ist, dass unlängst auch der Abbruch eines ZDF-Interviews durch Herrn Höcke zeigte, wie man es bei der AfD mit Meinungsfreiheit hält. Und das ist nur die Führungsebene.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Das hat Bodo Ramelow auch gemacht!)

Wenn es um die Verteidigung von Grund- und Menschenrechten geht, bin ich übrigens sehr gern eine linksliberale Tugendwächterin und ich weiß viele meiner Kolleginnen und Kollegen hier im Haus an meiner Seite.

Als Fraktion DIE LINKE unterstützen wir daher auch ausdrücklich den Aufruf von vielen Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffenden aus Deutschland, auch aus Sachsen-Anhalt - und das ist gut so -, der unter dem Titel „Schützt die Pressefreiheit!“ zu Protesten gegen den nunmehr verbotenen und hoffentlich verboten bleibenden Naziaufmarsch am morgigen Tag in Hannover und zugleich zu Maßnahmen zum Schutz der Pressefreiheit auffordert.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Wir zeigen uns als DIE LINKE solidarisch mit den von Hass und Drohungen betroffenen Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffenden und unterstützen ausdrücklich ihre Forderungen an die Medienanstalten und die Sicherheitsbehörden.

Der unwürdige Umgang mit Markus Decker anlässlich der etwas merkwürdigen Pressekonferenz der AfD zur klugen Entscheidung des Rechtsausschusses über die Abwahl des Rechtsausschussvorsitzenden Brandner ist ein beredtes Beispiel des Umgangs der AfD mit den Medien.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Das war nicht etwa unsouverän, das war deutlich feindlich, im Übrigen auch unanständig und peinlich, ebenso wie vieles, und es zeugte von einer

fehlenden Kinderstube, die wir auch regelmäßig hier im Saal erleben dürfen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Aber weiter zu Ihrem Antrag. Nun stehen die vom MDR beauftragte Umfrage von Infratest dimap und die darin enthaltenen Zahlen im Raum. Ein Viertel der Ostdeutschen meint, dass sich die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung verschlechtert hat. Ja, das ist eine zweifelsohne zu hinterfragende Zahl.

Doch an dieser Stelle kann ich auf die Debatte am Mittwoch zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses verweisen und ich zitiere zwei Kollegen von mir:

„Auch beim Thema Meinungsfreiheit spielt die AfD als eigentliche Brandstifter Feuerwehr, feuert sie doch selbst regelmäßig mit Hass und Hetze.“

Wenn man das Interviewbuch von Herrn Höcke liest - ich möchte es an dieser Stelle gern noch einmal erwähnen -, bekommt man ein Gefühl dafür, was im geistigen Schoß dieser Partei alles ausgebrütet wird, die hier rechtsaußen in diesem Saal sitzt.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich möchte ausdrücklich zwei Stellen zitieren:

„In der erhofften Wendephase stünden uns harte Zeiten bevor; denn umso länger der Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schritte sein.“

Der gleichgesinnte Interviewer wirft ein: Schon Hegel habe ja gewusst, dass brandige Glieder nicht mit Lavendelwasser kuriert werden könnten. Darauf der Interviewte:

„Eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen. Dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt, denn die größten Probleme von heute sind ihr anzulasten.“

So spricht der Fraktions- und Landesvorsitzende der AfD in Thüringen. Das sind keine Fake News. Das ist nicht von Journalistinnen und Journalisten

zusammengestückelt. Nein, das ist ein 300 Seiten langes Interview - Originalton blau-braun, ungekürzt und unversehrt.

Hierin lese ich die tatsächliche Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft und für unsere Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Es liegt erst einige Wochen zurück, da durfte ich das zweite Mal in Israel sein. Ich stand am Grab von Oskar Schindler. Ich war zum zweiten Mal zu Besuch in Yad Vashem und ging auch an die Gedenkstätte der Kinder. Ich ging durch den Raum, in dem die Namen der 1,5 Millionen Babys, Kinder und jüdischen Jugendlichen genannt werden, die durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg barbarisch ermordet wurden.

Gerade an solchen Orten wird mir bewusst, dass ich mich schäme. Ich schäme mich dafür, dass in deutschen Parlamenten von ganz rechtsaußen wieder gesagt wird, was weltweit gehört wird.

Ich möchte nicht, dass irgendwann meine Kinder und meine Enkelkinder mich fragen, warum ich geschwiegen habe, warum ich nicht aufgestanden bin und nicht Widerspruch geleistet habe.

(Zuruf von der AfD)

Deswegen werde ich weiterhin widersprechen, laut und deutlich, auch wenn mir zuweilen die Anfeindungen und die Drohungen von rechtsaußen Angst machen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann nur alle Menschen in unserem Land aufrufen und ermutigen, zu widersprechen und dem gefährlichen Populismus von rechts nicht auf den Leim zu gehen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau von Angern. Es gibt eine Wortmeldung. - Sie möchten nicht antworten. Okay. - Dann ist jetzt Herr Dr. Tillschneider dran.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Schade, ich wollte eine Frage stellen. Ich mache jetzt keine Kurzintervention daraus, sondern ich stelle eine Frage. Dann steht sie eben im offenen Raum.

Zum Thema Holocaust-Leugnung. Kein vernünftiger Mensch leugnet den Holocaust. Aber als diskutiert wurde, die Holocaust-Leugnung strafbar

zu machen, haben namhafte Verfassungsrechtler widersprochen, auch ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts, und haben angemahnt, dass dieser Einschnitt zu weit geht, dass die Meinungsfreiheit auch die Freiheit ist, Unsinn zu reden.

Jetzt hätte ich Sie gefragt, wenn Sie da vorn noch gestanden hätten. Aber vielleicht beantworten Sie die Frage ja doch noch. Ich will wissen, wie weit die Meinungsfreiheit Ihrer Meinung nach geht. Bin ich also schon ein Nazi, wenn ich der Meinung bin, dass Holocaust-Leugnung nicht strafbar sein sollte? - Wenn ja, bin ich ein Nazi, wenn ich der Meinung bin, dass man der Meinung sein darf, dass Holocaust-Leugnung nicht strafbar sein sollte? Und wenn nein, bin ich ein Nazi, wenn ich der Meinung bin, dass man der Meinung sein darf, dass Holocaust-Leugnung nicht strafbar gestellt sein sollte?

Geben Sie mir doch bitte ein Bild davon, wie weit Ihr Meinungskorridor insoweit ist.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Diese Frage muss dann tatsächlich im Raum stehen bleiben.

(Zuruf: Die ist ja auch gar nicht schlecht!)

Herr Abg. Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau von Angern, Sie haben sich gerade darüber beschwert, dass die Meinungsfreiheit von Frauenrechtlerinnen und linken Politikern eingeschränkt sei, dass dies das eigentliche Problem sei.

Aber sind es nicht Sie und ihre geistigen Brüder und Schwestern, die im Grunde genommen politisch Andersdenkende permanent, inflationär, täglich als Rassisten, als Menschenfeinde, als Nazis deklarieren, um mit ihnen nicht reden zu müssen? - Denn wer einmal das Stigma Nazi hat, mit dem muss man ja keine Diskussion mehr führen. So gesehen sind Sie nichts anderes als ein intoleranter Toleranzprediger.

Ich finde es gut, dass Sie sich in Israel der Toten erinnern und dieser gedenken. Aber gerade Sie und Ihre ideologische Riege sollte vielleicht einmal über die 100 Millionen Toten nachdenken, die Ihre rote Ideologie in der Vergangenheit gefordert hat. Dann hätten Sie so viel zu tun und keine Zeit für anderen Mist. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Tobias Rausch hatte signalisiert - -

(Tobias Rausch, AfD, schüttelt den Kopf)

- Nicht mehr. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass ich noch eine Wortmeldung von Tobias Rausch übersehen hatte. Wollen Sie auf diese Wortmeldung noch reagieren?

(Tobias Rausch, AfD: Möchte ich nicht!)

- Sie möchten nicht mehr. Okay. - Dann Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrte Frau von Angern, ich finde es schon beschämend und auch unredlich, dass Sie sich hier vorn hinstellen und uns etwas vorwerfen, was Ihre NRW-Landessprecherin der LINKEN, Inge Höger, täglich durchführt. Sie ist offen antisemitisch eingestellt, sie trägt einen Schal mit einer Weltkarte, auf der Israel fehlt, sie fährt zusammen mit der Hamas in Richtung Gaza auf einem Schiff, sie meldet antisemitische Demonstrationen an, auf denen offen gegen Juden gehetzt wird, auf denen der Holocaust infrage gestellt und auf denen der Hitlergruß gezeigt wird.

Bei uns treten die beiden Leute, die hier in der Debatte genannt wurden, die sich auch noch dem Vorwurf und dem Verdacht aussetzen, antisemitisch zu sprechen, von allein zurück. Bei Ihnen sitzt jemand als Landessprecherin in einem Landesvorstand. Das ist beschämend. Und das ist das Allerletzte.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich schaue noch einmal zu den LINKEN, aber Frau von Angern hatte abgewunken. Auch das bleibt jetzt so im Raum stehen. - Wir haben den nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abg. Herr Striegel. Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin den Vorrednerinnen und Vorrednern ausdrücklich dankbar für das, was sie hier gesagt haben, und zwar sowohl der Abg. Eva von Angern als auch Holger Hövelmann als auch dem Herrn Staatsminister, weil sie in wohlthuender Weise auf das große Maß an Meinungsfreiheit, das in diesem Land und in ganz Europa an vielen Stellen herrscht, verwiesen haben, weil sie die Gefahren für Meinungsfreiheit sehr zutreffend beschrieben haben und weil sie auch der Versuchung widerstanden haben, sich in Populismus zu ergehen, wie wir das hier von der AfD gehört haben, in Populismus und in Opferdiskurs.

Vielleicht muss ich am Anfang meiner Rede ein paar Dinge auseinander nehmen. Hier wird vorgeblich über Meinungsfreiheit geredet. Die Beispiele, die vom Redner der AfD vorgetragen worden sind, beschäftigen sich aber nicht wirklich damit. Da geht es munter durcheinander. Da geht es um Wissenschaftsfreiheit im eigentlichen Sinne, da geht es um Freiheit der Lehre, da geht es auch um Vertragsfreiheit.

Niemand muss mit einem AfD-Bauern Verträge abschließen. Dazu ist im Privatrecht niemand gezwungen. Und das ist auch gut so. Das ist Ausdruck von Freiheit. Ich lebe gern in einem Staat, in dem ich nicht gezwungen bin, mit Rassisten Geschäfte zu machen. Das ist in Ordnung. Es ist meine Freiheit, das nicht zu tun.

Sie verwechseln immer und immer wieder - ich glaube, Herr Robra war es, der hier Artikel 5 des Grundgesetzes zitiert hat - den Gehalt des Artikels 5 des Grundgesetzes mit einer Wirkung auf private Dritte. Die hat er nicht. Dieser Artikel 5 bindet den Staat. Er bindet den Rechtsstaat und nicht diejenigen, die als Private unterwegs sind. Ich muss Ihre Meinung nicht teilen. Ich muss Ihre Meinung auch nicht schützen. Ich muss ihr keine Bühne bieten. Und das ist auch gut so. Ich kann und darf Ihnen widersprechen und das werde ich tun, solange ich es tun kann.

Ich will auch auf die Allensbach-Studie verweisen, die Sie hier angeführt haben, wonach zunehmend Menschen Vorsicht zeigen würden, wenn sie ihre Meinung äußerten. Ich habe an dieser Studie eine Menge methodische Kritik. Ich will nur einen Punkt herausnehmen: Die Frage, was Vorsicht beinhaltet, ist überhaupt nicht geklärt, auch nicht, was die Gefragten darunter verstehen. Ich finde es grundsätzlich auch gar nicht schlimm, wenn Menschen, bevor sie sprechen, überlegen und damit Vorsicht walten lassen, weil nicht alles, was in einem Kopf entsteht, zwingend sofort und in Gänze nach draußen muss. Man darf manchmal auch nachdenken; das ist nicht verkehrt.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Das Recht auf Meinungsfreiheit konstituiert sich im Übrigen nicht in einem Recht auf Lüge, nicht in einem Recht auf ehrverletzendes Verhalten und auch nicht in einem Recht auf Affirmation. Widerspruch zu Ihren Positionen müssen Sie aushalten. Eine Partei, die deutschlandweit round about auf 15 % der Wählerstimmen kommt, wenn man sich das in den Meinungsumfragen anschaut, muss halt damit leben, dass 85 % der Menschen in diesem Land ihre Position ablehnen. Darin kann ich überhaupt kein Problem finden.

Mein Eindruck ist, die gesellschaftlichen Grenzen des Sagbaren haben sich in den letzten Jahren

nicht zusammengezogen; sie sind eher breiter geworden.

(Zurufe von der AfD)

Was es vielleicht gibt, ist der Widerspruch für Positionen, die noch vor 50 Jahren en vogue waren, beispielsweise dass man es irgendwie für angemessen halten könnte, Frauen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Ich finde es nicht schlimm, dass diese Position heute gesellschaftlich viel stärker auch mit Widerspruch konfrontiert ist. Sie ist ganz offensichtlich aus der Zeit gefallen. Und es ist ganz gut, dass ihr widersprochen wird.

Herr Hövelmann hat auch schon darauf verwiesen, dass es gut ist, wenn es auch Widerspruch gegen faschistische Meinungen gibt. Denn Faschismus ist keine Meinung. Er ist ein Verbrechen.

(Zurufe von der AfD und von André Poggenburg, fraktionslos)

Die Abg. Eva von Angern hat hier sehr deutlich auf die Folgen von Faschismus verwiesen. Ich bin froh, dass wir dabei auch im Rahmen unserer Gesetze eine deutliche Grenze aufgerichtet haben.

Wenn Sie - und die Zitate von Herrn Höcke waren ja auch breit - einen Faschisten in Ihrer Mitte nicht nur dulden, sondern ihn zur Mitte der Partei erklären, dann müssen Sie sich fragen lassen, was das an Anstrahlungswirkung auf Ihre Partei als Ganzes hat.

Herr Kretschmer, CDU-Ministerpräsident aus Sachsen, zukünftiger Koalitionspartner von GRÜNEN und SPD in Sachsen - hoffe ich -, hat heute auf dem CDU-Bundesparteitag sehr deutlich gemacht, dass er in der AfD breite Rechtsextremisten am Werk sieht. Der Mann hat recht. Er kann diesen Vorwurf auch belegen. Ich finde, es ist an der Zeit, das deutlich zu sagen und daraus auch die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)

Wenn ein Chef des Bundesfeuerwehrverbandes seine Meinungsfreiheit nutzt und deutlich macht, dass Rassismus, dass Antisemitismus, dass verfassungsfeindliches Gedankengut in Feuerwehren keinen Platz haben

(Zurufe von der AfD)

und er dafür dann von der AfD kritisiert wird, dann ist es erst einmal das gute Recht und die Meinungsfreiheit von AfD-Mandats- und -Funktionsträgern, ihn zu kritisieren. Wenn der Mann aber daraufhin aus Ihrem Spektrum widerlichste Hassmails bekommt, dann frage ich mich, was das noch mit Meinungsfreiheit zu tun hat, wenn darin

gefordert wird, dass er ausgepeitscht werden solle oder dass er vaterlandsverräterisches Gewürm sei.

Hier müssen wir deutlich eine Grenze ziehen. Und wir tun es auch in unseren Gesetzen. Mir kommt es darauf an, dass wir diese Gesetze zum Schutz unserer aller Freiheit dann auch konsequent anwenden und tatsächlich Grenzen für Meinungsfreiheit aufzeigen.

Vorhin ist hier noch die Leugnung der Erderhitzung aufgekommen. Ja, Wissenschaft ist keine Frage von Meinung, sondern zunächst eine von Erkenntnis. Ja, Sie können die Erderhitzung leugnen. Auch das ist im Rahmen der Meinungsfreiheit möglich. Sie können genauso die Erdanziehungskraft leugnen. Das steht Ihnen auch frei. Aber dann sind Sie halt ein Idiot. So einfach ist es.

(Zustimmung von Wolfgang Aldag, GRÜNE, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Das hat etwas mit wissenschaftlicher Erkenntnis zu tun und nicht mit Meinungsfreiheit.

Der Meinungstotalitarismus, wie ihn die AfD-Fraktion gern hätte, ist ein Faschismusmerkmal. Ich glaube, wir tun alle gut daran, jeglichem Schritt in Richtung Faschismus von vornherein den Weg abzuschneiden. Deswegen tun wir gut daran, die AfD zu stoppen, ihr Widerstand entgegenzubringen

(Zurufe von der AfD)

und sehr deutlich zu machen: Sie mögen Ihre Meinung haben, aber in unserer demokratischen, in unserer weltoffenen Gesellschaft ist dafür kein Platz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Striegel. Es gibt zwei Wortmeldungen, von Herrn Dr. Tillschneider und Herrn Siegmund. - Bitte, Herr Dr. Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Striegel, Sie haben am Beginn Ihrer Rede erklärt, Sie wollen mit Rassisten aus Ihrer Sicht, also auch AfD-Mitgliedern, überhaupt keine Verträge schließen. Jetzt würde ich Sie gerne fragen - wobei es eine rhetorische Frage ist -, ob die Gleichbehandlungsgrundsätze und das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auch für AfD-Mitglieder gelten oder nicht.

Ich entnehme Ihrer drastischen Äußerung am Anfang Ihrer Rede, dass es für AfD-Mitglieder nicht gilt, und damit offenbaren Sie Ihre geistige Grund-

lage. Das ist nämlich Ihre geistige Grundlage. Die Quintessenz Ihrer Rede ist die Maxime aus George Orwells Roman „Animal Farm“ - alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, Sie können, müssen aber nicht darauf erwidern.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ich will ganz kurz darauf antworten, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Ihre Prämisse ist falsch. Die Gesetze gelten für alle in diesem Land. Und sie schützen natürlich auch AfD-Mitglieder. Aber ich bin froh, in einem Land zu leben, in dem mich der Staat nicht zwingt, Verträge mit Rassisten abzuschließen.

(Zuruf von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Es gibt eine weitere Wortmeldung vom Herrn Abg. Siegmund. - Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank. - Herr Striegel, Sie haben gerade auf die Umfrageergebnisse angespielt. Da stelle ich mir die Frage: 2016 haben Sie ein Wahlergebnis von ungefähr 5 % bekommen. Was sagen Sie denn dazu, dass 95 % der Menschen hier bei uns Ihren Schwachsinn ablehnen?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Striegel, auch darauf können Sie, müssen aber nicht darauf antworten.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das ist tatsächlich einfach nur eine dumme Aussage von Ihnen, Herr Siegmund,

(Lachen bei der AfD - Zurufe von der AfD: Das ist die Wahrheit!)

weil Sie damit fälschlicherweise darauf verweisen, dass damit eine Ablehnung der gesamten Position der GRÜNEN verbunden wäre. Die Menschen haben sich einfach für andere Parteien im Landtag entschieden.

(Zurufe von der AfD)

Ich kann nur sagen, wir GRÜNE sehen uns in den aktuellen Entwicklungen zum Beispiel mit Blick darauf bestätigt, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht nur feststellt, dass es die Klimakrise, die Erderhitzung gibt, sondern auch meint, dass wirksam etwas dagegen getan werden muss. Wir sehen das an unseren Umfrageergebnissen, wir sehen das an den Wahlergebnissen. Diese 22 % zum Beispiel bei einer Europawahl und diese aktuell rund 20 % bei Wahlumfragen werden wir auch bei den nächsten Wahlen zu realisieren versuchen. Und ich kann Ihnen versprechen, wir werden weiter daran arbeiten, dass wir als GRÜNE mit unseren Themen versuchen, etwas zu tun für eine bessere Bundesrepublik, die besser auch gegen die Klimakrise vorgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Höse, AfD: Dann können wir wieder bei null anfangen, Herr Striegel!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Striegel. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. - Der nächste und letzte Debatte-Redner in der Aktuellen Debatte ist der Abg. Herr Kurze für die CDU-Fraktion. Sie haben jetzt das Wort.

Markus Kurze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich hier nicht in die parteipolitische Keilerei einmischen. Ich will den Standpunkt für uns als Union deutlich machen, wie wir zu dem Thema „Gefährdung der Meinungsfreiheit in Sachsen-Anhalt“ stehen.

Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Art, wie ein Staat organisiert und regiert wird. Das Wort kommt aus dem Griechischen und heißt Herrschaft des Volkes.

Zu den Grundprinzipien der Demokratie gehört die freie Meinungsäußerung. Demokratie lebt vom Austausch unterschiedlicher Positionen, aber mit einer vernünftigen Streit- und Debattenkultur. Demokratie ist oftmals schwer. Das konnten wir heute und gestern wieder hier im Parlament erleben. Andere Meinungen müssen aber ausgehalten werden.

Das habe ich bereits in der letzten Landtagssitzung in einem Debattenbeitrag im Oktober gesagt: Der politische Meinungskampf überschreitet leider immer häufiger rechtsstaatliche Grenzen.

Meine Empfehlung damals wie heute ist, verbal abzurufen und sich darauf zu konzentrieren, wofür wir in den Landtag gewählt wurden, nämlich dafür, dass wir für unsere Bürgerinnen und Bür-

ger die Dinge erledigen und in die Anliegen umsetzen, für die sie uns gewählt haben, die sie uns mit auf den Weg gegeben haben.

(Beifall bei der CDU)

Nun gibt es eine Verrohung der Sprache, das Klima ist rauer geworden, aus normaler Debattenkultur wird diskriminierende und brutale Sprache. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann nicht das sein, was wir uns wünschen. Denn wir wollen uns miteinander austauschen. Mittlerweile endet das so: Wenn man dem anderen nicht mehr zuhört, wenn man seine Meinung nicht mehr akzeptiert, gibt es Anschläge auf Politikerbüros, Morddrohungen, Beleidigungen oder sogar blanken Hass, der dem Andersdenkenden und denen, die eine andere Meinung vertreten, entgegen gebracht wird. Wir haben es hier im Parlament selbst erlebt.

Worte wie „Kameltreiber“

(André Poggenburg, fraktionslos: Kameltreiber?)

oder Formulierungen wie „Wucherung am deutschen Volkskörper“ oder „danke, Antifa“ haben nicht unbedingt in dieses Parlament gepasst. Die Dinge wurden hier entsprechend kritisiert und ausgewertet.

Aber auch in anderen Parlamenten ist die Sprache rauer geworden. Wenn einige Politiker sagen: „Jetzt gibt es auf die Fressel!“, oder diejenigen, die nicht unbedingt für die Windkraft sind, als „Anti-Windkraft-Taliban“ bezeichnen, dann ist das nicht das, was zu einer freien Meinungsäußerung gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Respektlosigkeit, die in Deutschland um sich greift, ist nicht mehr normal. Denn es kann nicht sein, dass die Angriffe auf Polizisten immer brutaler werden und mittlerweile sogar Rettungskräfte angegriffen werden.

(Tobias Rausch, AfD: Aber von wem geht das denn aus?)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat es so in Deutschland eigentlich noch nie gegeben; das ist mittlerweile Realität. Dagegen müssen wir ankämpfen, auch mit Sprache und mit Zuhören.

(Zustimmung bei der CDU - Tobias Rausch, AfD: Ja! Aber wer ist das, der das macht?)

Nehmen wir einmal das Beispiel Weihnachten; denn allzu lange dauert es bis dahin nicht mehr. Es kann doch nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es in unserem Land Leute gibt, die sagen: Weihnachten heißt jetzt

nicht mehr Weihnachten, das ist jetzt die Jahresendfeier.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Diejenigen, die sich auf Weihnachten mit dem Christkind freuen, werden dann in eine Ecke gestellt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir nicht zulassen. Weihnachten gehört zu Deutschland und es gehört zu unserer Demokratie.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Toleranz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße. Das müssen wir alle immer wieder verinnerlichen - auch Sie von der AfD oder andere Kollegen, die manchmal sehr emotional etwas herausbrausen. Das müssen wir verinnerlichen, vorleben und nach außen tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes hat nun einmal jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Meinungsfreiheit hat natürlich auch ihre Grenzen - das hat mein Vordröner auch schon angerissen -, so zum Beispiel beim Jugendschutz oder wenn es in Richtung Verleumdung geht. All das basiert auf Artikel 1 des Grundgesetzes: Die Menschenwürde ist unantastbar. Das gilt für alle Menschen und nicht nur für die Menschen, die man selbst meint, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Bürgerinnen und Bürger mit abweichenden Meinungen von dem gesellschaftlichen Zusammenleben auszuschließen, sie zu stigmatisieren, halten wir weder für zielführend noch für richtig.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sind auch die bereits angesprochenen Störungen der öffentlichen Auftritte an Universitäten von ehemaligen oder noch aktiven Politikern inakzeptabel.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, und von Jan Wenzel Schmidt, AfD)

Bei dem letzten Redner wurde bereits auf einen Kommentar in einer großen Tageszeitung abgehoben, in dem der Chefredakteur über die Vermietung seiner Räumlichkeiten geschrieben hat. Mein sehr geehrter Herr Striegel, wir leben nun einmal in einer Demokratie. Sie haben das völlig umgedreht: Sie haben gesagt, Sie sind froh, dass Sie nicht an diejenigen vermieten müssen, die nicht in Ihr Bild passen.

Ich denke, dass der Kommentator Alois Kösters recht hat, wenn er sagt: Auch wenn es dem einen

oder anderen nicht passt - sofern sich diejenigen, die die Räume mieten, im Rahmen unserer Gesetze bewegen, ist es das gute Recht des Unternehmers, auch an diejenigen zu vermieten. Ob das Veganer sind, bekennende Fleischesser, Leute aus der linken Szene oder Leute, die ein Journal mit Inhalten herausgeben, die anderen wiederum nicht passen, hat uns nicht zu interessieren. Solange diejenigen sich an Recht und Gesetz halten, ist das das gute Recht des Unternehmers.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Ja, so ist es! - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Jawohl!)

Keiner hat das Recht, ihm von außen Druck zu machen oder bestimmte Dinge anzudrohen, um ihn in seiner Entscheidung zu beeinflussen. Das geht nicht. Wo wollen wir damit anfangen? - Heute sind es, wie gesagt, die Veganer, morgen die bekennenden Fleischesser, und übermorgen sind es diejenigen, die gern mal ein Stück Schokolade essen. Das geht nicht!

(Ulrich Thomas, CDU: Richtig!)

Auf die Umfragen, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich nicht noch einmal eingehen. Jeder Einzelne ist auf diejenige Umfrage eingegangen, von der er meinte, es ist diejenige, die für ihn am besten passt. Deshalb lasse ich das jetzt weg. Es ist aber alarmierend, dass es Umfragen gibt, in denen zwei Drittel der Befragten äußern: Bei bestimmten Themen trauen wir uns nicht mehr ganz, uns zu äußern, oder sind vorsichtig. - Das geht nicht.

Meinungsfreiheit ist das höchste Gut, das eine Demokratie mit sich bringt, und das müssen wir bewahren. Dafür müssen wir alle sorgen - von der einen Seite bis hin zu der anderen Seite und natürlich auch diejenigen mittendrin.

(Beifall bei der CDU - Mario Lehmann, AfD: Nach 16 Jahren Merkel geht das!)

Es spricht absolut nichts dagegen, bei sensiblen Themen seine Worte mit Bedacht zu wählen, Herr Lehmann. Wer sich öffentlich äußert, der setzt seine Aussagen in der Öffentlichkeit und in den sozialen Netzwerken unweigerlich einer Prüfung aus. Schwere Beleidigungen, Bedrohungen, Hass und Hetze im Netz müssen daher auch aus unserer Sicht strenger verfolgt werden. Dafür hat die Bundesregierung bereits Grundlagen geschaffen. Das Internet, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf kein rechtsfreier Raum sein.

Aber auch für Demonstrationen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gelten Regeln, an die sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer halten müssen.

(Beifall bei der AfD - Zustimmung von André Poggenburg, fraktionslos)

Es sei an den Mai dieses Jahres erinnert, als einige unserer Kollegen erlebt haben, dass eine Demonstration rings um diesen Landtag stattfand und wie am Ende mit an der Straße stehenden oder Kaffee trinkenden Politikern umgegangen wurde.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, war nicht die feine englische Art. Wenn man das anspricht, dann bekommt man einen guten Tweet von demjenigen, der das wiederum toll fand, und zig Reaktionen im Netz. Aber das kann man aushalten. Das halten wir auch aus. Denn was stört es die deutsche Eiche, wenn sich manchmal so ein Borstenvieh an ihr reibt?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von der AfD: Die deutsche Eiche!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle sind gut beraten, jeweils auf uns selbst zu schauen und an uns selbst zu arbeiten. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, lenkt in der Regel zwar ab, hilft uns aber nicht wirklich weiter. Eine überzogene Political Correctness und die Tabuisierung von Themen treiben die Menschen in die falschen Richtungen. Sie treiben die Menschen nämlich an die Ränder unserer Gesellschaft. Das kann nicht unser Ziel sein.

Ich möchte meine Rede mit dem Zitat des georgischen Politikers Eduard Schewardnadse - er war auch russischer Außenminister - beenden. Er hat gesagt: Die größte Errungenschaft der Menschheit - freie Meinungsäußerung - war stets sowohl Quelle als auch Antrieb des Fortschritts.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und bei der AfD)

Das ist eigentlich ein gutes Schlusswort. Wenn wir das verinnerlichen, dann ist mir um Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren, und um Sachsen-Anhalt nicht bange. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Kurze. Es gibt eine Wortmeldung. - Aber zuvor möchte ich nicht ver säumen - auch wenn sie die Tribüne inzwischen verlassen haben - zu erwähnen: Es waren Schülerinnen und Schüler der Schule an der Lindenallee in Gräfenhainichen zu Gast.

(Beifall im ganzen Hause - Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir lassen die Grüße hinterherschicken!)

- Wir lassen die Grüße hinterherschicken. Ich denke, der Fraktionsvorsitzende Herr Borgwardt hat die Grüße mitgenommen.

Herr Striegel, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Kollege Kurze, nur eine ganz kleine Korrektur. Ich habe mich nicht dafür ausgesprochen, solche Räume nicht zu vermieten, sondern dafür, dass die Freiheit gewahrt bleibt, Verträge zu schließen. Zu der Freiheit, Verträge zu schließen, gehört in einem Land, in dem Meinungsfreiheit herrscht, eben auch, dass das Schließen von Verträgen zwischen Vertragspartnern Gegenstand öffentlicher Debatte werden kann. Auch das ist Meinungsfreiheit. Insofern finde ich es legitim, dass Menschen gegen einen solchen Vertragsabschluss protestieren.

Aber meine Frage ist eine andere. Da es hinsichtlich des Kommentars von Herrn Kösters eine entsprechende Meinungsäußerung von Ihnen gab, will ich fragen: Wie bewerten Sie es denn, dass im Bauhaus eine Band unter Verweis auf ihre „von der Meinungsfreiheit gedeckten“ Liedbeiträge nicht spielen durfte?

(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Was? Das ist Vertragsfreiheit! Die wollten halt nicht mit denen! Das ist doch absurd! - Lydia Funke, AfD: Sie haben es doch selbst gesagt! - Zurufe von der AfD: Vertragsfreiheit! - Weitere Zurufe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Kurze.

Markus Kurze (CDU):

Herr Striegel, zunächst zu Ihrer ersten Einlassung. Natürlich ist es so, wie Sie sagen; aber es muss natürlich immer gewaltfrei bleiben. Das kann man noch hinzufügen.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das war es ja am Samstag.

Markus Kurze (CDU):

Aber wie gesagt: Druck, der erzeugt wird, sollte letztlich verbal bleiben. Das steht jedem zu. Das muss man eben aushalten.

In die Vertragsgestaltung des Bauhauses haben sich bereits so viele eingemischt; das will ich an dieser Stelle nicht tun. Ich habe einen anderen Musikgeschmack, daher ist das jetzt nicht unbedingt mein Thema, zu dem ich mich hier am Ende - -

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Genau, das ist ja nicht schlecht; den dürfen Sie haben.

Markus Kurze (CDU):

Menschenskinder, fahren Sie doch einmal ein bisschen herunter und lassen Sie mich ausreden!

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Ich möchte nicht wie andere sagen: Hören Sie auf zu quaken! - Das will man doch hier vorn nicht sagen. Aber es ist doch so: Man muss den anderen erst einmal ausreden lassen. Das hat etwas mit Anstand und mit Respekt zu tun.

(Zuruf von der AfD: Hat er nicht!)

Deshalb sollten Sie zumindest auch etwas herunterfahren. Ich bin manchmal auch emotional, also von daher: kein Thema. - Ich habe eben meine Meinung dargestellt und bei dieser werde ich auch bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, von Jan Wenzel Schmidt, AfD, und von André Poggenburg, fraktionslos)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kurze. - Wir sind damit am Ende der Aktuellen Debatte angelangt. Nach § 46 Abs. 6 GO.LT werden hierzu keine Beschlüsse gefasst.

Da mehrere Abgeordnete an mich herangetreten sind und gefragt haben, ob es eine Mittagspause geben wird, stelle ich diese Frage in den Raum. Um 13 Uhr findet auch eine Veranstaltung des Landesfrauenrates statt. Insofern darf man sich nicht wundern - das ist auch die Meinung der jeweiligen Abgeordneten -, dass der eine oder andere Abgeordnete fehlt. - Ich sehe keine Zustimmung dafür, eine Mittagspause anzuberaumen. Deswegen werden wir jetzt in der Tagesordnung fortfahren.

Ich kündige an, dass ein Abgeordneter von seinem Recht laut § 68 der Geschäftsordnung Gebrauch machen möchte und eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgeben möchte. Die Worterteilung wird mein Kollege Vizepräsident übernehmen müssen; denn der Abgeordnete ist im Moment nicht im Plenarsaal und wir nehmen im Präsidium jetzt einen Wechsel vor.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 30

Erste Beratung

Modernen Arbeitsschutz gewährleisten, psychische Erkrankungen stärker in den Fokus nehmen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5243**

Einbringer ist der Abg. Herr Höppner. Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz sind ein wichtiges Gut, einerseits natürlich für die Beschäftigten selbst und andererseits für unsere Unternehmen. Jeder Arbeitsunfall ist einer zu viel,

(Beifall bei der LINKEN)

ebenso jeder Gesundheitsschaden, der durch einen mangelhaften Arbeits- und Gesundheitsschutz hervorgerufen wurde. Um die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten sicherstellen zu können, bedarf es eines klugen und verantwortungsvollen Handelns. Dabei geht es nicht nur um die moralische Pflicht, sondern auch um die Erfüllung rechtlicher Vorgaben.

Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen führen auch zu Prozessstörungen, Lieferverzögerungen, Sachbeschädigungen, Kundenverlusten und vielem, vielem mehr. Dabei geht es primär aber immer um die gefährdete Person selbst. Nicht zu vergessen sind aber auch die Familien, die Angehörigen, die bei schweren Arbeitsunfällen ebenfalls zu den Betroffenen zu zählen sind.

Es bedarf daher im Grunde nicht der Erwähnung: Der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Menschen darf in einer aufgeklärten Welt des Humanismus nicht dem Kommerz bzw. dem staatlichen Rotstift geopfert werden.

Leider aber zeichnen die Zahlen und das persönliche Erleben von Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ein anderes Bild. Denn sie zeigen relativ deutlich, wie es um den Arbeits- und den Gesundheitsschutz in Sachsen-Anhalt bestellt ist. Viele Unternehmen halten sich an die rechtlichen Vorgaben und tun sogar mehr für den Schutz und die Gesundheit ihrer Beschäftigten. Aber leider gibt es sehr viele Unternehmen, für die der Arbeits- und der Gesundheitsschutz ein Fremdwort ist.

Zum Beispiel hat etwa die Hälfte aller Unternehmen noch nicht einmal eine ordnungsgemäße

Gefährdungsbeurteilung durchgeführt. Dementsprechend können sie letztlich auch nicht die geforderten Schutzmaßnahmen festlegen, geschweige denn umsetzen. Das ist nicht nur ein Gesetzesverstoß, sondern das gefährdet massiv die Sicherheit und die Gesundheit von Menschen.

Zuständig für die Kontrolle und die Durchsetzung ist eigentlich der Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz. Dem steht aber aufgrund eines massiven Personalabbaus das Wasser nicht nur bis zum Hals, sondern schon wesentlich darüber.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Situation verschlechtert sich leider von Jahr zu Jahr. Hierzu nenne ich ein paar Zahlen, um das zu veranschaulichen. Im Jahr 2007 wurden noch rund 19 000 Dienstgeschäfte, also Kontrollen und Ähnliches, durchgeführt. Im Jahr 2017 waren es nur noch rund 6 400. Diese dramatische Abnahme ist leider die logische Konsequenz einer radikalen Personalkürzung um fast die Hälfte. Im Jahr 2007 gab es noch 213 Beschäftigte und per 1. März 2018 nur noch 128 Beschäftigte. Aktuell sind es wohl nur noch 86 Beschäftigte. Außerdem wurden im Jahr 2008 noch rund 1 500 Bußgelder und 600 Verwarnungen ausgesprochen. Im Jahr 2017 waren es dann nur noch 256 Bußgelder und 225 Verwarnungen.

Letzteres liegt übrigens nicht daran, dass die Unternehmen besser geworden sind. Dagegen sprechen leider insbesondere die Unfallzahlen und - wie ich schon erwähnte - die mangelhafte Akzeptanz von Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Viele Unternehmen haben einen erheblichen Beratungs- bzw. Unterstützungsbedarf, dem der Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz aufgrund der eklatanten Personalkürzungen nur sehr schwer nachkommen kann. Auch die Kontrollfunktionen mussten aufgrund des Personalschwunds in den letzten Jahren, wie wir anhand der Zahlen erkennen konnten, immer weiter eingeschränkt werden. Schon heute wird ein Unternehmen in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt nur einmal in rund 19 Jahre kontrolliert.

Das systematische Kürzen beim Personal betrifft übrigens das gesamte Landesamt für Verbraucherschutz. Ein weiteres Problem, das mit dem drastischen Personalabbau zu tun hat, ist, dass sich die Aufgaben des Fachbereiches Arbeitsschutz natürlich nicht verringert, sondern im Gegenteil sogar massiv erhöht haben. Der Bereich ist für die Kontrolle der Einhaltung von mehr als 60 Gesetzen und Verordnungen zuständig. In vielerlei Hinsicht haben diese ihren Ursprung im Bundes- und im Europarecht. Das heißt, Sach-

sen-Anhalt kann diese auch nicht einfach negieren.

Zusätzlich zum Arbeitsschutz nimmt die Aufsicht Aufgaben in den Bereichen Umweltschutz, Immissionsschutz oder Marktüberwachung wahr. Bereiche, die zu den klassischen Arbeitsschutzthemen hinzugekommen sind, sind beispielsweise Fragen der psychischen Arbeitsbelastung, der Automatisierung und der Robotik oder der Nanopartikel. Die Aufsicht ist zuständig für Fragen des Strahlenschutzes, für Gefahren durch Schadstoffe, für Brandschutz, für Verbraucherschutzfragen, für Medizinprodukte und vieles Weitere mehr.

Bei der Überprüfung von Betrieben ist seit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes nicht mehr nur eine Sichtung der Arbeitsbedingungen nötig, sondern auch eine Prüfung, bei der die organisationalen Gegebenheiten im Betrieb betrachtet werden.

Die Flexibilisierung und die Globalisierung haben außerdem schwierig zu prüfende Strukturen mit sich gebracht bzw. geschaffen. Als Beispiele seien hierzu genannt das Outsourcing von Betriebs- und Unternehmenseinheiten, die Leiharbeit oder auch die Auftragsvergabe an Subunternehmer. Die Digitalisierung bringt gerade weitere Änderungen mit sich, die die Aufsichtsbehörden abdecken müssen.

Diese Aufgabenfülle führt noch zu einem zweiten Effekt. Die drastische Reduktion der Außeneinsätze und der Vor-Ort-Kontrollen hat ihren Grund nicht nur in der rückläufigen Zahl der Kontrolleure. Hinzu kommt, dass die verbleibenden Mitarbeiter immer weniger Zeit haben, weil sie eben auch mit gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungsaufgaben, Gutachten oder Genehmigungsverfahren befasst sind.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei den wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Bereich Arbeitsschutz verblieben sind.

(Zustimmung bei der LINKEN, von Andreas Steppuhn, SPD, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Sie müssen unter wirklich schwierigen Bedingungen diese Aufgabenfülle bewältigen. Das ist eine Mammutaufgabe und führt letztendlich auch dazu, dass der Druck bei ihnen stetig steigt und somit die Gesundheit der Beschäftigten in den Landesämtern selbst in Gefahr gebracht wird.

Zu dem Aufgabenbereich der Gewerbeaufsicht gehört ebenso der psychische Arbeitsschutz. Auch die betriebliche Gesundheitsförderung soll gestärkt werden, um zum Beispiel neuen Herausforderungen wie psychischer Belastung am Arbeitsplatz in einer sich stetig verändernden Arbeitswelt besser begegnen zu können.

Das ist nicht unbedingt neu, sondern wurde bereits in der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie, GDA, im Jahr 2013 festgelegt. Die GDA ist eine Initiative von Bund, Ländern und der gesetzlichen Unfallversicherung. Diese einigten sich gemeinsam auf Ziele hinsichtlich der Förderung des Arbeitsschutzes.

Wie diese Dinge in Zukunft umgesetzt werden sollen, ist aufgrund der Faktenlage bzw. der Zahlen, die wir gerade gehört haben, für uns nicht ersichtlich. Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass dieses Thema überhaupt ordentlich und effektiv bearbeitet werden kann. Dazu braucht es ausreichend viel und gut geschultes Personal sowie gute Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Landesämtern. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Olaf Meister, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Höppner für die Einbringung des Antrages. - In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Zunächst spricht für die Landesregierung Ministerin Frau Grimm-Benne. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Herr Vizepräsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Guter Lohn und gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen stellen eigentlich eine Selbstverständlichkeit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in Sachsen-Anhalt dar. Zu guten Arbeitsbedingungen zählen selbstverständlich auch der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und die Gesunderhaltung der Beschäftigten. Jede betriebliche Investition in gesundheitsfördernde Präventions- und Arbeitsschutzmaßnahmen steigert nachweislich die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit. Laut Expertenmeinungen steigert jeder dafür investierte Euro die Ertragskraft der Unternehmen um 3 €.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, dass auch für Unternehmen in Sachsen-Anhalt die Bemühungen aller Beteiligten zur Reduzierung der betrieblichen Gefährdungen durchaus auf einem guten Weg sind. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle von 35 139 auf 27 345 verringert.

Gleichwohl ist mir bewusst, dass die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage laut Statistiken der Krankenkassen auf einem hohen Niveau liegt. Laut AOK-Bundesverband waren es im Jahr 2018 durchschnittlich 19,9 Tage.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel, auch in Sachsen-Anhalt. Sie alle kennen die Stichworte: Digitalisierung der Arbeitswelt, demografiebedingter Fachkräftebedarf, Einführung neuer Technologien oder Arbeit 4.0. Da die Beachtung der Arbeitsschutzbestimmungen eine unternehmerische Pflicht darstellt, stehen in erster Linie die Unternehmen in der Verantwortung, veränderte Arbeitsbedingungen sicher und gesund zu gestalten.

Hierbei werden die Unternehmen durch die Akteure des staatlichen Arbeitsschutzes und der Unfallversicherungsträger beraten und beaufsichtigt. Auch die Arbeitsschutzaufsicht setzt sich mit den neuen Herausforderungen auseinander.

Dies findet zum einen auf der Ebene der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie statt. Zum anderen sind die betrieblichen Lebenswelten auch Bestandteil der nationalen Präventionsstrategie. Hierbei wirken alle Sozialversicherungsträger unter der Federführung der gesetzlichen Krankenversicherung gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen an der Verbesserung der Gesundheitsförderung und der Prävention zusammen.

Darüber hinaus wird derzeit auf der bundespolitischen Ebene über die Implementierung moderner Aufsichtsstrategien bei der staatlichen Arbeitsschutzaufsicht diskutiert. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz wird sich in der nächsten Woche mit einer Fortentwicklung des deutschen Arbeitsschutzrechtes befassen.

Für mein Haus darf ich sagen, dass das Landesamt für Verbraucherschutz bereits damit begonnen hat, sein Fachkonzept zur Arbeitsschutzaufsicht unter Berücksichtigung der zukünftigen Herausforderungen fortzuschreiben. Die Berücksichtigung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz ist bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber eine gesetzliche Pflicht.

Um die Unternehmen bei der Umsetzung dieser Verpflichtung weiter zu unterstützen, hatte der Bundesrat im Mai 2013 der Bundesregierung den Entwurf einer Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastung bei der Arbeit zugeleitet. Dies wurde von der Bundesregierung leider nicht aufgenommen.

Stattdessen wurde bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin ein Forschungsprojekt zur psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt initiiert. Es wurde im Mai 2017 mit der Vorstellung des Abschlussberichtes beendet. Seitdem stehen kostenfrei umfangreiche Materialien zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen für alle Akteure zur Verfügung. Ich gebe aber zu, diese sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Vielleicht müssten wir eine Strategie entwickeln, um zu erreichen, dass die Unternehmen das auch tatsächlich tun.

Ich habe nur drei Minuten Redezeit. - Ich möchte deshalb nur noch Folgendes sagen. Sie haben in Ihrem Antrag die Zahl der Beschäftigten des gesamten Landesamtes für Verbraucherschutz und deren Reduzierung betrachtet. Ich kann jedenfalls mitteilen, dass wir zum Zeitpunkt 1. März 2018 im Arbeitsschutz 128 aktive und passive Beschäftigte ausgewiesen haben.

Man kann sagen, das ist noch nicht genügend. Aber wir haben uns immer bemüht - ich denke, auch mehr als in anderen Ländern -, die Bereiche Lebensmittelkontrolle, Arbeitsschutz und Gewerbeschutz immer so aufrechtzuerhalten, dass zumindest die wichtigsten Kontrollen nach wie vor durchgeführt werden können. Mehr geht immer. Das Personal ist in diesem Bereich ohnehin immer knapp. Ich hoffe, dass wir damit unserer Verantwortung in diesem Bereich gerecht werden. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Herr Höppner hat sich zu Wort gemeldet. - Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Ihre Feststellung ist richtig, dass wir die Zahlen für das gesamte Landesamt genannt haben. Das beschreibt aber letztendlich auch den drastischen Rückgang beim Personal. Der Fachbereich Arbeitsschutz ist massiv davon betroffen. Es freut mich, dass Sie die Begründung auch gelesen haben.

Ich habe noch eine konkrete Frage. Halten Sie den jetzigen Personalbestand wirklich für ausreichend oder passiert in dem Bereich vielleicht noch etwas? Wird dort, zum Beispiel im nächsten Haushaltsplan, mehr Personal eingeplant?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir waren bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 2020 und 2021 als Landesregierung gehalten, den Personalbestand von 2019 fortzuschreiben. Ich denke, angesichts der zusätzlichen Aufgaben, die wir vom Bund bekommen, werden wir im Parlament auf jeden Fall noch eine Diskussion dazu haben, ob wir genügend Personal für bestimmte wichtige Aufgaben haben. Darauf habe ich gerade nach den letzten Skandalen in der Lebensmittelindustrie noch einmal aufmerksam

gemacht. Dem können wir nur begegnen, wenn wir wirklich genug Lebensmittelkontrolleure an Bord haben. Dazu wird es auf jeden Fall noch eine politische Diskussion geben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Ich danke Ihnen, Frau Ministerin Grimm-Benne, für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abg. Herr Schröder. Herr Schröder, Sie haben das Wort.

André Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle tragen das verfügbare Wissen der Welt in unseren Taschen. Wir haben Smartphones und Tablet-PCs in unseren Händen. Manchmal hat man das Gefühl, die Dinger haben auch uns ein wenig in der Hand.

Ich führe deswegen so ein, weil die Digitalisierung der Abläufe natürlich auch etwas mit uns und mit der Art, wie wir zusammenarbeiten, zu tun hat. Das ist nicht nur im Parlament, sondern natürlich auch in den Dienstleistungsbereichen, in der Verwaltung und in der Wirtschaft so. Mit der Digitalisierung der Arbeitsprozesse verkomplizieren sich die Informationsketten.

Vor allen Dingen beschleunigen sich die Abläufe. Was vielleicht in der Vergangenheit noch möglich war, nämlich dass man eine wichtige Information für einen Kollegen, den Chef oder den Arbeitgeber am nächsten Tag übergab, geht nicht mehr. Viele Entscheidungen müssen schnell getroffen werden. Es kann auch stärker überprüft werden, wann man welche Information wie weitergeben oder empfangen hat.

All das führt vor allen Dingen im Zusammenhang mit einer längeren Lebensarbeitszeit natürlich zu neuen Anforderungen an einen modernen Arbeitsschutz. Deswegen teilt die CDU-Landtagsfraktion die Ansicht, dass es sich bei diesem Anliegen um ein wichtiges Thema handelt. Insofern hat die Antragstellerin, die Fraktion DIE LINKE, das unter Punkt 5 sehr schön formuliert: Arbeit befindet sich in einem stetigen Wandel; der Arbeitsschutz muss dem folgen. Das sieht die CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich auch so.

Natürlich sind, wie es die Ministerin schon ausgeführt hat, gute Arbeitsbedingungen und ein guter Arbeitsschutz immer auch ein Wettbewerbsvorteil für die Unternehmen. Sie spielen eine wichtige Rolle, wenn es um die Gewinnung von Fachkräften geht. Natürlich trägt ein moderner Arbeitsschutz immer auch dazu bei, Unfälle zu vermeiden. Auch das ist alles richtigerweise schon gesagt worden. Das effizient zu organisieren, ist wichtig.

Ich möchte noch die Feststellung treffen, dass sich der Arbeitsschutz in Sachsen-Anhalt gut entwickelt hat. Die Anzahl der Betriebskontrollen mag rückläufig gewesen sein. Trotzdem hat sich der Arbeitsschutz gut entwickelt. Es ist auch nicht jede psychische Belastungssituation in ihrer Auswirkung so schwerwiegend, dass die Politik unmittelbar darauf reagieren muss.

Ich glaube, wichtige Fragen, die hierbei eine Rolle spielen, sind die Fortentwicklung des Fachkonzeptes und die Personalbedarfe im Bereich des Arbeitsschutzes. Damit sollten wir uns im Ausschuss intensiver beschäftigen. Deswegen plädiert meine Fraktion dafür, den Antrag in den Sozialausschuss zu überweisen. Dort können wir dann die Diskussion vertiefend fortsetzen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Ulrich Thomas, CDU, und von Minister Marco Tullner)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Schröder für den Redebeitrag. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Siegmund. Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kollegen! Heute geht es um psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz. Unser Arbeitsumfeld wandelt sich; das wissen wir alle. Neue Herausforderungen kommen auf uns zu. Schnellebigkeit, Digitalisierung - es wurde erwähnt - stellen uns alle vor neue Herausforderungen.

Um es vorwegzusagen: Diese Entwicklung sehen wir, genau wie Sie es tun, vollkommen kritisch und plädieren daher für den größtmöglichen Schutz von Arbeitnehmern, damit die Arbeit sich gar nicht erst als Quelle für etwaige Krankheiten - egal ob psychische oder physische - entwickeln kann. Dieser Anspruch, so denke ich, eint uns im Parlament.

Die Art und Weise jedoch, wie Sie, liebe LINKE, dieses Problem angehen, ist typisch für Ihre weltfremde Politik. Deswegen möchte ich mir erst einmal die Ursachen des Problems genauer anschauen. Denn, liebe LINKE, Sie sind es doch selbst, die Arbeitgeber immer weiter drangsalieren und immer mehr Menschen auch aus dem Wertschöpfungsprozess herausziehen. Sie wollen doch gar nicht mehr, dass sich Arbeit lohnt.

Sie fordern eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mehr als 1 000 €. Wer soll das bezahlen? Und was ist mit den Menschen, die aktiv sagen, sie hätten keine Lust zu arbeiten, und diese Kohle

einfach mitnehmen? Das alles wollen Sie tolerieren. Dann auch noch offene Grenzen - das heißt, dass jeder Mensch dieser Welt darauf Anspruch hat.

Sie erschaffen immer neue abstruse Berufe, wie Integrationslotsen, Freizeitmanager, Gleichstellungsbeauftragte usw. Diese müssen über Steuern finanziert werden.

Sie tolerieren und fördern die Datenschutzkrake aus Brüssel, die in jeden einzelnen Bereich der Wirtschaft vordringt und immer mehr Unternehmen die Luft zum Atmen nimmt.

Die Last zum Finanzieren all Ihrer Träume - das ist das Entscheidende - lastet auf immer weniger Schultern, die das erwirtschaften müssen.

Lassen Sie, liebe Kollegen, Firmen die Luft zum Atmen; denn dann können diese auch selbstständig individuelle Maßnahmen zum Schutz ihrer Mitarbeiter ergreifen. Dieses Interesse - ich denke, das wird deutlich, wenn man mit einem Unternehmer in Sachsen-Anhalt spricht - eint mittlerweile alle Unternehmer aufgrund des Fachkräftemangels.

Ich schaue mir nun Ihre vermeintliche Lösung an. Die Kernforderung Ihres Antrages ist vor allem die strengere Prüfung durch Arbeitsschutzbehörden und eine auf Bundesebene zu initiiierende Antistressverordnung. Liebe Kollegen, das geht völlig am Ziel vorbei; das wurde in der damaligen Debatte im Bundestag zu dem Thema deutlich; das wurde alles schon einmal beraten.

Die Verordnung würde nichts an der Realität ändern, außer dass sie Arbeitgeber weiter gängelt. Alle zwingenden Mitbestimmungsrechte sind bereits im Gesundheitsschutz, beispielsweise im Arbeitsschutzgesetz und in anderen Bereichen, vollumfänglich geregelt. Außerdem enthält die Verordnung eine Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe, also schwammiger Rechtsbegriffe. Sie führt dazu, dass Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Betriebsräte im Glauben schwelgen, das Problem über diese Verordnung zu lösen; aber die eigentlichen Grundursachen werden damit gar nicht angegangen.

Wie es Fachanwalt Tobias N. - übrigens ein Fachanwalt genau für dieses Thema, nämlich für Arbeitsrecht -, der eigentlich hinter den Betroffenen steht, ganz richtig ausführte, ist die geforderte Antistressverordnung daher nichts mehr als eine Klientelpolitik, unnötiger Verwaltungsaufwand, ein Kostenblock für Arbeitgeber und ein Feigenblatt für bestehende betriebliche Umsetzungsdefizite.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Echte Maßnahmen, wie individuelle Betriebsvereinbarungen, spezifische Tarifverträge und vor allem - das ist in meinen Augen das Entscheidende - eine

Prüfung im Individualfall durch das Unternehmen selbst, also eine Stärkung der Arbeitgeber, stellen nach unserer Ansicht langfristige Lösungen dafür dar, dass kein Mitarbeiter aufgrund seines Jobs eine Erkrankung jeglicher Art davontragen muss. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Siegmund für den Redebeitrag. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gute Arbeit haben wir uns sowohl als Kenia als natürlich auch als bündnisgrüne Fraktion auf die Fahnen geschrieben. Dazu gehört natürlich auch ein guter Arbeitsschutz, und zwar ein Arbeitsschutz, der auch die psychische Dimension umfasst. Nicht umsonst hat der Landtag seinerzeit beschlossen, das Thema psychische Gesundheit als Querschnittsthema in die Gesundheitsziele des Landes einzuarbeiten. Insofern haben wir als Land bereits einen kleinen Schritt unternommen.

Zu der Frage, ob wir uns nun auf der Bundesebene für eine Antistressverordnung einsetzen sollen. Ich stimme den Antragstellern inhaltlich zu. Es gibt auch entsprechende Initiativen der grünen Bundestagsfraktion. Nur hat sich die jetzige Bundesregierung bei diesem Thema sehr zurückgehalten. Daher habe ich wenig Hoffnung, dass von dort in der laufenden Legislaturperiode tatsächlich noch etwas kommt und wir mit Dingen durchdringen werden.

Insofern kann man sich fragen, ob man sich den Stress mit einer Antistressverordnung tatsächlich antun sollte. Ich glaube, man muss diesbezüglich auf eine neue Bundesregierung hoffen.

Zum Thema Personal im Bereich Arbeitsschutz im Land. Hierbei erreichen wir tatsächlich die ILO-Empfehlungen von 10 000 Beschäftigten pro Arbeitsschutzinspektorin nicht. Das ist bedauerlich.

Wenn man auf die anderen Bundesländer schaut, dann stellt man fest, dass wir aber gar nicht so schlecht sind. In Bayern entfallen - sage und schreibe - 38 000 Beschäftigte auf einen Arbeitsschutzinspektor; dort scheint man das nicht zu priorisieren. Die meisten westlichen Bundesländer sind schlechter aufgestellt als wir. Trotzdem muss man schauen, wie sich die Situation und die Bedarfe aktuell darstellen, wie sich der Handlungsbedarf darstellt und welche Priorität wir diesem Thema im Verhältnis zu anderen Dingen geben wollen.

Nach meiner Kenntnis ist hierzu ein Fachgespräch im Sozialausschuss avisiert. Ich gehöre diesem Ausschuss nicht an. Insofern kann ich das nur vortragen. In diesem Rahmen werden wir auch von der Landesregierung berichtet bekommen, welche Beschlüsse die Arbeits- und Sozialministerkonferenz dazu bei ihrem Treffen Ende dieses Monats getroffen hat; denn auch dort steht dieses Thema auf der Tagesordnung.

Wir schlagen daher vor, den Antrag in den Sozialausschuss zu überweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Dann danke ich Herrn Meister für den Redebeitrag. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abg. Herr Steppuhn. Herr Steppuhn, Sie haben das Wort.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Grundsätzlich ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE, das Thema psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Herausforderungen für den Arbeitsschutz zu diskutieren und auch im Landtag aufzurufen, zu begrüßen.

Herr Kollege Höppner, wir werden allerdings heute nicht die Gelegenheit haben, innerhalb von drei Minuten Redezeit auf alle Punkte, die Sie genannt haben, einzugehen. Ich möchte Ihnen aber in einer Aussage widersprechen, nämlich dass psychische Erkrankungen immer oder sehr oft am Arbeitsplatz festzumachen sind. Ich denke, an dieser Stelle muss man differenzieren. Diese Erkrankungen haben sehr viel mit dem Arbeitsplatz zu tun, aber es gibt durchaus auch andere Fälle und Beispiele.

Richtig ist, meine Damen und Herren, während ein verbesserter Arbeitsschutz dazu geführt hat, dass mehr Prävention zu weniger Arbeitsunfällen im klassischen Sinne geführt hat, steigt die Anzahl psychischer Erkrankungen deutlich an. Hierauf verweist auch eine aktuelle Studie der Barmer GEK. Das ist Grund genug, sich dem Thema politisch zu stellen und auch darüber zu beraten, wie man neue Anforderungen an den Arbeitsschutz formulieren kann.

Zu guter Arbeit gehören nicht nur ein guter Lohn und ein auskömmliches Einkommen, sondern auch ein Arbeitsumfeld, das nicht krankmacht. Meine Damen und Herren! Es fällt auf, dass psychische Erkrankungen oft dort entstehen, wo Menschen mit Menschen zu tun haben oder wo der Leistungsdruck und neue Technologien zu mehr Arbeitsverdichtungen am Arbeitsplatz geführt haben. Digitalisierung und die schöne Arbeitswelt - man nennt sie auch Arbeitswelt 4.0 -

sollten die Arbeit leichter machen, führen aber automatisch auch zu mehr Druck auf den Einzelnen und beeinflussen nicht nur den Menschen, sondern bestimmen auch das Arbeitstempo.

Dieses gilt für den Montagearbeiter am Band ebenso wie für die Sachbearbeiterin am PC. Schaut man sich die Zahlen einmal näher an, dann fällt auf, dass insbesondere in Branchenunternehmen, die bei neuen Technologien und der Digitalisierung Vorreiter sind, die psychischen Erkrankungen auf dem Vormarsch sind. Gleiches gilt für die Dienstleistungsbereiche wie Callcenter oder die Logistikbranche.

Aber - der Herr Bildungsminister ist noch im Saal - auch Lehrerinnen und Lehrer sind laut einer aktuellen Studie der Barmer GEK in unserem Land besonders betroffen. Das sind Hinweise, die auch aufgrund des mittlerweile vorherrschenden Lehrermangels unseren Bildungsminister durchaus beunruhigen sollten. Im Übrigen wird gerade bei den gesetzlich versicherten Lehrern deutlich, dass psychische Erkrankungen die meisten Arbeitsunfähigkeitstage bedingen; das sagt die Studie der Barmer GEK aus.

Meine Damen und Herren! Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Aber Arbeit darf nicht krankmachen, weder körperlich noch im Kopf. Daher und nicht nur aus diesem Grund muss der Arbeitsschutz weiterentwickelt werden, gerade im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen.

Zu guter und fairer Arbeit gehört auch, dass Menschen an ihrem Arbeitsplatz nicht kaputtgespielt werden dürfen. Daher ist es ein wichtiges Thema, mit dem wir uns auch in den Ausschüssen befassen sollten. Deshalb beantrage ich die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration, damit wir uns dort weiterhin damit beschäftigen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Auch hierzu sehe ich keine Fragen. Dann danke ich Herrn Steppuhn für den Redebeitrag. - Zum Schluss der Debatte hat noch einmal Herr Höppner das Wort. Herr Höppner, bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Danke für die Redebeiträge. Ich denke, wir haben einen gewissen Konsens. Ich konnte zumindest feststellen, dass wir auf einer Linie schwimmen und das Thema weiter beraten wollen.

Ich möchte an dieser Stelle noch ein paar Hinweise geben, weil - ich glaube, das kam von der

AfD - angeführt wurde, Arbeitsschutz gängele Unternehmen. Das ist natürlich totaler Quatsch. In meiner 20-jährigen Tätigkeit musste ich leider feststellen, dass viele Unternehmen beraten werden müssen, wenn ich es einmal so nennen darf, weil sie viele Dinge nicht kennen.

Zu der Gesetzeslage, zu den Regelungen und zu den Verordnungen sage ich ganz deutlich: Diese sind in vielerlei Hinsicht im wahrsten Sinne des Wortes mit Blut geschrieben. Deswegen gibt es diese Regelungen. Sie müssen von den Unternehmen natürlich umgesetzt werden, damit keine schweren Unfälle und keine Schwerstunfälle passieren und die Gesundheit der Beschäftigten erhalten bleibt. Das halte ich für ganz wichtig.

Bei der Überweisung des Antrags in den Sozialausschuss gehe ich mit. Das finde ich gut. Ich hätte aber gern, weil das Thema auch Unternehmen tangiert, eine Mitberatung im Wirtschaftsausschuss. Federführend sollte Sozialausschuss sein; der Wirtschaftsausschuss sollte mitberatend beteiligt werden, wenn das möglich wäre. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Höppner, Herr Schmidt von der AfD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet, wenn sie noch zur Verfügung stehen. - Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich habe eine Anmerkung zur Geschäftsordnung. Wenn ich mir die Reihen ansehe, dann bin ich der Meinung, dass nach § 70 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Beschlussfähigkeit des Landtages nicht mehr gegeben ist.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Das ist so. Ich hatte schon einmal durchgezählt. - Herr Abg. Schmidt, Sie stellen jetzt offiziell den Antrag zum Feststellen der Beschlussfähigkeit? - Gut. Dann müssten wir jetzt durchzählen. - Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Herr Präsident, da es hierbei um eine Abstimmung über eine Überweisung geht und wir uns in diesem Haus hierzu weitestgehend einig sind, würde ich darum bitten, dass wir hier nicht die Beschlussfähigkeit feststellen.

(Alexander Raue, AfD: Überweisung ist ein Beschluss! Anscheinend ist Ihnen das nicht klar! - Jan Wenzel Schmidt, AfD: Ich ziehe zurück!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Schmidt zieht seinen Antrag nicht zurück, also stellen wir die Beschlussfähigkeit des Hauses jetzt fest und zählen die Abgeordneten durch.

(Unruhe)

Ich hatte schon einmal durchgezählt und wir kommen nicht auf die erforderliche Anzahl an Abgeordneten, um die Beschlussfähigkeit zu erreichen.

(Zurufe: Was? - Es müssen alle gezählt werden! - Auch die da vorn!)

- Ich hatte 33 gezählt. Jetzt sagt Herr Dr. Schmidt, es habe sich wieder geändert, weil einige hinzugekommen sind.

(Tobias Rausch, AfD: Wir sind 50; jetzt weitermachen, Beschlussfähigkeit herstellen und weiter! - Olaf Meister, GRÜNE: 48! - Zuruf von der CDU: Dann stellen wir die Beschlussfähigkeit fest! - Weitere Zurufe von allen Fraktionen)

Es wird jetzt ein Namensaufruf vorgenommen, um die Beschlussfähigkeit festzustellen, weil das angezweifelt wird.

(Tobias Rausch, AfD: Zieh den Scheißantrag zurück! - Zurufe von der CDU)

Herr Abg. Schmidt, bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich möchte, da die Reihen wieder aufgefüllt sind, das nicht unnötig in die Länge ziehen und ziehe den Antrag.

(Jürgen Barth, SPD: Was soll denn diese Scheiße hier! - Zurufe von der CDU: Ach nee! - Gucke an! - Unruhe)

- Das mache ich nur für Sie.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Der Abg. Schmidt zieht seinen Antrag zurück. Damit fahren wir in der Debatte fort. Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen jetzt über die Überweisung des Antrags der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5243 ab. Es wurde vorgeschlagen, diesen Antrag in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration zu überweisen.

(Doreen Hildebrandt, DIE LINKE: Wirtschaft!)

- Und in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Wer für die Überweisung in die genannten Ausschüsse stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Regierungskoalition und die Fraktion DIE LINKE sowie ein Abgeordneter der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Gegenstimmen sehe ich nicht. Enthaltungen? - Das ist der Rest der AfD-Frak-

tion. Damit wurde der Antrag in die entsprechenden Ausschüsse des Landtages überwiesen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 30 erledigt.

Wir kommen jetzt zum

Tagesordnungspunkt 31

Erste Beratung

Keine Arbeitszeiterhöhung für Lehrkräfte durch die Hintertür

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5244**

Einbringer ist der Abg. Herr Lippmann. Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verlängerung der Arbeitszeit von Lehrkräften ist für die Finanzminister in diesem Land schon seit jeher ein absoluter Dauerbrenner.

Die Vorstellung, dass die Lehrkräfte zu wenig arbeiten, speist sich offenbar aus einer verfestigten Fehleinschätzung über die Arbeitsbelastungen im Lehrerberuf. Zwar hat hier noch niemand öffentlich von den „faulen Säcken“ gesprochen, aber es wird jedenfalls so gedacht.

Die Arbeit von Lehrkräften ist nun einmal sehr spezifisch. Deshalb ist es auch unverzichtbar, dass in gesonderten landesrechtlichen Regelungen der Umfang der Arbeitszeit bestimmt wird, die unmittelbar mit den Schülerinnen und Schülern als Unterricht zu leisten ist. Das ist die sogenannte Regelstundenzahl, die in der Arbeitszeitverordnung für die Lehrkräfte geregelt ist.

Die Möglichkeit, den Anteil der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte landesrechtlich durch Verordnung zu regeln, ist für die Landesregierung sehr komfortabel. Es stellt für die Finanzminister offenbar immer wieder eine zu große Verführung dar, sich daran zu bedienen. Eine Unterrichtsstunde mehr bei all unseren Lehrkräften erspart dem Land immerhin etwas mehr als 500 Vollzeitstellen. Da bekommt ein Finanzminister feuchte Hände, wenn es um das Stopfen von Haushaltslöchern geht. Das ist mir klar.

(Beifall bei der LINKEN - Frank Bommersbach, CDU, und Guido Heuer, CDU, unterhalten sich auf der Regierungsbank mit Minister Michael Richter)

- Ich fände es echt gut, wenn er zuhören könnte und ihr ihn jetzt einmal kurz in Ruhe lasst. - Danke.

Ich habe sehr oft die Meinung gehört, dass eine Unterrichtsstunde oder zwei Unterrichtsstunden mehr doch wohl nicht so schlimm sein könnten. Bei 25 Unterrichtsstunden in der Woche sollten sich die Lehrkräfte und ihre Interessenvertretung nicht so haben. Das höre ich allerdings regelmäßig von Leuten, die von der Arbeit in der Schule keine Ahnung haben und davon auch keine Ahnung haben wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle Untersuchungen über die Lehrerarbeitszeit zeigen - das sind nun wirklich nicht wenige -, dass der wöchentliche Arbeitsumfang einer Lehrkraft in einer durchschnittlichen Unterrichtswoche jenseits von 50 Zeitstunden liegt und in bestimmten Phasen bis zu 60 Zeitstunden betragen kann. Die meisten Lehrkräfte sind deshalb nicht in der Lage, ihre Arbeit so zu organisieren und zu leisten, dass die Bestimmungen des Arbeitsschutzgesetzes überhaupt eingehalten werden, weder bezüglich der täglichen oder wöchentlichen Höchstgrenze noch bezüglich der vorgeschriebenen Pausenzeiten.

Nun lamentieren die Lehrkräfte darüber zwar nicht, sie spüren aber natürlich diese hohen Belastungen. Sie entwickeln daraus ein starkes Bedürfnis nach individueller Teilzeit oder nach einem frühestmöglichen Ausscheiden aus dem Schuldienst, auch wenn dafür inzwischen immer höhere Rentenabschläge in Kauf genommen werden müssen.

Es gibt also sehr gute Gründe dafür, den Lehrkräften - -

(Unruhe bei der AfD - Thomas Lippmann, DIE LINKE, unterbricht seine Ausführungen)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Lippmann, es ist richtig.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Dass Sie von Schule nichts wissen wollen, das weiß ich ja, aber ein bisschen Respekt wäre nicht schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich bitte die AfD-Fraktion. Es war jetzt doch viel Lautstärke. - Herr Lippmann, Sie haben wieder das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Es gibt also gute Gründe dafür, den Lehrkräften ab einem bestimmten Alter diese tägliche Mühsal durch eine Ermäßigung der Unterrichtsverpflich-

tung zumindest so weit zu erleichtern, dass sie auch in fortgeschrittenem Alter diesen Belastungen physisch und psychisch noch gewachsen sind. Dazu findet sich in der Arbeitszeitverordnung der Lehrkräfte die Regelung, dass nach Vollendung des 60. Lebensjahres die Regelstundenzahl im darauffolgenden Schuljahr um zwei Unterrichtsstunden ermäßigt wird. Diese Regelung ist im Übrigen schon einmal verschlechtert worden. Davor begann die Altersermäßigung nämlich mit dem 55. Lebensjahr.

Es gehört zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn bzw. Arbeitgebers, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die dafür sorgen, dass die Gesundheit der Beschäftigten nicht sehenden Auges ruiniert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist aber auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft; denn wenn nach dem Wegfall der Ermäßigung der Krankenstand und die Fälle von Langzeiterkrankungen, Erwerbsunfähigkeit und vorzeitigem Renteneintritt steigen, dann wird der Unterrichtsversorgung, die man angeblich steigern will, ein Bärendienst erwiesen.

Es ist zu erwarten, dass am Ende mehr Arbeitsvolumen verloren geht, als durch diese Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür gewonnen werden kann. Deshalb ist die Gewährung von Altersermäßigungen nicht mehr und nicht weniger als ein Gebot der Vernunft.

Diesem Gebot der Vernunft konnte bis zum Jahr 2013 durch den Abschluss beschäftigungssichernder Tarifverträge Geltung verschafft werden. Darin war explizit geregelt, dass die Arbeitszeitverordnung während der Laufzeit dieser landesspezifischen Tarifverträge nicht verändert werden kann. Seit dem Schuljahr 2013/2014 sind diese Tarifverträge Geschichte. Genau seit dieser Zeit tobt der Kampf um die Lehrerarbeitszeit.

Bislang konnten die Finanzminister a. D. Bullerjahn und Schröder davon abgehalten werden, diesen unvernünftigen Schritt zu gehen und die Axt an die Lehrerarbeitszeit zu legen. Sie konnten davon überzeugt werden, dass der Schaden in den Lehrerzimmern um ein Mehrfaches größer und länger anhaltend sein würde als der nur kurzfristige Nutzen, den man sich erhofft.

Nun kommt unser neuer Finanzminister Richter wieder mit diesem alten Hut und setzt im Kabinett offenbar die Streichung der Altersermäßigung für die 60- und 61-jährigen Kolleginnen und Kollegen durch.

Heute früh haben uns die Mitglieder aus dem Landeshauptausschuss der GEW vor der Landtagstür empfangen und uns die Begeisterung der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen für diese Maßnahme sehr eindrucksvoll übermittelt.

Das Ganze auch noch als Kompensation dafür zu verlangen, dass die Landesregierung endlich die Mehrarbeit von Lehrkräften angemessen bezahlen will, ist wirklich die dümmste Idee, die man in dieser Situation haben kann;

(Beifall bei der LINKEN)

denn sie wird bei ihrer Realisierung nur Verlierer produzieren. Ich bin mir sehr sicher, dass die Landesregierung diesen Schritt bereuen wird, wenn sie ihn geht. Sie wissen inzwischen, dass auf meine Prognosen Verlass ist.

Damit es nicht dazu kommt, fordern wir das Parlament auf, der Landesregierung in den Arm zu fallen und die Entscheidung über die Altersermäßigung an sich zu ziehen und rückgängig zu machen. Wir dürfen der Landesregierung diese Fehlentscheidung nicht zugestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Angesicht des extremen Lehrermangels müssen wir über jeden froh sein, der gesund und motiviert vor seiner Klasse steht. Dazu gehören derzeit mehr als 2 500 Lehrkräfte, die 60 Jahre alt oder älter sind. Es sind überwiegend Lehrerinnen, die seit 40 Jahren vor den Klassen stehen, die in 30 Jahren Nachwendezeit die Fahne hochgehalten haben und durch alle Umbrüche und vielfache Schulwechsel gegangen sind. Diesen Kolleginnen und Kollegen, die sich um das Schulwesen wirklich verdient gemacht haben, am Ende ihrer langen Berufskarriere die notwendige Altersentlastung zu streichen, ist nicht nur kurzfristig, sondern rücksichtslos und instinktlos, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Inzwischen gibt es auch im Bildungsministerium ein zunehmendes Interesse daran, ältere Lehrkräfte zu motivieren, über das Renten- bzw. Pensionseintrittsalter hinaus weiter zu arbeiten. Das ist ein kleiner Baustein, um die klaffenden Lücken in der Unterrichtsversorgung zu schließen. Wer soll sich denn aber bei vollem Deputat darauf einlassen, auch noch über das 66. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, wenn er von Ihnen so behandelt wird? Sie graben sich damit selbst das Wasser ab und verschlechtern die Möglichkeiten, die Unterrichtsversorgung zu stabilisieren.

Es sind genau solche Fehlentscheidungen, die uns bei der Lehrkräfteversorgung immer weiter in das Tal der Tränen treiben.

Wir tragen hier im Parlament gemeinsam Verantwortung für unser Schulsystem. Wir dürfen nicht zulassen, dass aus billigen und kurzatmigen Überlegungen aus dem Finanzministerium heraus ein nachhaltiger Flurschaden in den Lehrerzimmern herbeigeführt wird.

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen und diese Streichung der Altersermäßigungen nicht durchgehen zu lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Lippmann für die Einbringung des Antrags. - In der Debatte ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Tullner.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Nicht einmal der Verursacher!)

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anpassung der Altersermäßigungen im Unterrichtsstundendeputat der Lehrkräfte folgt der Logik der Anhebung der Regelaltersgrenze bis zur Vollendung des 67. Lebensjahres. Die Anhebung des sogenannten Renteneintrittsalters hat Sachsen-Anhalt nicht erfunden und kann es entsprechend auch nicht abschaffen.

Es gibt gute Gründe dafür, Lehrkräfte in den letzten Jahren ihrer Tätigkeit mit einer Altersermäßigung auszustatten.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU, und von Guido Heuer, CDU)

Grundsätzlich war diese Ermäßigung für die letzten fünf Dienstjahre vorgesehen. Diese Regelung wird es auch weiterhin geben. Wir vollziehen in diesem Zusammenhang lediglich die Anhebung des Renteneintrittsalters um zwei Jahre nach. Die Anpassung der Altersermäßigung an die Regelaltersgrenze ist also keine Missachtung der Lebensleistung älterer Lehrkräfte. Sie knüpft nicht an Dienstjahre, sondern schlicht an die Regelaltersgrenze und an das Lebensalter an.

Ich erkenne ausdrücklich an, dass hohe physische und psychische Anforderungen im Schulalltag bestehen, die sich im höheren Lebensalter besonders belastend auswirken können. Aus diesem Grund bieten wir im Bereich Lehrkräftegesundheit in Zusammenarbeit mit der Medical Airport Service GmbH ein umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot für Schulen und Lehrkräfte an. Auf diesem Gebiet haben wir im vergangenen Jahr eine Informationsoffensive gestartet, in deren Folge die Inanspruchnahme der Angebote deutlich gestiegen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dienstältere Kollegen verdienen allen Respekt für ihre Tätigkeit, die gerade vor dem Hintergrund der stetig zunehmenden Heterogenität im Klassenzimmer in

den vergangenen Jahren sicher nicht einfacher geworden ist.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Die Anerkennung der dienstälteren Bediensteten spiegelt sich aber beispielsweise auch finanziell durch tarifvertraglich und besoldungsrechtlich etablierte Stufenaufstiege wieder. In dieser Hinsicht sind dienstältere Bedienstete bereits systematisch bessergestellt als dienstjüngere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer Mär würde ich gern aufräumen: Lebensältere Lehrkräfte sind nur dann motiviert, wenn ihnen eine Altersermäßigung ab dem 60. Lebensjahr gewährt wird. Ich empfinde diese Aussage als altersdiskriminierend. Ebenso wenig nachvollziehbar ist die Aussage, dass die betroffenen Lehrkräfte mit der Anpassung der Altersermäßigung automatisch langzeiterkranken werden. Wer das heraufbeschwört, der sollte seine Haltung zu lebensälteren Beschäftigten - egal welcher Berufsgruppe - selbstkritisch hinterfragen.

An unseren Schulen arbeitet eine Vielzahl von lebensälteren Kollegen, die sich mit voller Kraft und viel Energie den täglichen Herausforderungen stellen. Diese pauschal als überlastet und überfordert darzustellen, ist mehr als respektlos.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neuen Regelungen zur Altersermäßigung fallen nicht einfach vom Himmel. Aus Gründen des Vertrauensschutzes wird den Lehrkräften, denen nach bisheriger Regelung noch bis zum geplanten Inkrafttreten am 1. Februar 2020 ein Anspruch auf eine Altersermäßigung ab dem zweiten Schulhalbjahr 2019/2020 erwächst, Bestandsschutz gewährt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich wissen wir, dass die Regelungen zur Altersermäßigung in eine Vielzahl von Regelungen eingebettet sind, die die Arbeitszeiten von Lehrkräften betreffen. Ich sage Ihnen ganz offen, es waren keine ganz einfachen Verhandlungen. Aus meiner Sicht ist es aber gelungen, ein ausgewogenes und faires Paket zu schnüren.

Besonders dankbar bin ich dafür, dass es Lehrkräften ermöglicht wird, freiwillig mehr Unterricht zu erteilen, und dass dies auch angemessen, was die Bruttostundensätze angeht, entlohnt wird. Das dadurch generierte Arbeitsvermögen ist ein wichtiger Baustein für eine verbesserte Unterrichtsversorgung.

Die versprochene Anhebung der Vergütungssätze für Zusatz- und Mehrarbeitsstunden wird endlich vorgenommen. Dadurch werden die Anreize für Mehrarbeit erhöht, wobei den Lehrkräften weiterhin die Wahlfreiheit obliegt.

Ich glaube, wir haben ein vernünftiges Paket geschmürt. Wir können und sollten es nicht aufschnüren. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Minister Tullner für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die AfD hat jetzt der Abg. Herr Spiegelberg das Wort. Herr Spiegelberg, Sie haben das Wort.

Marcus Spiegelberg (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! Liebe Bürger Sachsen-Anhalts! Erneut streifen wir in der heutigen Sitzung eines der größten Beispiele für das umfangreiche Versagen der aktuellen, aber auch der ehemaligen Landesregierung, nämlich den sich stetig verschärfenden Lehrermangel im Land und die verantwortungslose Gefährdung unserer aller Zukunft durch Kenia. Denn, meine Damen und Herren, in keinem anderen Zusammenhang kann die beabsichtigte Streichung der Altersermäßigung im Rahmen einer Verordnungsänderung durch die Landesregierung gesehen werden, gegen welche sich der heute vorliegende Antrag wendet.

Wie bereits angesprochen wurde, würden Lehrer im Alter von 60 und 61 Jahren durch die geplante Änderung der ursprünglichen Verordnung eine höhere Belastung an abzuleistenden Unterrichtsstunden erfahren. Diese Änderung, meine werten Damen und Herren, kann nicht unser Ziel für die Zukunft sein.

Sie würde weder zu einer Lösung für die mangelnde Unterrichtsversorgung im Land führen, welche infolge der Streichung der Altersermäßigung wohl nur eine sporadische und in jeder Hinsicht unzureichende Linderung erfahren würde, noch kann von einem angemessenen und fairen Umgang mit unseren Lehrkräften die Rede sein, welche trotz der aktuell katastrophalen Missstände in unserem von einer Kenia-Koalition geführten Land weiterhin Großes für unsere Kinder und somit für unsere Zukunft leisten.

Es kann nicht sein, dass man ältere Lehrer, welche bereits jahrzehntelang aufopferungsvolle und gewissenhafte Arbeit geleistet haben, nun auf ihre alten Tage noch dazu zwingen und gängeln will, mehr Stunden als nach der alten Verordnung zu leisten. Sinnvoller wäre es, wenn die Landesregierung den sich noch im Dienst befindlichen Lehrern auf freiwilliger Basis anbietet, gegen eine angemessene Entlohnung zusätzliche Stunden zu leisten.

Darauf aufbauend könnte man dann Lehrern im Pensionsalter, welche bereits aus dem Dienst ausgeschieden sind oder in naher Zukunft ausscheiden werden, ebenfalls auf freiwilliger Basis anbieten, für ein paar Stunden pro Woche an die Schulen zurückzukehren, wie es die AfD bereits im Jahr 2017 mit einem Antrag im Landtag ange-regt hat.

Mit diesen zwei Angeboten würden wir nicht nur den von Kenia geduldeten Lehrermangel effektiv abmildern, nein, wir würden jenen Lehrern, welche sich trotz ihres hohen Alters noch frisch und motiviert fühlen, die Möglichkeit bieten, sich noch etwas dazuzuverdienen. Und man würde wiederum die Lehrer in Ruhe lassen, die gesundheitlich vielleicht nicht mehr zu einer Unterrichtstätigkeit in der Lage sind oder sich zum Beispiel einfach mehr Zeit für die Familie und insbesondere für ihre Enkel wünschen. Das ist ein Wunsch, der für uns als Familienpartei absolut verständlich ist.

Wir als AfD sprechen uns jedenfalls entschieden dafür aus, den Lehrerberuf in Sachsen-Anhalt wieder attraktiver zu machen und Fleiß und Leistung entsprechend zu belohnen. Neben zum Beispiel mehr Sicherheit an den Schulen sowie der Steigerung des allgemeinen Ansehens von Lehrkräften in der Öffentlichkeit gehört natürlich auch die Rücksichtnahme gegenüber älteren Lehrern dazu und wird immer im Fokus unserer Politik stehen.

Meine Damen und Herren! Da meine Fraktion das Grundanliegen des vorliegenden Antrages in jedem Fall unterstützt, aber eine weitere Behandlung zur Verfeinerung dieses Antrages wünscht, beantragen wir die Überweisung zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie zur Mitberatung in den Finanzausschuss. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Spiegelberg für den Redebeitrag. - Für die Koalition hat jetzt Herr Aldag das Wort. Herr Aldag, Sie haben das Wort.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich habe heute die wunderbare Aufgabe, im Namen der Koalition zu einem nicht ganz einfachen Thema sprechen zu dürfen. Wir haben auch innerhalb der Koalition darüber sehr heftig diskutiert. Es geht um die Änderung der Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte. Ich verzichte jetzt darauf, noch einmal den Inhalt der Entscheidung zu erläutern. Das haben der Minister und auch meine Vorredner getan.

Ich möchte nur sagen, dass Sachsen-Anhalt mit dieser Entscheidung im bundesweiten Vergleich der Stundenvolumina in der Phase vor dem Renteneintritt an viertletzter Stelle liegt. Die meisten Bundesländer erlauben ihren Lehrkräften bereits deutlich vor dem Erreichen des 60. Lebensjahres, ihre Pflichtstunden deutlich zu reduzieren.

Ich persönlich und wir als grüne Fraktion - da spreche ich jetzt mal für uns - halten die Änderung der Arbeitszeitverordnung für eine unglückliche Lösung.

Auch die bildungspolitischen Sprecherinnen der CDU und der SPD - so habe ich es wahrgenommen - halten die Entscheidung zumindest für schwierig. Wir drei sehen die Gefahr, dass diese Entscheidung durchaus demotivierend wirken könnte und dass es vielleicht derzeit auch das falsche Signal ist.

Aber, meine Damen und Herren, - das gehört zur Wahrheit auch dazu - diese Änderung kam nicht allein. Es gab ein Maßnahmenpaket, das in der Landesregierung geschnürt wurde. Auf viele Maßnahmen warten wir schon lange. Die Stundensätze für Überstunden wurden endlich erhöht. Die Überstunden werden noch in diesem Jahr mit neuen Überstundensätzen bezahlt. Endlich gibt es erste Schritte in Richtung flexibler Arbeitszeitkonten.

Besonders wichtig und schon fast vergessen in diesem Reigen ist die Tatsache, dass Lehrkräfte weiterhin frei entscheiden können, ob sie sich ihre Überstunden auszahlen lassen oder Freizeitausgleich wählen. Schon diese Lösung war ein Kraftakt. Wir sind froh, dass nicht auch an dieser Stelle härter zugeschnitten wurde.

(Zustimmung von Angela Gorr, CDU)

Durch den Flexi-Erlass hätten wir ansonsten die Legitimation von jährlich bis zu vier zusätzlichen Unterrichtsstunden.

Die getroffene Einigung ist eine hart erkämpfte Vernunftlösung zwischen Finanzressort und Bildungsressort. Wir halten, wie ich es schon gesagt habe, diese Entscheidung für schwierig. Gleichzeitig haben wir aber auch ein gewisses Verständnis für die getroffene Entscheidung der Exekutive.

Wir würden gern noch einmal darüber beraten. Wir haben auch hier heute unterschiedliche Meinungen gesehen. Deswegen beantragen auch wir die Überweisung in den zuständigen Bildungsausschuss sowie in den Finanzausschuss. Dort können wir dann noch einmal darüber reden. Vielleicht bekommen wir auch im Rahmen der Haushaltsverhandlungen in diesem Punkt noch eine Wende hin. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Auch hierzu sehe ich keine Fragen. Dann danke ich Herrn Aldag für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal Herr Lippmann das Wort. Herr Lippmann, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank. Dann will ich die wenigen Minuten noch für ein paar Bemerkungen nutzen.

Erstens. Ich hätte für die Landesregierung doch den Finanzminister hier vorn erwartet. Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass der Bildungsminister das verteidigen darf, was mit Sicherheit nicht seinen Wünschen entspricht.

Zweitens. Die Argumentation, die Sie sich zu rechtgelegt haben, ist verlogen, da sich die Stunden, die man sich jetzt von den Kolleginnen und Kollegen erhofft - das sind ungefähr 100 VZLE bei 14 000 VZLE Gesamtbestand, über die wir reden -, in der Unterrichtsversorgung sowieso kaum bemerkbar machen. Ich sage aber auch, diese Stunden kommen bei den Schülerinnen und Schülern nicht an. Die Stunden, bei denen Sie versuchen, sie sich bei den Älteren zu holen, werden diese mit aufs Krankbett nehmen oder sie werden frühzeitig ausgescheiden.

Drittens. Die Argumentation, wir rutschen das ja nur nach oben, weil das Rentenalter nach oben gerutscht ist, ist verlogen, weil das Lebensalter der im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen natürlich nicht mitrutscht. Natürlich rutschen die nicht aus dem 61. oder 62. Lebensjahr, wo wir jetzt die Masse dieser Lehrkräfte haben, jetzt etwa in das 65. oder 66. und irgendwann in das 67. Lebensjahr, sondern es bricht natürlich mit dem 63. Lebensjahr ab. Sie schneiden zwei große Gruppen, nämlich die 60-Jährigen und die 61-Jährigen heraus. Das sind von den 2 500 Lehrkräften 1 300, also mehr als die Hälfte.

Es bleibt noch eine Marge übrig, nämlich die 62-Jährigen. Und dann bricht es mit dem 63. Lebensjahr radikal ab. Das wird sich noch verstärken. Es wird fast keine 63-, 64-, 65-, 66- und 67-Jährigen geben, weil diese die Rentenabschläge in Kauf nehmen, weil sie keine Kraft mehr haben. Und warum haben sie keine Kraft mehr? - Weil Sie verkennen, dass das keine Arbeit am Schreibtisch ist.

Das Alter der Kinder wächst auch nicht mit. Das ist aber der Arbeitsgegenstand in der Schule. Wenn Sie nicht wissen, dass die Generationendifferenz eine spezifische Belastungssituation bei der Arbeit in der Schule ist, dann lade ich einfach alle mal ein, die nicht aus dem Schulbereich

kommen. Dann gehen Sie mal hin und erfahren Sie, was das bedeutet. Die zu unterrichtenden Kinder bleiben nämlich sieben, acht, zehn und 14 Jahre alt, die werden nicht älter.

Das heißt, der Abstand der Kolleginnen und Kollegen, die jetzt schon mit 62 und 63 Jahren und zum geringen Teil mit 64 und 65 Jahren arbeiten müssen, erschwert die Arbeit. Es bleibt dabei, es ist immer vernünftig gewesen, diese Altersermäßigung zu geben, damit die Kolleginnen und Kollegen beim Arbeiten bleiben können.

Gerade mit Blick auf den Antrag, den wir vorher zur Arbeitsgesundheit gestellt haben, muss ich auch hier sagen: Wir ruinieren die Gesundheit der Lehrkräfte sehenden Auges. Das werden wir jedenfalls nicht ohne Widerstand bis zum Letzten zulassen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Lippmann für die Schlussbefassung.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, den Antrag in den Ausschuss für Bildung und Kultur und in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. Dann stimmen wir darüber ab.

Wer für die Überweisung dieses Antrages in der Drs. 7/5244 - Antrag der Fraktion DIE LINKE - ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe, das sind die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE, die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete. Wer stimmt dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Es gibt eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag überwiesen worden.

Ich bitte darum, noch kurz auf den Plätzen zu verbleiben; denn der Abg. Herr Striegel hat den Antrag gestellt, gemäß § 68 der Geschäftsordnung eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung** zu einer Personalie in der Landesregierung abzugeben. Herr Striegel, Sie haben damit das Wort.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben während dieser dreitägigen Sitzungsperiode auf den letzten Metern dieses Landtagsplenums eine Pressemitteilung der Staatskanzlei zur Kenntnis nehmen müssen. In der sind wir über eine Personalveränderung im Innenministerium informiert worden.

Ich möchte für meine Fraktion hier festhalten, dass wir es als höchst unangemessen empfinden, durch Pressemitteilungen der Landesregierung informiert zu werden, während wir hier im Parlament sitzen. Wir erachten dies als klare Missachtung dieses Parlamentes,

(Ulrich Thomas, CDU: Hallo?)

dass es über Personalentscheidungen der Landesregierung, während die Landesregierung hier sitzt,

(Bernhard Daldrup, CDU: Hallo?)

per Pressemitteilung informiert wird. Dies geschah im Übrigen zu einem Zeitpunkt, an dem wir zwei Mitgliedern der Landesregierung Dispense erteilt haben, und zwar gegen unsere eigenen Regeln. Wir haben ihnen Dispense erteilt, damit sie an einer Parteiveranstaltung teilnehmen können. Das ist für uns eine Missachtung des Parlamentes. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Striegel für die Stellungnahme.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 41. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 42. Sitzungsperiode für den 17., 18. und 19. Dezember 2019 ein.

Ich wünsche allen ein gutes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 13:42 Uhr.

